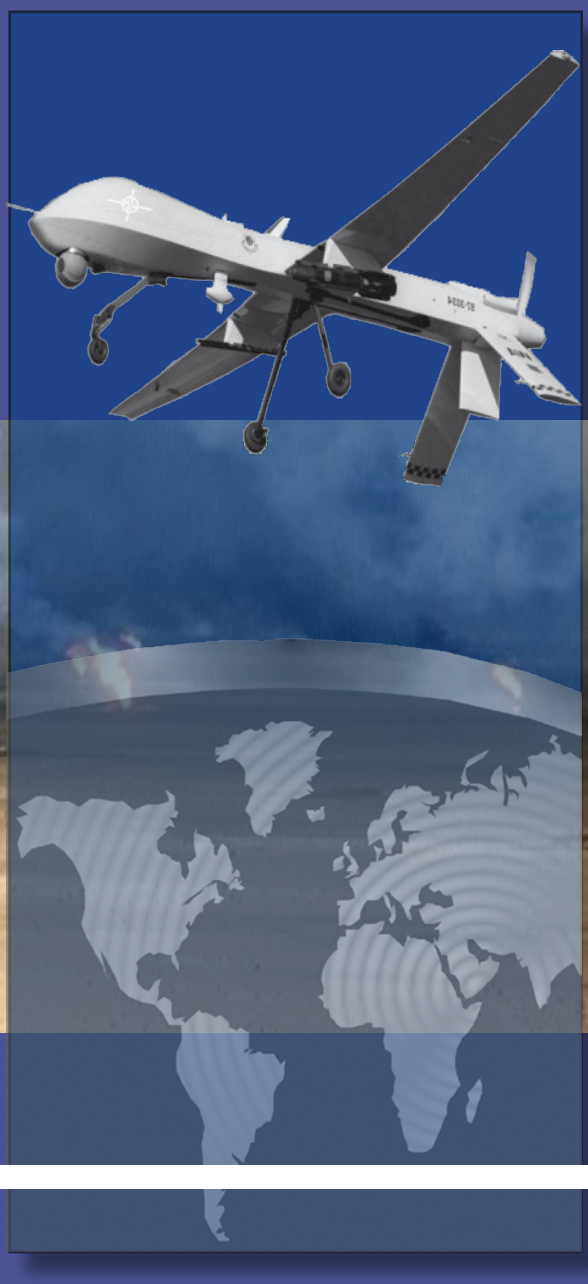
KRISENMANAGEMENT

„Sicherheitsarchitektur“ im globalen Ausnahmezustand



Dokumentation des 12. IMI-Kongresses

ONLINE-FASSUNG

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Inhalt

Ökonomie, Krise und Krieg **2**
zum Vortrag von Elmar Altvater

Metamorphose der Geopolitik **5**
Westlicher Vormachtanspruch und der drohende Neue Kalte Krieg
von Jürgen Wagner

Risikobevölkerungen, Lagebilder und Prävention **15**
Krisenmanagement als Regierungstechnik
von Christoph Marischka

Arming Africa **23**
„Global Governance" mit „Boots on the Ground":
Krisenmanagement in Afrika

Boots on the Ground **31**
Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften in Drittstaaten
von Jonna Schürkes

Die Gewalt der Konfliktforschung und Möglichkeiten des Widerstands **42**
von Mechthild Exo

Militarisierung von Forschung und Lehre **50**
von Sarah Nagel

Militärischer Heimatschutz **56**
Neue Sicherheitsarchitektur für den alltäglichen Ausnahmezustand?
von Rolf Gössner

Rettet die Grundrechte gegen den Notstand der Republik! **57**
von Hedwig Krimmer

Kriegszustände **59**
und Opposition dagegen
von Tobias Pflüger

Der 12. IMI-Kongress **„Krisenmanagment - Sicherheitsarchitektur im globalen Ausnahmezustand"** fand vom 20. bis 22. November 2009 im Infocafe des Wohnprojektes Schellingstraße und in den Räumen des dai-Tübingen statt. Veranstalter war die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Der Kongress wurde unterstützt von: Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen, DFG-VK Tübingen, attac Tübingen, Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg, linksjugend [solid] Baden-Württemberg.

Zu den Autoren:
Mechthild Exo, Doktorandin, Berlin
Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist, Bremen (siehe auch den Vermerk am Ende seines Beitrags)
Hedwig Krimmer, Gewerkschafterin bei ver.di, München
Christoph Marischka, Politikwissenschaftler und IMI-Vorstand, Tübingen
Sahra Nagel, hat ein Praktikum bei der IMI absolviert und ist Studentin in Bochum
Jonna Schürkes, Politikwissenschaftlerin und IMI-Beirätin, Tübingen
Jürgen Wagner, Politikwissenschaftler und IMI-Vorstandsmitglied, Tübingen
Der Beitrag von Elmar Altvater konnte leider nur in der Form eines Berichts in die Dokumentation einfließen, Elmar Altvater ist emer. Proffessor für Politikwissenschaft

Die ONLINE-Ausgabe des Readers verwendet eine gekürzte Variante des Textes von Rolf Gössner. Der komplette Text ist in der Printausgabe abgedruckt, die über das IMI-Büro zu bestellen ist (siehe Rückseite)

Das Frontcover nutzt Bilder von Arno Neuber (Kongress Motiv 2009) und „Leitmotiv" (Flickr User) - CC-Lizenz für „Operation Desert Strom" über Wikimedia.

Vorwort

Diese Broschüre beinhaltet die Dokumentation der Beiträge auf dem zwölften Kongress der Informationsstelle Militarisierung, der vom 20.-22. November 2009 in Tübingen stattfand. Obwohl die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise innerhalb linker Diskussionen eine zentrale Rolle einnehmen, spielen ihre Auswirkungen auf die Frage von Krieg und Frieden eine eher untergeordnete Rolle. Genau deshalb haben wir dieses Thema unter dem Titel „Krisenmanagement! ‚Sicherheitsarchitektur' im globalen Ausnahmezustand" in den Mittelpunkt des Kongresses wie auch dieser Broschüre gestellt.

Wir sehen die Wirtschafts- und Finanzkrise weniger als Ursache aber in jedem Fall als Katalysator für die Verschärfung zahlreicher bereits zuvor begonnener Militarisierungsprozesse auf nationaler, europaweiter und globaler Ebene. Aus diesem Grund haben wir uns darum bemüht, das Thema möglichst umfassend aufzuarbeiten. Vor allem drei Bereiche werden dabei näher betrachtet: die Auswirkungen auf die internationale Machtkonstellation und mögliche Konflikte zwischen den Großmächten, die Folgen der Krise für Konflikte in der sog. Dritten Welt und das diesbezügliche „Krisenmanagement" in Form verschiedenster Herrschaftstechniken des Westens sowie schließlich die weitere Verschärfung der „inneren" Militarisierung in Deutschland.

Wichtig sind uns dabei wie immer auch Überlegungen, wo und wie effektiv Widerstand gegen diese Militarisierungsprozesse geleistet werden kann, ein Thema, der die meisten hier versammelten Beiträge durchzieht und am Ende ganz explizit adressiert wird. Dabei tauchen vor allem zwei Aspekte immer wieder auf. Einmal, dass gerade in der Frage von Krieg- und Frieden eine konsequente Kapitalismuskritik unerlässlich ist, um Konfliktursachen und nicht nur Symptome beseitigen zu können. Und zweitens, dass für eine effektive Opposition gegen die gegenwärtigen Militarisierungsprozesse breite Bündnisse zwingend erforderlich sind, wobei wir aber alles daran setzen müssen, dass diese inhaltlich nicht verwässert werden.

Abschließend möchten wir uns an dieser Stelle bei allen bedanken, die zum Gelingen des Kongresses und dieser Broschüre beigetragen haben. Bei den über 200 BesucherInnen, die teils weite Anfahrtswege zum Kongress auf sich genommen hatten, bei den Referentinnen und Referenten, die mit ihren Beiträgen wichtige inhaltliche Impulse auf dem Kongress und in dieser Broschüre beisteuerten. Und nicht zuletzt bei all jenen, die uns mit ihren Mitgliedsbeiträgen unterstützen, damit wir unsere Arbeit gegen Krieg und Militarisierung fortsetzen können.

Die Redaktion

Ökonomie, Krise und Krieg

zum Vortrag von Elmar Altvater

Elmar Altvater, emeritierter Professor für Politikwissenschaft und u.a. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac, begann seinen Vortrag mit einem Vergleich der aktuellen Wirtschaftskrise mit derjenigen von 1929. Dabei stellte er fest, dass das Sozialprodukt sowie der Welthandel 2009 wesentlich schärfer eingebrochen seien als damals. Bei beiden Krisen nahm die Staatsverschuldung erheblich zu, lediglich die Arbeitslosigkeit sei heute wesentlich schwächer angestiegen als vor 80 Jahren. Keine zwei Jahre nach der Krise von 1929 sei allerdings das internationale Währungssystem des Goldstandards zusammengebrochen, was zu einem Abwertungswettlauf geführt hätte. Wenige Jahre später sei der Zweite Weltkrieg ausgebrochen. In solchen Vergleichen, die allerorten angestellt würden, werde aber stets verschwiegen, dass die Krise trotz „New Deal" und aller Anstrengungen der Regierungen seinerzeit ihren Fortgang genommen hätte, bis letztlich der Krieg und die gewaltigen Rüstungsanstrengungen die Arbeitslosigkeit hätten sinken lassen. Vor diesem Hintergrund stelle sich unweigerlich die Frage, ob sich die Befürchtungen des berühmten Historikers und Kommunisten Eric Hobsbawm bewahrheiten werde, dass der 15.9.2008 (der Tag, an dem die Investment-Bank Lehman Brothers ihre Insolvenz bekannt gab) womöglich viel mehr in die Weltgeschichte eingehen werde als der 11.9.2001 und dass nach der Krise „sehr viel Blut" fließen werde. Die politische Aufgabe, der wir uns nun stellen müssten, bestehe jetzt darin, zu verhindern, dass die gegenwärtige Krise in neue Kriege münde.

„Leichtfertige Politik des vielen Geldes"

Der Ursprung der Krise sei bekannt, so Altvater weiter. Nach dem 11.9.2001 hätten die USA eine Politik des „leichten Geldes, oder eine leichtfertige Politik des vielen Geldes" verfolgt. Wenn das Geld von den Zentralbanken zinsfrei ausgegeben werde - „für nichts und wieder nichts" -, dann würden die Geschäftsbanken dieses auch willfährig entgegennehmen. Doch um sich Geld bei den Zentralbanken zu leihen, brauchten die Banken Menschen, die bereit sind, Schulden aufzunehmen und deshalb seien diese Schuldner regelrecht geködert worden. Aus den Erfahrungen der vergangenen Schulden- und Finanzkrisen, insbesondere der Schuldenkrisen der Dritten Welt in den 1980er Jahren, hätte man aber gelernt, dass man Schuldbeziehungen verbriefen und somit gebündelt als Wertpapiere mit Renditeversprechen auf globalen, deregulierten Märkten verkaufen könne. So seien Schuldpapiere von Hausbesitzern aus dem mittleren Westen der USA in den Besitz deutscher Landesbanken gelangt, wo sie heute noch als so genannte „toxische Papiere" lägen.

Man brauchte Schuldner und habe sie gefunden, dabei habe es sich überwiegend um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehandelt, denen die Löhne zuvor zusammengekürzt wurden. Diese Lohneinbußen wären unter anderem dadurch „kompensiert" worden, dass die Menschen günstig Kredite aufnehmen, sich verschulden konnten. So seien Wertpapiere quasi aus dem Nichts geschaffen und verkauft worden. Es gäbe für dieses Geschäftsmodell sogar einen Namen: „originate and distribute", erzeuge und verteile. Hieraus seien gewaltige Kreditpyramiden und Forderungen entstanden, die - wenn man etwa an die Ackermannsche Vorstellung von 25% Rendite denke - immer höher geschraubt wurden. Diese Wertpapiere hätten das Eigenkapital der Banken überstiegen und die erwarteten Rendite keine Entsprechung in der Realwirtschaft gefunden. Begünstigt und ermöglicht sei dies durch Rating-Agenturen worden, welche diese Papiere als risikolos und werthaltig qualifizierten. Durch die Möglichkeit, diese Papiere in Zweckgesellschaften auszulagern und somit als „bilanzunwirksam" zu deklarieren und das Basler Abkommen auszuhebeln sowie durch Offshore-Zentren, sei es gelungen, sich der Finanzmarktkontrolle vollständig zu entziehen.

Die Realwirtschaft hätte diesen Renditeforderungen nicht entsprechen können, obwohl „Akkumulation durch Enteignung" betrieben worden sei. Die reine Produktion von Mehrwert hätte schon lange nicht mehr ausgereicht. Auch der Fall der Profitrate hätte eine Rolle gespielt, ebenso wie rein ökologische Grenzen. Man müsse bedenken, dass wir auf einem sehr hohen Niveau noch Wachstum – prozentuales Wachstum – erzeugen müssten. Um das zu erreichen, müssten ständig mehr Menschen in den kapitalistischen Verwertungsprozess integriert werden – wie das nach dem Zusammenbruch des Ostblocks geschah – und neue Märkte erschlossen werden. Dies geschieht auch mit militärischen Mitteln und mit militärischem Druck. Der ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück hätte dies kürzlich recht deutlich formuliert, als er gegenüber Steueroasen andeutete, man müsse die Kavallerie nicht ausreiten lassen, es genüge ja häufig, auf diese Möglichkeit zu verweisen. Zum politischen Druck bei der Öffnung von Märkten gehöre eben auch der militärische Druck. Andererseits würden gegenüber den geöffneten Märkten wiederum militärische Mittel angewandt, um die Abwanderung von Arbeitskräften zu verhindern. Denn man wolle die Menschen zwar in die Mehrwertproduktion des heimischen Kapitals eingliedern, nicht aber auf den heimischen Arbeitsmärkten.

Ökologische Grenzen des (realen) Wachstums

Ein weiterer wichtiger Aspekt sei der Zugriff auf die Natur, der immer intensiver und immer gewaltsamer durchgesetzt würde. Ob es um den Abbau von Holz in Regenwäldern ginge oder die Errichtung von Talsperren zur Stromgewinnung in der Dritten Welt. Mittlerweile ließe sich von einem regelrechten „Krieg gegen die Natur" sprechen. Energieintensive, gefährliche und giftige Produktionsprozesse, wie die Herstellung von Aluminium auch für die hiesigen Märkte, würden in diejenigen Länder verlagert, wo die Kosten hierfür am geringsten seien, wo man beispielsweise der betroffenen Bevölkerung keine Ausgleichszahlungen leisten muss. In den Industriestaaten werde hingegen mit Privatisierung von öffentlichen Diensten und mittlerweile auch durch staatliche Subventionen für sog. „grüne Technologien" versucht, neue Profitquellen zu erschließen. Zugleich hätte aber beispielsweise das Konjunkturpaket mit seinen Zuschüssen für die Automobilindustrie (Abwrackprämie) offenbart, dass ein tatsächliches Ende des „karbon-basierten Zeitalters", das auf fossilen Energieträgern

beruhe, nicht wirklich angestrebt werde. Der Grund sei einfach der, dass sich der Verzicht auf solche Energieträger nicht mit den Wachstumszielen der Wirtschaft vereinbaren ließe. Deshalb komme etwa die Internationale Energiebehörde zu dem Schluss, dass sich auch noch 2050, ebenso wie heute, 80% der verbrauchten Energie aus fossilen Brennstoffen speisen werde, weshalb sie Anlagen in die Exploration von Öl- und Gasfeldern, in Pipelines und Raffinerien empfehle. Zusätzlich prognostiziere die Internationale Energiebehörde jedoch den Bau von 1300 weiteren Atomkraftwerken. Mit welchen Konflikten dies verbunden sein könnte, ließe sich am gegenwärtigen Konflikt mit dem Iran erkennen. An eine wirksame Bekämpfung der Proliferation, also der Verbreitung von Technologien und Material, mit denen atomare Waffen hergestellt werden können, sei vor diesem Hintergrund gar nicht zu denken.

Absicherung von „großindustriellen Lösungen"

Die gegenwärtigen Bemühungen, erneuerbare Energiequellen zu erschließen, seien also keineswegs alternativ, sondern ergänzend zu den herkömmlichen und gefährlichen Energieträgern zu sehen. Auch diese Bemühungen könnten Konflikte auslösen oder verschärfen. So gäbe es etwa mit Desertec Versuche, Windkraft und Solarenergie für den hiesigen Gebrauch in Nordafrika zu gewinnen.

Hier stelle sich zunächst die Frage, ob dies mit dem Einverständnis der jeweiligen Regierungen geschehe und ob diese Regierungen überhaupt legitimiert seien, ihr Einverständnis zu geben. Es sei damit zu rechnen, dass es – ähnlich wie es bei der Ölförderung bereits erfolge – zu Konflikten zwischen den Regierungen und den betroffenen Bevölkerungen komme, zu Aufständen, die dann als Terrorismus mit internationaler Hilfe bekämpft würden. Hier könne sogar die NATO ins Spiel kommen, die zukünftig die Unterbrechung der Energieversorgung als Kriegsgrund definieren wolle. Somit seien es letztlich die NATO-Staaten selbst, die den Anlass für eine Intervention schaffen, es sei keine Bedrohung, die von außen komme, sondern ein Risiko, das selbst geschaffen würde, welches den Anlass für künftige Kriege geben würde.

Im selben Zusammenhang sei die Responsibility to Protect, die „Verantwortung zum Schutz" zu sehen, welche das Souveränitätsprinzip im Völkerrecht aushebeln solle. Vordergründig ginge es dabei zwar um Menschenrechte, tatsächlich sei aber der Schutz von Pipelines, Stromnetzen und der europäischen Energiesicherheit gemeint. Bei Projekten wie Desertec sei auch in anderer Hinsicht überhaupt nicht von einer Alternative zu sprechen. Betrachte man etwa die Struktur des Konsortiums, so falle auf, dass neben den großen Energieversorgungsunternehmen v.a. Banken und Versicherungen sowie Unternehmen aus der Automobilindustrie beteiligt seien. Hieran würde deutlich, dass wiederum eine „großtechnologische Lösung, wie wir sie aus dem fossilen Zeitalter bereits kennen" angestrebt würde. Das Alternative sei lediglich die Energiequelle, während etwa die Distribution nach alten Mustern verlaufen werde. Ähnliches sei bei der Biomasse zu beobachten. Biomasse könne erzeugt werden, um Hunger zu überwinden oder um zu Treibstoff für die Industriestaaten verarbeitet zu werden. „Food or Fuel" - „Nahrung oder Treibstoff" - sei ein Bericht der Welternährungsorganisation FAO überschrieben, den sie gemeinsam mit der OECD publiziert habe. In einigen Staaten werde schon heute so viel Biomasse für die Energiegewinnung produziert, dass das Land für die Nahrungsgewinnung bereits knapp werde. Das sei u.a. in Brasilien – trotz aller Dementis der Regierung – der Fall. Die Flächen, die beispielsweise im Amazonasgebiet erschlossen würden, dienten fast ausschließlich der Produktion von Treibstoffen. Hier seien Landkonflikte und dergleichen vorprogrammiert, die bereits jetzt stattfänden, allerdings unterhalb der internationalen Wahrnehmungsschwelle. Dasselbe träfe für Regenwälder in Südostasien zu. Deren Vernichtung bedeute stets die Vernichtung von Biodiversität und von Lebensräumen und führe stets zu Konflikten, auch wenn diese nicht unbedingt bewaffnete oder gar zwischenstaatliche Formen annehmen müssten.

Neuesten Datums seien eine andere Art von Konflikten, an denen v.a. Staaten wie China, die reichen Golfstaaten und die USA beteiligt seien, indem diese Länder riesige Flächen in Afrika, etwa im Sudan und Madagaskar pachten oder aufkaufen würden. In Madagaskar habe es deswegen bereits einen Volksaufstand gegeben, weshalb die Regierung habe zurücktreten müssen. Auf diesen Flächen würden dann auch Nahrungsmittel angebaut, nicht aber für die ansässige Bevölkerung, sondern für die in China, Dubai oder den USA. Zu militärischen Großeinsätzen hätten auch diese Konflikte zwar bislang noch nicht geführt, auch dies sei jedoch absehbar, insbesondere, weil hier verschiedene aufstrebende Großmächte und Schwellenländer beteiligt seien.

Mehr Kapitalismuskritik

Die größte Herausforderung bestehe nun für uns darin, dass die neue NATO, die EU und die westlichen Staaten in ihren Strategiepapieren eine neue Sicherheitskonzeption verfolgten, welche nicht nur den Kampf gegen den Terrorismus einschließen würde, sondern auch die Versorgungs- und Rohstoffsicherheit, „Schutz" gegen Pandemien und Migration. In diesem Kontext verwies Altvater auf ein aktuelles Zitat des deutschen Verteidigungsministers, wonach die deutsche Bundeswehr „befähigt" werden müsse, zu diesen Zwecken weltweit zu intervenieren und verwies auf die enormen Kosten, die damit verbunden seien: „Kein Zweifel, dies wird zu Lasten der Sozialausgaben geschehen", so Altvater. Auch die „NGO-Welt, philosophisch geweiht etwa durch Habermas", der von „Polizeieinsätzen zugunsten der Weltbürgerrechte" u.a. im ehemaligen Jugoslawien spreche, stimme zunehmend diesen neuen Strategien zu. In völlige Vergessenheit gerieten dabei die eigentlichen Ursachen, die „Root Causes" dieser Konflikte, die eng verknüpft seien mit der Produktionsweise des kapitalistischen Weltsystems. Altvater weiter: „Um nur ein Beispiel zu nennen: Selbst wenn die Regierung des Sudan Land an China verpachtet, so hat dies nicht nur mit dem Sudan zu tun, sondern mit einem weltumspannenden landwirtschaftlichen Produktionsmodell, mit China und anderen Weltmächten. Gegenwärtiges Krisenmanagement sieht dann jedoch so aus, dass unter der Maßgabe der Responsibility to Protect militärisch oder polizeilich-militärisch im Sudan interveniert wird, während die ‚Root Causes', die bei uns liegen, nicht bekämpft werden und auch keinerlei Bereitschaft besteht, diese wirkungsvoll zu bekämpfen. Denn eine wirksame Bekämpfung dieser Konfliktursachen kann nur darin bestehen, aus einem Konsum- und Produktionsmodell, das immer wieder solche Konflikte hervorbringt und hervorbringen muss, auszusteigen. Das bedeutet, dass wir die Auseinandersetzungen mit Ökonomie und Krieg zusammenbringen müssen. Und dies muss eine Kritik des gegenwärtigen Konsum- und Produktionsmodells, eine Kapitalismuskritik sein, der wir uns wieder stärker zuwenden müssen als in der Vergangenheit. Wir haben uns damit selbst eines wirksamen Mittels beraubt, für die Analyse aber auch für die Strategie, das wir dringender denn je benötigen."

Metamorphose der Geopolitik

Westlicher Vormachtanspruch und der drohende Neue Kalte Krieg

von Jürgen Wagner

Einleitung

„Die USA und Europa sind die besten Verbündeten, die sie jeweils bekommen können. Ja, sie verfügen über ähnliche Traditionen, teilen dieselben Werte und haben eine lange Geschichte gemeinsamer Zusammenarbeit hinter sich. Aber am Wichtigsten ist, dass sich die USA und Europa auf derselben Seite der heutigen geopolitischen Trennlinie befinden: beide sind absteigende Mächte mit einem gemeinsamen, starken Interesse am liberalen Status quo. […] Gemeinsam können die USA und Europa sich helfen, ihren kollektiven Abstieg zu managen, womöglich ihn sogar abzumildern. Allein jedoch werden beide verloren sein."
Daniel Korski: Partners in Decline, European Council on Foreign Relations, 02.03.2010

Wirtschafts- und Finanzkrisen führen seit jeher zu einer Re-Konfiguration der globalen Kräfteverhältnisse und gehen in der Regel mit einer Zunahme geopolitischer Spannungen zwischen den Großmächten einher.[1] Auch der jüngste Einbruch der Weltwirtschaft macht hier keine Ausnahme. Er hat mehr als deutlich vor Augen geführt, dass der Versuch, mit dem „Krieg gegen den Terror" die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten auf Dauer abzusichern, zu einem ökonomischen, militärischen und politischen Desaster und zu einer massiven machtpolitischen Schwächung geführt hat. Nachdem auch die Machtposition der Europäischen Union in den letzten Jahren zusehends erodiert, rufen derzeit zahlreiche Beobachter bereits das Ende der westlichen Vorherrschaft aus.[2] Auch wenn eine solche Einschätzung womöglich verfrüht ist, lässt sich zweifelsfrei festhalten, dass die Kombination aus der wachsenden Ablehnung des neoliberalen Weltwirtschaftssystems, gepaart mit dem Aufstieg neuer machtpolitischer Rivalen gegenwärtig eine fundamentale Herausforderung darstellt.

Die Strategiegemeinde hat die Zeichen der Zeit längst erkannt. Sichtbarster Ausdruck hierfür war die Veröffentlichung von "Global Trends 2025" im November 2008. In diesem Gemeinschaftsprodukt sämtlicher US-Geheimdienste wurden – erstmals – ein gravierender machtpolitischer Abstieg der Vereinigten Staaten sowie zunehmende geopolitische Konflikte mit den Aufsteigern China und Russland prognostiziert.[3] Auch das *Institute for Security Studies* der Europäischen Union gelangt zu dem Ergebnis, dass sich die westliche Vorherrschaft ernsten Herausforderungen ausgesetzt sehen wird. Explizit weist die wichtigste EU-Denkfabrik dabei zudem auf die in jüngster Zeit wieder zunehmenden Schnittmengen mit Einschätzungen der US-Seite hin, wie sie in „Global Trends 2025" vertreten werden.[4] In Deutschland wurde der *Bundesnachrichtendienst* mit der Anfertigung einer Studie zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die globalen Machtverhältnisse beauftragt, die den deutschen Eliten als Orientierungshilfe für das künftige Handeln dienen sollte: „Mitte April [2009] sprach BND-Chef Ernst Uhrlau im Präsidialamt vor und präsentierte Bundespräsident Horst Köhler seine Analyse der Auswirkungen der Situation. Von einer ‚Metamorphose der Geopolitik' war im Schloss Bellevue die Rede und von einer Welt, die nach dieser Krise auch politisch nicht mehr so sein wird wie vorher. Kernbotschaft für die Bundesregierung: Europa und Amerika werden absehbar politisch unter Druck geraten, die Konkurrenz mit China wird sich verschärfen, Peking am ehesten zu den Profiteuren gehören."[5]

Angesichts des gegenwärtigen „Angriffs" auf die westliche Vorherrschaft ist es aus herrschender Sicht zwingend erforderlich, dass die langjährigen, teils heftigen Konflikte um die transatlantische Macht- und Arbeitsteilung einstweilen zugunsten einer gemeinsamen Interessensdurchsetzung in den Hintergrund treten. Denn ungeachtet mancher Differenzen im Detail überwiegen tatsächlich die beiderseitigen Schnittmengen: Sowohl die Europäische Union als auch die Vereinigten Staaten wollen die gegenwärtige staatliche Hackordnung gegenüber den „Herausforderern" (primär China und Russland[6]) ebenso beibehalten, wie sie bestrebt sind, das ausbeuterische neoliberale System aufrecht

1 „Weltwirtschaftskrisen […] üben einen wichtigen Einfluss auf die internationalen Konkurrenz- und Hegemonieverhältnisse aus und sind daher in eine Analyse der Geopolitik einzubeziehen." Vgl. Brink, Tobias ten: Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz, Münster 2008, S. 94.

2 Vgl. Ferguson, Niall: The decade the world tilted east, Financial Times, 27.12.2009; Mahbubani, Kishore: The New Asian Hemisphere: The Irresistible Shift of Global Power to the East, New York 2009; Zakaria, Fareed: The Rise of the Rest, Newsweek, 12.05.2008; Haass, Richard N.: The Age of Nonpolarity. What Will Follow US Dominance, in: Foreign Affairs, May/June 2008; Boris, Dieter/Schmalz, Stefan: Eine Krise des Übergangs, in: Prokla, 4/2009, S. 625-643; Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand, München 20082. Vgl. für eine der wenigen Gegenpositionen Delpech, Thérèse: The Decline of the West, New York Times, 21.12.2009.

3 National Intelligence Council: Global Trends 2025: A Transformed World, November 2008. Die Einschätzung eines gravierenden US-Machtverlustes findet sich mittlerweile in nahezu jeder Publikation militärischer und strategischer Zirkel: Vgl. Cronin, Patrick M. (Hg.): Global Strategic Assessment 2009: America's security role in a changing World, Institute for National Strategic Studies, Washington, D.C. 2009; Denmark, Abraham M./Mulvenon, James (Hg.): Contested Commons: The Future of American Power in a Multipolar World, Center for a New American Security, January 2010.

4 Grevi, Giovanni: Scanning the future. American and European perspectives, ISS Policy Brief, December 2008; see also Grevi, Giovanni: The interpolar world: a new scenario, ISS Occasional Paper, June 2009.

5 Unheimliche Parallelen, Der Spiegel, 29.04.2009, URL: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-65169729.html (15.03.2010).

6 Zwar wurde auch Russland hart von der Wirtschafts- und Finanzkrise getroffen, insbesondere die neue Bereitschaft, den Rohstoffreichtum des Landes als machtpolitischen Hebel einzusetzen, dürfte dennoch, so zumindest die Einschätzung in Strategiezirkeln, den weiteren machtpolitischen Aufstieg befördern. Darüber hinaus müsste eine

zu erhalten (und die mit ihm zusammenhängenden Profite für ihre Konzerne weiter zu realisieren): "Im Großen und Ganzen sind die amerikanischen Prioritäten dieselben wie die der Europäischen Union. Dies kann schwerlich verwundern, nachdem sich die amerikanischen und europäischen Interessen ebenfalls weit gehend decken."[7]

Angesichts der immer schwieriger werdenden Lage wird derzeit immer vehementer die „Einheit des Westens" beschworen: „Skeptiker verweisen auf den relativen Niedergang Nordamerikas und Europas etwa hinsichtlich globaler Trends in den Bevölkerungszahlen oder der Weltökonomie. Diese Trends unterstreichen jedoch die Notwendigkeit die transatlantische Zusammenarbeit zu vertiefen, nicht sie zu schwächen. Ein schwächeres transatlantisches Band würde Amerikaner und Europäer weniger sicher, weniger wohlhabend und weniger fähig machen, unsere Ideale oder unsere Interessen in der Welt zu fördern."[8] Ganz ähnlich plädierten im Dezember 2009 acht der einflussreichsten Denkfabriken aus den USA und der Europäischen Union, man müsse künftig „Schulter an Schulter" stehen, um die westliche Vorherrschaft aufrecht zu erhalten: „Angesichts des Endes des Kalten Krieges und des Aufstiegs neuer Mächte sagen einige, dass die transatlantische Partnerschaft ihre beste Zeit hinter sich habe. Wir stimmen hiermit nicht überein. […] Die Welt, aus der die transatlantische Partnerschaft hervorgegangen ist, ist rasch am Verschwinden. Die USA und die Europäische Union müssen ihre Beziehungen dringend in Richtung einer effektiveren strategischen Partnerschaft umformen und neu gestalten. Jetzt ist der Moment, die Chance zu ergreifen – to use or to lose."[9]

Im März 2010 wurde die derzeit vorherrschende Sichtweise nochmals in einem Bericht zusammengefasst, an dem so ziemlich alles, was in Europas Strategie- und Politikzirkeln Rang und Namen hat, beteiligt war: „Wir konnten das Ende der unipolaren Weltordnung beobachten – eine Weltordnung, die von einer einzigen Macht, den USA, dominiert wurde. […] Neue wirtschaftliche, politische und militärische Mächte sind aufgetaucht. Die Alleingangsstrategie („go it alone strategy") der USA ist gescheitert. Wir beobachten soeben das Entstehen einer multipolaren Welt, ein neues ‚Zeitalter der Imperien'. Europa muss daraus als eines dieser Imperien hervorgehen. Hierbei sind die USA sowohl der natürliche als auch unverzichtbare Verbündete."[10] Die Kernidee, mit welchem Konzept auf die gegenwärtige Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse reagiert werden müsse, brachte eine Studie im Auftrag des Europäischen Rates auf den Punkt. Angesichts der schwindenden Macht der Vereinigten Staaten sei ein „Übergang von der Pax Americana" hin zu einer neuen Weltordnung unausweichlich. Es gehe nun darum sicherzustellen, dass diese neue Weltordnung künftig „von einer Pax Transatlantica beaufsichtigt wird."[11]

Auf dieser Grundlage sollen in diesem Beitrag folgende Prognosen für die künftige Entwicklung der internationalen Macht- und Konfliktkonstellationen getroffen werden: ***Erstens***, der machtpolitische Abstieg des Westens ist real, er führt dazu, dass die aufstrebenden Mächte China und Russland zunehmend als Rivalen und Gegner perzipiert werden. ***Zweitens*** lassen sich derzeit zunehmende geopolitische Rivalitäten beobachten, die im schlimmsten Fall in einen Neuen Kalten Krieg eskalieren werden. Die Konturen dieser neuen Blockkonfrontation treten dabei bereits heute in vielen Bereichen offen zutage. ***Drittens*** stellt die Aufrechterhaltung der westlichen Vorherrschaft weiterhin das überragende Ziel sowohl der amerikanischen als auch europäischen Eliten dar. Um dies zu gewährleisten, muss jedoch die transatlantische Macht- und Arbeitsteilung auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden. Dieser „Transatlantische New Deal" umfasst einerseits Washingtons Angebot, künftig in deutlich größerem Umfang als bislang auf EU-Interessen Rücksicht zu nehmen – ja sogar die lang angestrebte Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe zuzulassen. Umgekehrt fordern die Vereinigten Staaten hierfür jedoch von den Verbündeten eine deutlich größere (militärische) Unterstützung ein. Im Kern lautet der „Transatlantische New Deal" also folgendermaßen: Wenn die Europäer künftig adäquat mitkämpfen, dürfen sie auch substanziell mitreden. ***Viertens*** trifft auch für diese Studie das Sprichwort zu, dass Prognosen schwierig sind, insbesondere, wenn sie die Zukunft betreffen. Deshalb beschäftigt sich das Schlusskapitel mit Argumenten, die gegen die hier vorausgesagte Entwicklung vorgebracht werden könnten und versucht diese zu entkräften.

1 Der Abstieg des Westens und der Neue Kalte Krieg

In jüngster Zeit prognostizieren mehr und mehr prominente Beobachter wahlweise eine „Rückkehr der Geopolitik" (Robert Kagan), eine „globale Großkonkurrenz" (Nikolaus Busse) oder einen „Weltkrieg um Wohlstand" (Gabor Steingart).[12] Häufig gipfeln derlei Voraussagen in Warnungen vor einer neuen epochalen Konfrontation, einem Neuen Kalten Krieg zwischen „Demokratien" (USA und EU) und „Autokratien" (China und Russland). Verknüpft werden diese Prognosen schließlich noch mit der Forderung, der Westen müsse sich zusammenschließen, um dieser Herausforderung effektiv begegnen zu können.

In den USA vertritt diese Position u.a. der einflussreiche Politikwissenschaftler Robert Kagan: „Die alte Rivalität zwischen Liberalismus und Autokratie ist neu entflammt, und die Großmächte der Welt beziehen entsprechend ihrer Regierungsform Position. [...] Die Geschichte ist zurückgekehrt, und die Demokratien müssen sich zusammentun, um sie zu gestalten – sonst werden

umfassende Analyse zumindest noch die Rolle Indiens und Brasiliens mit einbeziehen, was den Rahmen dieses Textes jedoch sprengen würde. Dennoch wird diese Frage im Schlusskapitel kurz behandelt.

7 Vasconcelos, Álvaro de: Introduction – Responding to the Obama moment: the EU and the US in a multipolar world, in: Vasconcelos, Álvaro de/Zaborowski, Marcin (eds.): The Obama Moment. European and American perspectives, Institute for Security Studies, Paris, November 2009, S. 11-24, S. 14.

8 The Washington NATO Project (Atlantic Council of the United States/Center for Strategic and International Studies/Center for Technology and National Security Policy/Center for Transatlantic Relations): Alliance Reborn: An Atlantic Compact for the 21st Century, February 2009, S. 8.

9 Hamilton, Daniel S./Burwell, Frances G. (lead authors): Shoulder to Shoulder: Forging a Strategic U.S.-EU Partnership (Atlantic Council of the United States/ Center for European Policy Studies/ Center for Strategic and International Studies/ Center for Transatlantic Relations/ Fundacion Alternativas/ Prague Security Studies Institute/Real Instituto Elcano/ Swedish Institute of International Affairs), December 2009, S. ii.

10 Verhofenstadt, Guy/Prodi, Romano: Preface, in: Gnesotto, Nicole (Rapporteur): Reshaping EU-US Relations: A Concept Paper, Notre Europe, March 2010.

11 Quille, Gerrard: Global Power of Global Player? Framing CFSP and ESDP in 2019, in: Forward-Looking Policy Papers on "Europe 2009-2019", EXPO/B/PolDep/ST/2009_109, July 2009, S. 13-20, S. 14.

12 Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008; Busse, Nikolaus: Entmachtung des Westens: die neue Ordnung der Welt, Berlin 2009, S. 10; Steingart 2008.

andere dies für sie tun."[13] Doch auch auf der anderen Seite des Atlantiks haben sich mittlerweile zahlreiche namhafte Vertreter des Politikestablishments diese Position zu Eigen gemacht.[14]

1.1 Die neue Kartografie der Mächteverhältnisse

Der Amtsantritt Barack Obamas fiel mit einer dramatischen Erosion der US-amerikanischen Machtposition zusammen. Die USA haben auf allen relevanten Ebenen an Macht eingebüßt: *Ökonomisch* hat sich die Lage für die USA in den letzten Jahren deutlich zugespitzt. So belief sich das US-Handelsbilanzdefizit 2008 auf gigantische 670 Mrd. Dollar und die offizielle Staatsverschuldung beträgt im März 2010 etwa 12,5 Bio. Dollar. Berücksichtigt man darüber hinaus auch noch die Deckungslücke der sozialen Sicherungssysteme, so beläuft sich das Defizit auf deutlich über 50 Bio. Dollar.[15] Mit anderen Worten, die USA sind faktisch bankrott. Auch die kulturelle Anziehungskraft – die *soft power* – der Vereinigten Staaten, die maßgeblich die Akzeptanz des eigenen Handelns durch andere Mächte beeinflusst, hat rapide abgenommen.[16] Selbst *militärisch* sind die USA keineswegs so unangefochten, wie häufig der Eindruck erweckt wird, auch hier zeichnen sich Auflösungserscheinungen ab.[17]

Vor diesem Hintergrund fasst der US-Politikwissenschaftler Robert Pape die Lage folgendermaßen zusammen: „Die Vereinigten Staaten befinden sich in einer nie da gewesenen Phase des Niedergangs. Die selbst zugefügten Wunden des Irak-Krieges, steigende Staatsverschuldung, zunehmende negative Leistungsbilanzen und andere innere ökonomische Schwächen haben den USA einen realen Machtverlust in einer Welt zugefügt, die sich durch rasch verbreitendes Wissen und Technologien auszeichnet. Sollten die gegenwärtigen Trends anhalten, so werden wir auf die Jahre der Bush-Administration als diejenigen zurückblicken, die der amerikanischen Vorherrschaft den Todesstoß versetzt haben. […] Amerikas sinkender Anteil an der wirtschaftlichen Weltproduktion ist eine Tatsache und es werden wichtige Veränderungen in der amerikanischen Globalstrategie erforderlich sein, um zu verhindern, dass sich der gegenwärtige Niedergang der amerikanischen Position nicht beschleunigt. [...] Ohne eine bessere Politik wird dies das Ende unserer Stellung als Großmacht sein."[18]

Mindestens ebenso alarmiert sind jedoch die Eliten auf der anderen Seite des Atlantiks vom ebenfalls rasch erodierenden Einfluss der Europäischen Union.[19] Dieser Abstieg wurde durch die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise weiter beschleunigt, sie war ein gravierender „geopolitischer Rückschlag für den Westen."[20] Im Gegenzug verzeichnen Russland, insbesondere aber zahlreiche asiatische Staaten, allen voran China, erhebliche Positionsgewinne. So gingen die US-Geheimdienste bereits im November 2008 davon aus, das gemeinsame Bruttoinlandsprodukt von Brasilien, Russland, Indien und China (BRIC) werde zwischen 2040 und 2050 das der G7 erreichen.[21] Als Folge der Krise gibt mittlerweile etwa Goldman Sachs nun aber an, die BRIC-Staaten würden die G7 bereits 2027 überhohlen, mehr als zehn Jahre früher als bislang vorhergesagt.[22]

Anteil am Weltprodukt (in %)

	1990	2000	2006	2008	2013	Änderung 2000-2003
USA	26	31	28	23	21	-32%
China	2	4	6	7	9	+144%
Japan	14	15	9	8	7	-55%
Deutschland	7	6	6	6	5	-11%
England	5	5	5	5	4	-9%
Frankreich	5	4	5	5	4	+6%
Russland	6	1	2	3	5	+455%

Quelle: Pape, Robert A.: Empire Falls, in: The National Interest, January/February 2009 (2008 und 2013 sind Schätzungen)

Jährliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts

	1993-2000	2001-2008
USA	3.7	2.2
China	10.6	10.1
Japan	1.1	1.5
Deutschland	1.7	1.3
England	3.2	2.4
Frankreich	2.2	1.7
Russland	-2.1	6.7

Quelle: Pape, Robert A.: Empire Falls, in: The National Interest, January/February 2009

1.2 Im Westen nichts Neues: Die Rückkehr alter Konfrontationsmuster

In die neue US-Regierung unter Barack Obama wurden große Hoffnungen gesetzt – leider zu Unrecht, wie sich mittlerweile immer deutlicher herausstellt. Unmissverständlich untermauert auch die neue US-Administration ihren Vormachtanspruch gegenüber den Rivalen Russland und China. So schreibt Anne-Marie Slaughter, die in der Obama-Administration zur Direktorin der wichtigen Politikplanungsabteilung im Außenministerium

13 Kagan 2008, S. 7. Vgl. auch Lucas, Edward: The New Cold War: How the Kremlin Menaces Both Russia and the West, Basingstoke 2008; Gat, Azar: The Return of Authoritarian Great Powers, in: Foreign Affairs, July/August 2007.

14 Vgl. Leonard, Mark: Divided world: the struggle for primacy in 2020, Centre for European Reform, Policy Brief, January 2007, S. 2; Wijk,Rob de: The consequences for Europe of the global crisis, in: Europe's World, Autumn 2009; Busse 2009.

15 Vgl. Wagner, Jürgen: Militärischer Neoliberalismus, in: Schröter, Lothar (Hg.): USA – Supermacht oder Koloss auf tönernen Füssen?, Schkeuditz 2009, S. 91-122, S. 119.

16 Vgl. Nye, Joseph: The Decline of America's Soft Power, in: Foreign Affairs, May/June 2004, S. 16-20. Mit der Wahl Barack Obamas hat sich das Ansehen der USA zwar zumindest zeitweise substanziell verbessert, dennoch ist die Akzeptanz einer uneingeschränkten US-amerikanischen Führungsrolle spürbar gesunken. Vgl. Janning, Josef: Welcome Back, America?, Bertelsmann Stiftung, spotlight europe # 2008/12.

17 Vgl. Krepinevich, Andrew F.: The Pentagon's Wasting Assets, in: Foreign Affairs, July/August 2009, S. 18–33.

18 Pape, Robert A.: Empire Falls, in: The National Interest, January/February 2009.

19 Vgl. Gowan, Richard/Brantner, Franziska: A Global Force for Human Rights?, ECFR, September 2008, S. 5; Korski 2010; Gnesotto 2010.

20 Altman, Roger C.: The great Crash, 2008: A Geopolitical Setback for the West, in: Foreign Affairs, January/February 2009.

21 National Intelligence Council 2008, S. iv.

22 Foroohar, Rana: Power Up, Newsweek, 30.03.2009.

berufen wurde: „Die Vorherrschaft der liberalen Demokratien ist erforderlich, um eine Rückkehr zu Sicherheitskonflikten zwischen den Großmächten zu verhindern, zwischen den Vereinigten Staaten und unseren Verbündeten auf der einen Seite und einer Autokratie oder einem Zusammenschluss von Autokratien auf der anderen – eine Art der Auseinandersetzung, die zu zwei Weltkriegen und dem Kalten Krieg führte."[23] Obama selbst warnt vor einer Gefahr, ausgehend von „aufstrebenden Mächten, die eine Herausforderung sowohl für Amerika als auch die Grundfesten der internationalen liberalen Ordnung darstellen könnten."[24]

Folgerichtig prognostizieren die US-Geheimdienste in "Global Trends 2025" eine erhebliche Zunahme von Konflikten mit Russland und China.[25] Auch in der „National Intelligence Strategy" vom August 2009 werden – neben dem Iran und Nordkorea – China und Russland als Bedrohung und sogar mögliche Gegner der USA ausdrücklich benannt.[26] Konsequenterweise fordert US-Verteidigungsminister Robert Gates, es sei weiter notwendig, die militärische Überlegenheit der USA gegenüber den potenziellen Rivalen zu sichern: „Beide, Russland und China, haben ihre Verteidigungsausgaben erhöht. [...] Die Vereinigten Staaten können sich ihrer gegenwärtigen Vormachtstellung nicht sicher sein und müssen in neue Programme, Plattformen und Personal investieren, die gewährleisten, dass ihre Dominanz auf Dauer anhält."[27]

Auf der anderen Seite des Atlantiks ist die Sichtweise auf Russland kaum positiver. Im wohl wichtigsten Dokument zur Zukunft der europäischen Militärpolitik betont Tomas Ries, Direktor des *Swedish Institute for International Affairs*, zwar, dass die Gefahr durch staatliche Akteure im Vergleich zum Kalten Krieg zurückgegangen, jedoch keineswegs obsolet sei. Explizit benannt werden dabei Nordkorea, der Iran und Russland. Diese Staaten hätten sich aus dem Globalisierungsprozess ausgeklinkt und würden deshalb eine – zumindest potentielle – Bedrohung darstellen: „Die Aufgabe besteht darin, diese [Länder], sofern möglich, umzudrehen und, falls das scheitert, mit ihrer Kampfansage an die sich globalisierende Welt fertig zu werden. Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern. […] Wir können davon ausgehen, dass die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Jahr 2020 verschiedene Aufgaben bewältigen muss. […] Gegenüber diesen [Staaten] sind Kapazitäten sowohl zur Unterstützung einer Einflussausübung im Clausewitzschen Sinne als auch für mögliche direkte militärische Konfrontationen erforderlich."[28]

Vor dem Hintergrund solcher Bedrohungsanalysen nimmt sowohl die amerikanische als auch die europäische Politik seit Jahren immer dezidierter anti-russische Züge an. Selbst die ursprünglich begrüßte Wahl Barack Obama erwies sich aus russischer Sicht als Enttäuschung. Er wird, wie die linksliberale Zeitung *The Nation* kritisiert, „von einigen der härtesten Hardliner in Russlandfragen beraten."[29] Ungeachtet aller Lippenbekenntnisse ist es somit nicht verwunderlich, dass die US-Regierung jedes ernsthafte Engagement vermissen lässt, russische Interessen respektieren zu wollen.[30] Konsequenterweise wird der Westen in der Neufassung der russischen Militärdoktrin, die im Februar 2010 in Kraft gesetzt wurde, deutlich bedrohlicher eingeschätzt als in der Vorversion aus dem Jahr 2000.[31]

Ähnlich negativ entwickelt sich das westliche Verhältnis mit China. Da die US-Regierung zunehmend auf einen Konfrontationskurs setzt, spitzen sich auch hier die Konflikte in jüngster Zeit unübersehbar zu: „Zwischen den USA und der Volksrepublik China kriselt es. Es gibt etliche Konflikte und dabei ist der Streit um Taiwan nur die Spitze des Eisbergs. […] Wir stehen wohl erst am Anfang einer Entwicklung, in der die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsmodellen und den Gesellschaftsordnungen der USA und Chinas immer deutlicher akzentuiert werden. […] Der eigentliche Konflikt zwischen der mit sich selbst beschäftigten Supermacht USA und einem China, das seine Machtansprüche nach und nach schärfer formuliert, steht uns erst noch bevor."[32] Doch auch innerhalb der Europäischen Union wird China zunehmend als Rivale und weniger als Partner wahrgenommen: „Bis vor kurzem waren viele westliche Politiker, Banker und Wirtschaftsleute recht optimistisch bezüglich des chinesischen Aufstiegs. […] Aber im letzten Jahr hat sich das chinesische Verhalten verändert. Hardliner und Nationalisten scheinen diejenigen mit liberalen und internationalistischen Instinkten verdrängt zu haben. Dieser Wandel veranlasst die EU-Regierungen und Institutionen, ihre China-Strategien zu überdenken. Chinas Außenpolitik pocht heute stärker auf die eigenen Interessen."[33]

2 Die Konturen des Neuen Kalten Krieges

Inzwischen wird es immer offensichtlicher, dass sich der Westen auf Kollisionskurs mit den aufstrebenden Mächten befindet. Im folgenden Abschnitt sollen die drei Bereiche dargestellt werden, in denen die Konflikte derzeit am offensten zutage treten.

2.1 Staatskapitalismus als Systemkonkurrenz

Wer sich die Frage stellt, weshalb dem machtpolitischen Aufstieg Chinas und Russlands vom Westen nicht mit etwas mehr Gelassenheit gegenübergetreten wird, der findet in „Global Trends 2025", der bereits mehrfach erwähnten Studie der US-Geheimdienste, einen wichtigen Hinweis: „Zum großen Teil folgen China, Indien und Russland nicht dem westlichen liberalen Entwicklungsmodell, sondern benutzen stattdessen ein anderes Model: ‚Staatskapitalismus'. Staatskapitalismus ist ein loser Begriff, der ein Wirtschaftssystem beschreibt, das dem Staat eine prominente

23 Ikenberry, John/Slaughter, Anne-Marie: Forging a World of Liberty under Law, September 2006. Auch Obamas neuer NATO-Botschafter vertritt ähnliche Ansichten. Vgl. Daalder, Ivo/Goldgeier, James: Global NATO, in: Foreign Affairs, September/Oktober 2006.

24 Obama, Barack: Renewing American Leadership, in: Foreign Affairs, July/August 2007.

25 National Intelligence Council 2008, S. 32.

26 The National Intelligence Strategy, August 2009, S. 3.

27 Gates, Robert: A Balanced Strategy Reprogramming the Pentagon for a New Age, in: Foreign Affairs, Januar/Februar 2009.

28 Ries, Thomas: The globalising security environment and the EU, in: Vasconcelos, Álvaro de (ed.): What ambitions for European defence in 2020?, Institute for Security Studies, Paris 20092, S. 61-74, S. 68f.

29 Dreyfuss, Robert: The Rise and McFaul of Obama's Russia Policy, The Nation, 02.07.2008; URL: http://www.thenation.com/blogs/dreyfuss/334120 (15.02.2010).

30 Dies betrifft etwa die Raketenabwehrpläne oder die Haltung zum russischen Vorschlag, einen „Euroatlantischen Sicherheitsvertrag" abzuschließen.

31 Lukyanov, Fyodor: NATO Caught Between Russia and the World, Moscow Times, 17.02.2010.

32 Bartels, Henning: Die USA und China, in: Europäische Sicherheit, 3/2010, S. 3.

33 See Grant, Charles: How should Europe respond to China's strident rise?, CER Bulletin, February/March 2010.

Rolle einräumt. [...] Statt die westlichen Modelle politischer und ökonomischer Entwicklung nachzuahmen, könnten sich viele Länder von Chinas alternativem Entwicklungsmodell angezogen fühlen. Die Machtverschiebung stärkt Staaten wie Russland, die die westliche Ordnung in Frage stellen wollen."[34]

In der einzigen ausführlichen Beschreibung des ebenfalls eingangs erwähnten BND-Papiers zur künftigen weltpolitischen Macht- und Konfliktkonstellation findet sich eine nahezu identische Bedrohungsanalyse: „Die Politik sollte sich deshalb nachdrücklich […] geostrategischen Krisenabwägungen zuwenden. Denn es ist offensichtlich, dass derzeit noch längst nicht alle möglichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise mitgedacht werden. [Besonders] betrifft dies das ideologische Ringen zwischen Demokratien und Autokratien, wer das attraktivere Zukunftsmodell für die Entwicklung von Gesellschaften liefern kann. Eine ganze Generation westorientierter Regierungschefs in Entwicklungsländern könnte in die Defensive geraten, wie ihre Länder trotz schmerzhafter Reformen in wirtschaftliche Turbulenzen stürzen."[35]

In einer Phase also, in der die Wirtschafts- und Finanzkrise die neoliberale Weltwirtschaftsordnung den letzten Rest an Glaubwürdigkeit gekostet hat, stellen China und Russland somit also die wirtschaftspolitischen Spielregeln mit ihrem Alternativmodell grundsätzlich in Frage. Sergei Karaganov, ein führender russischer Politikwissenschaftler, prognostiziert bereits eine „Neue Ära der Konfrontation": „Heftige Rivalitäten auf verschiedenen Ebenen – ökonomisch, geopolitisch, ideologisch – werden die Neue Ära der Konfrontation charakterisieren. Russlands Außenminister Sergei Lawrow hat dieses Merkmal der neuen Welt folgendermaßen beschrieben: ‚Das Paradigma der gegenwärtigen internationalen Beziehungen wird vom Konkurrenzkampf im weitesten Sinne dieses Begriffs bestimmt, insbesondere, wenn sich dieser Konkurrenzkampf auf Wertesysteme und Entwicklungsmodelle erstreckt. Das Neue an der gegenwärtigen Situation ist, dass der Westen sein Monopol auf den Globalisierungsprozess verliert. Dies erklärt vielleicht am besten die Versuche, die augenblicklichen Entwicklungen als Bedrohung des Westens, seiner Werte und seiner Lebensart darzustellen.'"[36]

2.2 Angriff auf die Dollarhegemonie

„Die Gesamtverschuldung der USA liegt bei mehr als 12 Bio. Dollar, was gegen 90 Prozent ihres jährlichen BIP ausmacht. Die Amerikaner haben gemerkt, dass die Welt gegenwärtig wie folgt aussieht: Die Amerikaner leihen bei allen Geld, das sie wahrscheinlich nie zurückgeben werden. Im Gegenzug versprechen sie allen, dass sie ihre Sicherheit festigen, die Diktaturen durch Demokratien ersetzen und die Welt in verschiedener Weise verbessern werden."[37]

Der Hauptgläubiger der USA ist China, das offensichtlich willens ist, diese Schulden als politisch-strategisches Druckmittel zu nutzen. So drohte Peking bereits mehrfach damit, US-Anleihen auf den Markt zu werfen, sollte Washington Sanktionen verhängen, um so eine Aufwertung des Yuan zu erzwingen.[38] Auch die

Hauptgläubiger der USA (US-Schulden in Mrd. US$)

	Jan. 2008	Juli 2008	Jan. 2009	Juli 2009
China	492,6	550	739,6	800,5
Japan	586,9	637,6	634,8	724,5
England	161,9	66,1	123,9	220
Karibische Bankenzentren	108,1	117,6	176,6	193,2
OPEC	140,9	162,9	186,6	189,2
Brasilien	141,7	154,8	133,5	138,1
Russland	35,2	104	119,6	118
Hongkong	54,4	65,2	71,7	115,3
Luxemburg	68,4	89,7	87,2	92,2
Taiwan	38,9	67,9	73,3	77,4
Insgesamt	2403,8	2624	3072,2	3428

Quelle: Boris, Dieter/Schmalz, Stephan: Eine Krise des Übergangs. Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft, in: Prokla 4/2009, S. 625-643, S. 632.

Ereignisse um die beiden Baufinanzierer Fanny Mae und Freddie Mac sind aufschlussreich. Ursprünglich beabsichtigte die Bush-Regierung nämlich keineswegs, die beiden kurz vor der Pleite stehenden Unternehmen zu verstaatlichen. Erst als China, das in die Firmen nahezu 400 Mrd. Dollar investiert hatte, androhte, seine Anteile auf den Markt zu werfen und damit den Bankrott der beiden Unternehmen zu besiegeln, entschied sich Washington zur Verstaatlichung – und sicherte damit Pekings Investitionen ab.[39]

Langfristig dürfte Peking jedoch dennoch kaum noch bereit sein, weiter US-Schulden aufzukaufen: „Laut vernehmlich stellt China den Status quo der globalen Finanz- und Währungsordnung in Frage. […] Die Volksrepublik ist auf lange Sicht nicht bereit, die expansive Geld- und Fiskalpolitik der Vereinigten Staaten durch den Kauf amerikanischer Anleihen zu unterstützen."[40] Das riesige chinesische Konjunkturprogramm, das vor allem auf Binnenkonsum setzt, könnte dabei zugleich Vorbote und Vorbedingung für einen mittelfristigen Rückzug aus dem Dollar sein.

Bislang ist es vor allem die Rolle des Dollars als Weltleitwährung, die Staaten dazu veranlasst, weiterhin US-Schuldscheine aufzukaufen. Doch auch hier deuten sich gravierende Veränderungen an. Beim ersten BRIC-Treffen im Juni 2009 platzte auf russische und chinesische Initiative die finanzpolitische Bombe: „Das spektakulärste Ergebnis dieses Gipfelmarathons bildete die in Jekatarienburg von BRIC-Staaten formulierte Absicht, den US-Dollar als Weltleitwährung mittelfristig abzulösen. Die Teilnehmer kamen überein, in ihrem multilateralen Handel den Dollar schrittweise aufzugeben, ihre Devisenreserven durch wechselseitigen Währungsaufkauf weniger dollarlastig zu machen und auf die Errichtung eines ‚diversifizierten Weltfinanzsystems' hinzuarbeiten."[41]

Eine Ablösung des Dollars hätte für die Vereinigten Staaten jedoch katastrophale Folgen. Es steht zu befürchten, dass Washington bereit sein könnte, dies mit militärischen Mitteln zu vereiteln. Anders jedenfalls lassen sich die Ausführungen eines Beitrags in

34 National Intelligence Council 2008, S. vii; iv.
35 Rinke 2009, S. 43.
36 Karaganov, Sergei: A New Epoch of Confrontation, in: Russia in Global Affairs, Nr. 4, October-December 2007.
37 China bleibt größter Gläubiger der USA und das ist gut so, RIA Novosti, 03.03.2010.
38 China threatens ‚nuclear option' of dollar sales, The Daily Telegraph, 08.08.2007.
39 Vgl. Drezner, Daniel: Bad Debts. Assessing China's Influence in Great Power Politics, in: International Security, Fall 2009, S. 7-45.
40 Haap, Sandra/Hilpert, Hanns: Chinas währungspolitische Offensive, SWP-Aktuell, Dezember 2009, S. 1.
41 Konicz, Tomascz: Verbündete Gegner, junge Welt, 29.06.2009.

Griephan Global Security, einem Insiderblatt für Eliten aus Politik, Wirtschaft und Militär, schwerlich verstehen: „China rüstet auf, ohne *kurzfristig* eine unmittelbare militärische Bedrohung darzustellen. China scheint unaufhaltsam auf dem Weg zu einer führenden Finanz- und Wirtschaftsmacht. [...] Und schließlich stellt Beijing die Systemfrage: Warum ist eigentlich der Dollar die dominante globale Reservewährung? [...] Heute stellt sich die Frage, ob das Spannungsverhältnis zwischen klassischem Militär und Wirtschaft/Finanzen neu justiert werden muss. Gut möglich, dass eine globale Kräfteverschiebung dann stattfindet, wenn Chinas Zentralbank mit der Forderung nach einer neuen Reservewährung, die sich nicht auf dem Dollar abstützt, ernst genommen wird. *Dann, und erst dann, werden Chinas militärische Fähigkeiten ‚relevant'.* "[42]

2.3 Energiekriege und neue Blöcke

Der Bereich, in dem derzeit die machtpolitischen Auseinandersetzungen am sichtbarsten zutage treten und mit den härtesten Bandagen gekämpft wird, ist die Energiepolitik. Schon im Juni 2008 beschrieb ein Pentagon-Dokument die Konfliktkonstellation angesichts rapide schwindender Energievorkommen folgendermaßen: „Uns droht eine mögliche Rückkehr zu traditionellen Sicherheitsbedrohungen durch neu auftretende, fast ebenbürtige Mächte**,** und zwar jetzt, wo wir im weltweiten Wettstreit um knapper werdende Rohstoffe und Überseemärkte stehen."[43] Auch die US-Geheimdienste warnen in „Global Trends 2025" davor, „dass das Abgleiten in eine Welt des Ressourcennationalismus die Gefahr von Konfrontationen zwischen den Großmächten in sich birgt."[44]

Auf der einen Seite wird dabei China mehr und mehr als Konkurrent im Kampf um die verbleibenden Weltenergiereserven wahrgenommen, wie die CDU-nahe *Konrad-Adenauer-Stiftung* ausführt: „Auch mit Blick auf die über die Energieversorgung hinausgehenden Herausforderungen durch die chinesische Energiepolitik, wie der Sicherheits- und Entwicklungspolitik, hat zwischen China und dem Westen der Kampf um globalen Einfluss längst begonnen."[45] Andererseits ist man bestrebt, Russlands Versuche, seinen Rohstoffreichtum als machtpolitischen Hebel gegen die Europäische Union in Stellung zu bringen, zu konterkarieren. Vor diesem Hintergrund ist in den letzten Jahren ein regelrechter Energiekrieg zwischen Russland und der Europäischen Union (mit den USA im Hintergrund) um die Kontrolle der kaspischen Energievorkommen ausgebrochen. Vor allem Russlands Bestrebungen, im immer wichtiger werdenden Gas-Sektor ein Produzentenkartell nach OPEC-Vorbild zu gründen, was schlussendlich im Dezember 2008 auch geschah, wurde im Westen nahezu als Kriegserklärung aufgefasst.[46]

Noch gravierender ist die jüngste Stärkung der „Shanghaier Vertragsorganisation" (Shanghai Cooperation Organization, SCO), einem Bündnis zwischen Russland, China und vier zentralasiatischen Ländern.[47] Schon heute stellt diese Organisation, in deren Rahmen mittlerweile auch sicherheits- und energierelevante Fragen behandelt werden, einen überaus potenten Machtblock dar, der 25% der Weltbevölkerung, 8% der Öl- und 31% der Gasvorkommen auf sich vereint. Während den USA der beantragte Beobachterstatus in der Organisation verwehrt wird, wurde er der Mongolei, Pakistan, Indien und ausgerechnet dem Iran eingeräumt. Inzwischen hat der Iran die Vollmitgliedschaft beantragt und wird hierin von Russland seit Jahren unterstützt. China stand dem bislang jedoch zurückhaltend gegenüber, da es an einer allzu offensichtlichen anti-westlichen Blockbildung – noch – kein Interesse hatte. Jüngste Äußerungen des SCO-Generalsekretärs Sansyzbayevich Imanaliev im Februar 2010, der bekannt gab, der Aufnahmeantrag des Irans werde im Laufe des Jahres geprüft, deuten aber auch hier auf eine veränderte Haltung Pekings hin.[48] Eine Aufnahme des Iran würde eine massive Veränderung des globalen Machtgleichgewichts bedeuten. Die SCO-Mitgliedsstaaten würden dann über 18% der weltweiten Öl- und 37% der Gasvorräte verfügen.

3 Der Transatlantische New Deal zur Sicherung der westlichen Vorherrschaft

Vor dem Hintergrund der mannigfaltigen „Angriffe" auf die westliche Vorherrschaft fordern zahlreiche Stimmen die stärkere Bündelung der transatlantischen Kräfte, um so die bisherige staatliche Hackordnung zu bewahren. Dies erfordert jedoch eine grundlegend neue Macht- und Arbeitsteilung im Bündnis, ein „Transatlantischer New Deal", der gegenwärtig auf den Weg gebracht wird.

Selbst in den USA, wo die EU-Verbündeten lange kaum eine Rolle gespielt haben, ist angesichts der derzeitigen machtpolitischen Schwäche ein Gesinnungswandel eingetreten: „Ein starkes Europa ist zentral für die Erholung der Vereinigten Staaten. Die USA sind zu beansprucht – militärisch wie wirtschaftlich – um ohne das Zutun seines wichtigsten Verbündeten auszukommen."[49] Umgekehrt sind sich auch Europas Eliten einig, dass sie nur im Verbund mit den USA ihre Interessen durchsetzen werden können. Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag vom Oktober 2009 findet sich diesbezüglich folgender viel sagender Satz: „Ein starkes Atlantisches Bündnis und ein handlungsfähiges Europa ergänzen einander. […] Auch in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts betrachten wir die Idee des Westens als Grundlage und seine Institutionen als Plattform deutscher Außenpolitik. In der Zeit der Globalisierung muss der Westen zu mehr Geschlossenheit finden, um seine Interessen durchzusetzen und gemeinsame Werte zu bewahren. [...] Die enge politische Koordination mit den Vereinigten Staaten sehen wir als Kraftverstärker unserer Interessen, der das Gewicht Deutschlands in Europa und der Welt erhöht."[50] Eine transatlantische Wiederannäherung beruht also sowohl für die USA, vor allem aber auch für die EU auf einer nüchternen Abwägung der eigenen Interessen. Robert Kagan beschreibt das Kalkül Frankreichs und Deutschlands folgendermaßen: „Auch

42 Heinz Schulte: Hinter dem Bambusvorhang, Griephan Global Security, Ausgabe 3/4 2009, S. 3

43 America's Army: The Strength of the Nation, The Army Modernization Strategy 2008, S. 5f.

44 National Intelligence Council 2008, S. v.

45 Nötzold, Antje: China als Herausforderung für die europäische Energieversorgungssicherheit, in: KAS Auslandsinformationen 3/2010, S. 59-75, S. 75.

46 Vgl. Wagner, Jürgen: Gas-OPEC und Afrikanische Nabucco, in: AUSDRUCK (Februar 2009), S. 17-23.

47 Die weiteren SCO-Mitglieder sind Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan.

48 The SCO Military Alliance Appraises Membership of Iran, Pakistan, China Daily, 04.02.2010.

49 Cohen, Roger: Remembering Germany, International Herald Tribune, 05.02.2009.

50 Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt." zwischen CDU, CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode, Oktober 2009.

in Europa besteht ein unverkennbarer Trend zu engeren strategischen Beziehungen mit den USA. [...] Dies geschieht allerdings nicht aus neu erwachter Zuneigung zu den Vereinigten Staaten, sondern wegen der sich ändernden internationalen Lage und der Lehren aus der Vergangenheit. Die amerikafreundlichere Außenpolitik von Nicolas Sarkozy und Angela Merkel hat nicht nur mit ihren jeweiligen Persönlichkeiten zu tun, sondern verdankt sich einer Neubewertung der französischen, deutschen und europäischen Interessen. Enge [...] Beziehungen zu den USA, so ihrer beider Überzeugung, verleihen der Macht und dem weltweiten Einfluss Europas einen Auftrieb, den Europa aus eigener Kraft nicht zustande brächte."[51]

3.1 Das US-Angebot: Mehr mitkämpfen und mehr mitreden!

Vor dem Hintergrund der ernsten Krise der US-Vorherrschaft erfolgte der erste außenpolitische Aufschlag der US-Regierung auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2009. Mit blumigen Worten reichte Vizepräsident Joseph Biden dort den EU-Verbündeten die Hand. Die neue US-Regierung stehe für ein „neues Zeitalter", eine „neue Ära der Zusammenarbeit", sie sei „entschlossen, einen neuen Ton einzuschlagen." Anschließend konkretisierte Biden die Bedingungen für den Transatlantischen New Deal: „Die USA werden mehr tun, aber die USA werden auch mehr von ihren Partnern verlangen […], einschließlich ihrer Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, wenn alles andere fehlschlägt."[52]

Eine deutliche Kritik an die Adresse der EU-Staaten richtete der damalige NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer auf der Sicherheitskonferenz im Februar 2009, indem auch er eine größere Lastenteilung im Bündnis einforderte. Mehr Mitsprache und mehr Beteiligung in der Allianz „gehen Hand in Hand": Wenn die USA einerseits ihren Beitrag in Afghanistan erhöhen wollten, europäische NATO-Partner hierzu im Gegenzug aber nicht bereit seien, „macht das die Aufforderung, dass die Europäer mehr gehört werden wollen in Washington, doch etwas hohl." Wer mehr mitreden will, der muss auch mehr mitkämpfen, so die alles dominierende Grundaussage, schließlich sei die NATO eine „Zwei-Bahn-Straße", unterstrich Scheffer.[53]

Die Botschaft scheint angekommen zu sein, wie FAZ-Korrespondent Nikolaus Busse ausführt: „Auf immer mehr Feldern werden wir leidenschaftliche Konkurrenz und harte Interessengegensätze mit den aufsteigenden Großmächten erleben. Das erfordert eine beherzte globale Präsenz des Westens, und zwar nicht nur der USA. [...] Diese Lasten werden sie aber immer weniger alleine tragen können. [...] Europa kann in einer Welt harter geopolitischer Rivalität nicht als große Friedensbewegung bestehen, sondern muss zu einer anspruchsvollen Diplomatie und einem selbstbewussten Auftritt finden. Dieses Problem löst man nicht mit der Schaffung neuer Posten und Strukturen in Brüssel, sondern indem die Eliten in den großen Mitgliedsstaaten einen größeren Willen entwickeln, sich harten machtpolitischen Fragen gemeinsam zu stellen."[54]

Händedruck zwischen Barack Obama und José Manuel Barroso beim EU/US Summit in Prag 5.4.2009. Photo: © European Union, 2010

3.2 EU-Bedingungen für den Transatlantischen New Deal

Die zentrale Bedingung für das Zustandekommen des Transatlantischen New Deals ist aus EU-Sicht, dass die USA ihren Anspruch auf die alleinige Führungsrolle im Bündnis aufgeben, wie Kanzlerin Angela Merkel untermauerte: „Konflikte sind von keinem Land mehr allein zu lösen, sondern wir brauchen einander. [...] Das heißt, der kooperative Ansatz muss die Grundlage unseres Handelns sein."[55] Mit anderen Worten, Washington hat künftig sein Handeln mit der EU abzustimmen und auf deren Interessen Rücksicht zu nehmen. In klares Deutsch übersetzte *Spiegel Online* Merkels Botschaft mit folgenden Worten: „Die Kanzlerin fordert von Washington, künftig nie mehr Alleingänge bei internationalen Konflikten zu unternehmen - die NATO sei dafür das zentrale Instrument."[56]

Ganz konkret erwartet man sich von EU-Seite, dass zunehmende militärische Beiträge sich in deutlich gesteigerten Mitspracherechten im Bündnis bemerkbar machen werden. So lässt sich das transatlantische quid pro quo griffig folgendermaßen zusammenfassen: „Je größer die europäischen Anstrengungen sein werden, desto größer werden die von den Europäern eingeforderten Mitspracherechte sein."[57] Der am 19. Februar 2009 vom Europäischen Parlament verabschiedete Bericht „über die Rolle der NATO im Rahmen der Sicherheitsarchitektur der EU" bringt an-

51 Kagan 2008, S. 96f.

52 Rede von Joseph Biden auf der 45. Münchner Sicherheitskonferenz 2009.

53 Jaap de Hoop Scheffer, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009.

54 Busse, Nikolaus: Harte Zeiten für Friedensbewegte. Eine multipolare Welt bringt die klassische Machtpolitik wieder zurück, in: Internationale Politik, Juni 2009, S. 49-53, S. 53.

55 Rede von Angela Merkel auf der 45. Münchner Sicherheitskonferenz 2009.

56 Kanzlerin fordert Ende der US-Alleingänge, Spiegel Online, 07.02.2008.

57 Lindley-French, Julian: Enhancing Stabilization and Reconstruction operations, CSIS, January 2009, S. 8.

schaulich die beiden Elemente des Transatlantischen New Deals auf den Punkt. Der Bericht „fordert die Europäische Union auf, einen gerechteren Anteil an der Last zu tragen; fordert ferner die USA auf, mehr Bereitschaft an den Tag zu legen, ihre europäischen Verbündeten zu Fragen im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit zu konsultieren."[58]

3.3 Die Implementierung des Transatlantischen New Deals

Trotz der relativ kurzen Zeit, die die neue US-Administration im Amt ist, und ungeachtet so mancher Interessensunterschiede im Detail wird der Transatlantische New Deal augenblicklich in zahlreichen Bereichen implementiert.

Was US-Zugeständnisse anbelangt, wäre hier zunächst die bahnbrechende Formulierung zu nennen, die Vizepräsident Joseph Biden bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2009 gewählt hatte. „Wir unterstützen ebenfalls die Stärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten, eine größere Rolle der Europäischen Union hinsichtlich des Erhalts von Frieden und Sicherheit [sowie] eine substanziell stärkere NATO-EU-Partnerschaft."[59] Auch Barack Obama äußerte sich zum Auftakt des NATO-Gipfels in Straßburg zwei Monate später: „Wir wollen militärisch starke europäische Verbündete. Je besser die europäischen Verteidigungskapazitäten sind, umso besser können wir miteinander kooperieren, umso glücklicher sind wir."[60] Dabei handelt es sich um eine, wenn nicht die bedeutendste Neujustierung der US-amerikanischen Globalstrategie seit dem Ende des Kalten Krieges. Bislang wurde die Europäische Union bisher stets auch als – zumindest potenzieller – Rivale der USA betrachtet. Aus diesem Grund wurde bereits unter der Regierung Bill Clintons und mehr noch während der Amtszeit George W. Bushs versucht, die Herausbildung eines schlagkräftigen EU-Militärpotenzials, das ggf. auch gegen US-Interessen zum Einsatz kommen könnte, nach Kräften zu torpedieren. Stattdessen lautet nun die eindeutige Botschaft: „rüstet was das Zeug hält, das kann uns beiden nur nützen."

Ein weiterer wesentlicher Teil des neuen transatlantischen Schulterschlusses stellt darüber hinaus die Rückkehr Frankreichs in die NATO-Militärstrukturen dar. Nach mehr als 40jähriger Abwesenheit symbolisiert kaum etwas deutlicher, dass man gewillt ist, vorhandene Meinungsverschiedenheiten zugunsten einer gemeinsamen Interessensdurchsetzung einstweilen zurückzustellen. Im Gegenzug war Washington bereit, diesen Schritt angemessen zu honorieren und gab Einfluss im Bündnis zugunsten Frankreichs ab. So übergaben die USA am 9. September 2009 das „Allied Command Transformation" (ACT) in Norfolk an Frankreich, eines der beiden strategischen NATO-Oberkommandos, das bislang stets von einem US-Amerikaner geleitet wurde.[61] „In Norfolk werden künftige Operationsstrukturen und militärische Fähigkeiten der NATO vorgedacht. Eine stärkere Rolle Europas im Bündnis [...] könnte von dort aus gut vorangetrieben werden."[62] Eine solche Abgabe von Macht seitens der Vereinigten Staaten wäre bis vor kurzem noch undenkbar gewesen – nun ist sie Bestandteil des Verhandlungspakets. Gleichzeitig erblickt die *Stiftung Wissenschaft und Politik*, die derzeit wohl einflussreichste deutsche Denkfabrik, hierin eine Chance, die genutzt werden sollte: „Die Bundesregierung [sollte] das Gewicht, über das Frankreich nach seiner Rückkehr in die integrierten Bündnisstrukturen verfügen wird, nutzen, um die bestehenden Kräfteverhältnisse in der NATO zugunsten beider Länder zu korrigieren."[63]

Andererseits scheint auch die Europäische Union in jüngster Zeit zunehmend gewillt zu sein, die USA nach Kräften zu unterstützen. Dies betrifft einmal zahlreiche Überlegungen, die Zusammenarbeit zwischen USA, NATO und Europäischer Union sowohl institutionell als auch bei konkreten Einsätzen erheblich zu intensivieren. So arbeiten die NATO-Militäreinsätze im Kosovo und in Afghanistan schon heute Hand in Hand mit den dortigen „zivilen" EU-Missionen.[64]

Vor allem aber versucht man, die USA bei den zwei wichtigsten derzeitigen Einsätzen militärisch zu entlasten. Lediglich eine Woche nach der Wahl Barack Obamas beschloss die Europäische Union, nun auch im Irak selber mit ihrer EUJUST Lex Mission aktiv zu werden und so den USA bei der Besatzung unter die Arme zu greifen. Eine ähnliche Entscheidung fällte die NATO kurze Zeit später im Dezember 2008. Nach den schweren Konflikten um den Irak-Krieg war dies ein Signal mit erheblicher Symbolwirkung – sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber dem Rest der Welt, ein „klares Zeichen für einen Neuanfang."[65]

Der eigentliche Test, ob der Transatlantische Deal zustande kommen wird, wird aber Afghanistan sein. Seit Jahren wird von den EU-Verbündeten, allen voran von Deutschland, eine Vergrößerung des Engagements gefordert. So wurde der amerikanische NATO-Botschafter Ivo Daalder diesbezüglich Anfang Juli 2009 überdeutlich: „Die Vereinigten Staaten erfüllen ihren Teil, Europa und Deutschland können und sollten mehr tun."[66] Auf keinen Fall wollen die EU-Staaten die Neue Transatlantische Partnerschaft mit den USA an einem mangelnden Kriegswillen in Afghanistan scheitern lassen. Aus diesem Grund erhöhten die EU-Mitgliedsstaaten zwischen Ende 2006 und Frühjahr 2010 ihre Beteiligung an der NATO-Truppe ISAF von 17.000 auf 33.000 Soldaten. Dies ist nur einer von vielen Bereichen, in denen die EU-Staaten die gegenwärtige Eskalationsstrategie in Afghanistan voll mittragen und so die USA substanziell entlasten.[67]

Interessanterweise ist der Afghanistan-Krieg für den US-Geheimdienstbericht „Global Trends 2025" der Lackmustest, ob der Westen in der Lage sein wird, seine Vormachtstellung aufrecht zu erhalten. Dort findet sich ein auf das Jahr 2015 vordatierter fiktiver Brief des Vorsitzenden der Shanghaier Vertragsorganisation an den NATO-Generalsekretär: „Vor 15 bis 20 Jahren hätte ich mir nie träumen lassen, dass sich die SCO und die NATO auf gleicher Augenhöhe befinden – wenn nicht gar, dass die SCO die sogar wichtigere internationale Organisation ist. [...] Ich denke man kann sagen, dass dies seinen Anfang mit dem westlichen

58 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. Februar 2009 zu der Rolle der NATO im Rahmen der Sicherheitsarchitektur der EU (2008/2197(INI)).

59 Biden 2009.

60 Nichts kann das Strahlen trüben, FAZ.net, 04.04.2009.

61 Change of command at Allied Command Transformation, NATO News, 09.09.2009.

62 Nassauer, Otfried: „Out of Ara", in: Hintergrund, 2/2009, S. 13-16, S. 15.

63 Kempin, Ronja: Frankreichs NATO-Kurs, SWP-Studie, Februar 2009, S. 6.

64 Vgl. Stubb, Alexander: In search of smart power, in: Vasconcelos 2009, S. 125-132, S. 132.

65 Riecke, Henning: Mehr Einsatz in Afghanistan, in: Internationale Politik, Januar 2009, S. 39-44, S. 42.

66 „Deutschland und Europa müssen mehr tun", FAZ, 01.07.2009.

67 Vgl. Wagner, Jürgen: From Pax Americana to Pax Transatlantica? The Western Quest for Supremacy in the Era of Persistent Conflict, Information on Politics & Society, No. 2, April 2010.

Rückzug aus Afghanistan nahm, ohne dass das Missionsziel einer Pazifizierung erreicht worden wäre."[68]

4 Kalter Krieg als Self-Fullfilling Prophecy?

Inwieweit die in diesem Beitrag prognostizierte Entwicklung weiter zunehmender geopolitischer Spannungen und einer erneuten Blockbildung tatsächlich eintreten wird, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, die hier abschließend adressiert werden sollen.

Zuerst betrifft dies die Frage, ob die USA unter Barack Obama wirklich zu einer substanziellen Abgabe von Macht bereit sein werden oder ob es sich bei den bisherigen Signalen vielmehr um Lippenbekenntnisse handelt. Hier macht sich etwa innerhalb der deutschen Eliten bereits erster Unmut breit: „Kurz vor der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz [2010] bilanzieren deutsche Regierungsberater die US-Weltpolitik nach dem Ende der Ära Bush. Präsident Obama habe zu Beginn seiner Amtszeit ‚große Erwartungen' hinsichtlich einer intensiven Kooperation mit Berlin und der EU geweckt, schreibt die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik. Tatsächlich aber sei ‚kaum mehr als eine Akzentverschiebung' eingetreten. Washington räume dem ‚Multilateralismus' - einer Chiffre für das deutsch-europäische Bestreben, als Weltmacht mit den USA gleichzuziehen - nach wie vor nur eine instrumentelle Rolle ein."[69]

In diesem Zusammenhang hat das Signal der Obama-Administration, man sei auch in der Lage, andere Partner zu finden, sollten die Verbündeten nicht zu einer größeren Unterstützung bereit sein, in der EU große Besorgnis ausgelöst.[70] Denn die Europäische Union ist angesichts ihrer eigenen prekären machtpolitischen Situation mindestens ebenso auf die Vereinigten Staaten angewiesen wie umgekehrt. Befürchtet wird vor allem eine G2, ein Bündnis zwischen den USA und China: „Wenn wir auf keinen gemeinsamen Nenner kommen können", sagte Italiens Außenminister Franco Frattini, „wird Europa in den Hintergrund gezwängt werden. Falls ein ‚großes Zweigespann' von China und USA zustande kommt, das auch als Pazifik-Achse bezeichnet werden kann, gerät die atlantische Achse in Vergessenheit. Wir müssen politischen Willen an den Tag legen und entsprechende Verpflichtungen auf uns nehmen."[71]

Andererseits sehen jedoch auch die Vereinigten Staaten weiterhin in der Europäischen Union den mit Abstand besten Partner zur Durchsetzung ihrer Interessen. Zuletzt unterstrich Obamas Nationaler Sicherheitsberater James Jones auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2010 erneut die „Logik" der transatlantischen Schicksalsgemeinschaft mit folgenden Worten: „Im letzten Jahr reisten Vizepräsident Biden und ich zu dieser Konferenz, um eine Regierung zu repräsentieren, die weniger als drei Wochen im Amt war. Wir erneuerten Präsident Obamas Versprechen für einen Neuanfang in den Beziehungen der Vereinigten Staaten mit Europa und der Welt. […] Berichte von einem Niedergang der transatlantischen Partnerschaft waren schon immer stark übertrieben – seit Jahrzehnten. Aber unsere Partnerschaft dauert aufgrund eines einfachen Grundes an – weil sie unsere gemeinsamen Werte und unsere geteilten Interessen reflektiert, die die Basis unserer gemeinsamen Sicherheit und unseres Wohlstands sind. Die Tage, in denen die Europäische Union eine Herausforderung darstellte, die von den USA bewältigt werden musste, sind lange vorüber. Vielmehr ist Europa heute unser unverzichtbarer Partner. [Dies] unterstreicht, was Präsident Obama eine ‚grundlegende Wahrheit' nannte – dass ‚Amerika die Herausforderungen dieses Jahrhunderts nicht allein bewältigen kann' und dass ‚Europa sie nicht ohne die USA bewältigen kann.'"[72]

Die beiderseitige „Motivation", mit einem Transatlantischen New Deal die Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage zu stellen, ist demzufolge vorhanden. Die Europäer jedenfalls dürften ihren Teil bereitwillig beitragen: „Da die langfristigen US-amerikanischen Strategiekonzepte von einer im Verbund mit den Europäern durchgesetzten eigenen Vormachtstellung ausgehen, muss und darf angenommen werden, dass die EU-Eliten den ihnen zugedachten Part durchaus zu erfüllen und überzuerfüllen bereit sind, um in demselben Maße, in dem ihre militärische Potenz ansteigt, auch im Verhältnis zum US-amerikanischen Partner an Einfluss zu gewinnen."[73]

Eine weitere offene Frage betrifft die Zukunft der aufstrebenden Mächte: Werden sich Brasilien und Indien zu eigenständigen Supermächten entwickeln oder viel eher wichtige „Preise" darstellen, die es gilt, in den einen oder anderen Block des heraufziehenden Neuen Kalten Krieges zu integrieren?[74] Am wichtigsten ist in diesem Zusammenhang die Zukunft Russlands. In diesem Punkt zeigt sich eine entscheidende – wenn auch nahezu die einzige – Meinungsverschiedenheit zwischen den Einschätzungen des amerikanischen und deutschen Geheimdienstes. Während "Global Trends 2025" Russland vorrangig als Rivalen behandelt, betrachtet der Bundesnachrichtendienst das Land als einen potentiellen Preis. Die Aussichten seien gut, das Land in einen gegen China gerichteten westlichen Block zu integrieren, so die deutsche Einschätzung.[75]

Dass dies gelingt, ist jedoch eher zweifelhaft. Selbst die russischen Vertreter, die eine Wiederannäherung an den Westen fordern, geben an, hierfür sei es zwingend erforderlich, Moskaus Interessen in weit größerem Ausmaß zu respektieren, als dies bislang der Fall war.[76] Weder die Europäische Union und noch weniger die Vereinigten Staaten scheinen hierzu jedoch bereit zu sein: „In einem bemerkenswert deutlichen Interview gab der bekannte Russland-Experte Professor Stephen Cohen […] an, dass ungeachtet der Aussage der Obama-Regierung, die Beziehungen neu starten zu wollen, das ‚alte Denken' in Washington dominiert – ‚dass Russland eine besiegte Macht ist, es keine legitime Großmacht mit denselben Rechten wie die Vereinigten Staaten darstellt, dass Russland Zugeständnisse machen muss […] und

68 National Intelligence Council 2008, S. 38.

69 Deklassierungsängste (II), German-Foreign-Poilicy.com, 29.01.2010. Zitiert wird dort aus Thimm, Johannes: Ein Jahr Außenpolitik unter Obama. Rückkehr zum Multilateralismus? SWP-Arbeitspapier, Januar 2010.

70 Cohen, Roger: Gone, Solid Gone, New York Times, 08.03.2010.

71 EU will mit eigener Armee vorneweg marschieren, RIA Novosti, 17.11.2009.

72 Jones, James: Speech at the 46th Munich Security Conference, 06.02.2010.

73 Europäischer Thinktank mit Griff zur Weltherrschaft (SB), DIL-JA/1079: ECFR (1), URL: http://tinyurl.com/cj9der (14.08.2009).

74 Die letztgenannte Meinung vertritt etwa Khanna, Parag: The second world: empires and influence in the new global order, London 2008.

75 Vgl. Rinke 2009.

76 Vgl. Inozemtsev, Vladislav: The Post-Crisis World: Searching for a New Framework, in: Russia in Global Affairs, July/September 2009, S. 150-160; Kotkin, Stephen: The Unbalanced Triangle. What Chinese-Russian Relations Mean for the United States, in: Foreign/Affairs, September/October 2009.

Die Präsidenten Chinas und Russlands Hu Jintao und Dimitri Medwedew in Beijing 2008, Foto: Creative Commons, www.kremlin.ru.

dass die Vereinigten Staaten ihre Versprechen nicht einzuhalten braucht, weil Russland imperialistisch und böse ist."[77]

Mit dieser kurzsichtigen Politik drängt der Westen Russland förmlich in Richtung einer sich verfestigenden sino-russischen Allianz. Ein hochinformativer Beitrag des bekannten russischen Wissenschaftlers Sergei Karaganow fasst die diesbezügliche russische Sichtweise bündig zusammen: „Es ist für mich ziemlich offensichtlich, dass die Euroatlantische Zivilisation, die ursprünglich als der Sieger aussah, in der neuen Welt ein wenig hinter China und den asiatischen Ländern hinterherhinkt, die sich als die wahren Gewinner des Kalten Krieges herausstellen. […] Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen ist Amerikas geopolitische Position und sein Führungsanspruch erheblich erodiert – aufgrund von Irak, Pakistan, Afghanistan und der Wirtschaftskrise. Diese Position kann und wird allenfalls teilweise wiederhergestellt werden können. Angesichts der Unmöglichkeit, eines vorteilhaften und gleichberechtigten Zugangs zum Euroatlantischen Raum, tendiert Russland dazu, die Kooperation mit China zu favorisieren – selbst wenn dies als ‚kleiner aber respektierter Bruder' geschieht. Außerdem legt China recht pragmatisch seinen Fokus nicht auf unterschiedliche Werte, auch wenn diese Unterschiede groß sind. Die heutige ‚asiatische Option' ist nicht dieselbe wie die europäische Option der Vergangenheit. Sie sieht aus wie die Wahl zugunsten einer rasch aufsteigenden Zivilisation."[78]

Ebenso wie Russland, erwartet auch China, dass seine Interessen respektiert werden – und fordert dies auch zunehmend lautstark ein. Beispielhaft hierfür war die Rede des chinesischen Außenministers auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2010: "Von der subtilen und diplomatischen Sprache Yang Jiechis sollte man sich nicht in die Irre führen lassen. Im Kern war seine Botschaft: China wird konstruktiv in allen wichtigen internationalen Sicherheitsfragen kooperieren – vorausgesetzt, Chinas wichtigste Interessen werden voll und ganz respektiert."[79] Kishore Mahbubani, der mehr als dreißig Jahre im Dienst des Außenministeriums von Singapur stand, stellt deshalb in diesem Zusammenhang die Gretchenfrage: "Der Aufstieg Asiens stellt ein wirkliches Dilemma für die westlichen Staaten dar: sollen sie sich von ihren materiellen Interessen leiten lassen und an der Macht festhalten? Oder sollen sie sich von ihren Werten leiten lassen und damit anfangen, Macht abzugeben und zu teilen?"[80] Augenblicklich deuten alle Anzeichen bedauerlicherweise darauf hin, dass der Westen versuchen wird, seine Vorherrschaft unter allen Umständen zu bewahren, koste es, was es wolle. Die Folgen sind schon jetzt spürbar, wie eine Umfrage anfang 2010 verdeutlicht: „Nahezu 55% der [chinesischen] Befragten stimmen damit überein, ‚dass ein Kalter Krieg zwischen den USA und China ausbrechen wird'. Eine unabhängige Untersuchung chinesisch-sprachiger Medien im Auftrag der Sunday Times ergab Aussagen von Navy und Armee-Offiziere, die einen militärischen Showdown vorhersagen und politische Führer, die fordern, dass China mehr Waffen an Amerikas Feinde verkaufen soll."[81]

Gelingt es nicht, die westlichen Eliten mittels massiver Proteste von ihrem bisherigen Kurs abzubringen, so droht tatsächlich, dass sie hierdurch die Welt in einen Neuen Kalten Krieg stürzen werden. Es besteht die reale Gefahr, dass "es zu einer Konfrontation zwischen den transatlantischen Status Quo-Mächten und den Herausforderern aus der Semiperipherie kommt. Die Entscheidung über ein solches Szenario wird in den nächsten Jahrzehnten in den westlichen Staaten durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Wahlen getroffen."[82] Eine deutlichere Handlungsaufforderung an die amerikanische und europäische Friedens- und Antikriegsbewegung kann es also kaum geben.

77 Bhadrakumar, M.K.: Sino-Russian baby comes of age, Asia Times Online, 13.06.2009.

78 Karaganov, Sergei: Russia in Euro-Atlantic Space, solon-line, 11.12.2009, URL: http://www.solon-line.de/russias-place-in-euro-atlantic-space.html (08.02.2010).

79 Liebig, Michael: The 2010 Munich Security Conference: China Enters the Scene, solon-line, 12.02.2010, URL: http://www.solon-line.de/the-2010-munich-security-conference.html (15.02.2010).

80 Mahbubani 2009, S. 103.

81 Sheridan, Michael: China's hawks demand cold war on the US, The Sunday Times, 07.02.2010.

82 Boris/Schmalz 2009, S. 641f.

Risikobevölkerungen, Lagebilder und Prävention – Krisenmanagement als Regierungstechnik

von Christoph Marischka

1 Global Governance als Katastrophenschutz

Krisenmanagement beinhaltet die Vorwegnahme der Zukunft durch die Ausarbeitung von Szenarien, welche auch die Gegenwart strukturieren.[1] Man kann dies u. a. am Katastrophenschutz sehen, wo gegenwärtig Szenarien ausgearbeitet werden, bei denen es nahe liegt, dass man zur „Bewältigung" auf die Streitkräfte zurückgreifen muss, während zeitgleich Strukturen geschaffen werden, die eine Einbeziehung des Militärs erleichtern bzw. bereits voraussetzen (siehe hierzu den Beitrag von Rolf Gössner).

Im Folgenden soll es um globales Krisenmanagement gehen, wobei dieses als permanente „Katastrophenhilfe" begriffen wird, um zu fragen, wer oder was wird hier eigentlich vor wem oder was geschützt und wie strukturiert das, was als Katastrophe begriffen wird, das, was als Normalität, die hergestellt werden soll, gilt. Um diese Vorgehensweise zu verdeutlichen sollen hier zunächst einige Zitate aus der Beschreibung der Katastrophenschutzübung LÜKEX, die bereits seit 2004 etwa alle zwei Jahre mit Beteiligung der Bundeswehr in Deutschland stattfindet, dokumentiert und kommentiert werden. Diese Übung wurde in der Zeitung „Behördenspiegel" - quasi die Monatszeitschrift für vernetzte Sicherheit – dargestellt.[2] Das Szenario besteht darin, dass am Flughafen Köln-Bonn und am Bahnhof Hamburg jeweils eine Bombe explodiert. Es stellt sich heraus, dass es sich dabei um so genannte „schmutzige Bomben" handelt. Das sind Bomben, die neben der Explosion auch eine – in diesem Falle schwache - radioaktive Verseuchung verursachen. Eine weitere Bombe wird vor ihrer Detonation in Berlin aufgefunden. In einem ersten Schritt werden nun die Stellen zitiert, bei denen das Handeln der Zivilbevölkerung – die es ja eigentlich zu schützen gilt – beschrieben wird, um herauszuarbeiten, welche Rolle sie aus Sicht des Katastrophenschutzes spielt. Den größten Raum im Bericht des Behördenspiegels nehmen die Handlungen, das Krisen- und Informationsmanagement der BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) ein. Auf die Betroffenen der ersten Explosion wird mit dieser Passage das erste Mal eingegangen:

1.1 Irrationale, Störer, Protestierende und Plünderer!

„Hysterisch schreit eine Frau ‚Atombombe' und läuft verzweifelt weg, auch in den Gesichtern anderer Personen ist die Angst vor dem atomaren GAU deutlich zu sehen. Die Emotionen stauen sich auf, Panik droht sich zu verbreiten. Um die aufgewühlte Menge jetzt noch kontrollieren zu können, wird personelle Stärke benötigt. Schon jetzt gelingt es Einzelnen, durch die noch provisorischen Absperrungen zu brechen. Doch die vermutlich Kontaminierten stellen selbst eine strahlende Gefahr für die Bevölkerung dar und müssen unbedingt am Verlassen des Gebäudes gehindert werden. Die Bundespolizei am Flughafen braucht dringend Unterstützungseinheiten sowie die Hilfe der nordrhein-westfälischen Landespolizei."

„Im Zuge der unüberschaubar gewordenen Situation ist es mehreren Personen inzwischen gelungen, das Gelände zu verlassen. Ein zufällig vor Ort anwesender Journalist verständigt sofort die lokalen Medien. Bereits 30 Minuten nach der Detonation werden erste Meldungen von Radio- und Fernsehstationen gesendet."

„Anders als in Köln-Bonn stellt sich hier [in Hamburg] jedoch keine wirkliche Fluchtbewegung der Passanten ein. Im Gegenteil sind es eher Schaulustige, von denen die Einsatzkräfte bei ihrer Arbeit zunehmend behindert werden."

„Während die Ermittlungen laufen, stellt sich im unteren Teil des Bahnhofsgeländes im Bereich der S- und U-Bahngleise ein weiteres Problem heraus. Eine Gruppe angetrunkener Jugendlicher will sich von der oberirdischen Gefahr durch die schmutzige Bombe nicht beeindrucken lassen und weigert sich, den Gleisbereich zu verlassen. Die Personen scheinen gewaltbereit und drohen den Polizeibeamten bereits. Nur mit Hilfe eines großen Personalaufgebots und sehr deeskalierend agierenden Beamten gelingt es schließlich, eine Eskalation und mögliche gewalttätige Übergriffe zu verhindern. Zwar widerwillig und unter Beleidigungen kann man die Gruppe dann doch zum Verlassen des Bereichs bewegen."

„Der besonders gefährdete U-Bahnbereich, in dem sich normalerweise um diese Uhrzeit größere Menschenmengen aufhalten, war aus Präventivmaßnahmen bereits geräumt worden. Zwar hatten sich die zu evakuierenden Passanten als äußerst unwillig erwiesen, dennoch war es mit relativ wenigen Einsatzkräften gelungen, die Personen vorsorglich in Sicherheit zu bringen."

Wir sehen hier also die Zivilbevölkerung eigentlich nur in der Rolle als „Störer". Ihre Handlungen erscheinen irrational und sie müssen gezwungen werden, um geschützt werden zu können. Von Selbsthilfe ist nicht die Rede oder wo sie versucht wird, soll sie unterbunden werden. So stellt sich das Entkommen des Journalisten in der Folge als ein Problem heraus, da seine Meldungen das Informationsmanagement der Behörden stören und zur öffentlichen Verunsicherung beitragen. Bei zahlreichen anderen Katastrophenschutzübungen, auch in Deutschland, spielt die Bevölkerung zudem noch eine Rolle als „Plünderer" und „Protestierende". Die Proteste entzünden sich meist daran, dass das Handeln der Behörden als zu langsam oder ineffizient wahrgenommen wird, behindern aber wiederum eine effektive Katas-

1 Da es sich hier um eine Zusammenfassung des mündlichen Vortrags auf dem Kongress „Krisenmanagement – Sicherheitsarchitektur im globalen Ausnahmezustand" am 21.11.2009 handelt, werden jüngere Ereignisse wie das Erdbeben auf Haiti nicht berücksichtigt. Ebenso wurde auf die Angabe von Quellen weitgehend verzichtet. Alle die sich für diese interessieren, Kritik oder Anmerkungen zum Text haben, können sich aber jederzeit an den Autor unter: mari@imi-online.de wenden.

2 „Vom Staube verweht – Nationale Gefährdung durch schmutzige Bomben", in: Behördenspiegel November 2009.

trophenhilfe und stellen deshalb eine irrationale „Störung“ dar, die eingedämmt oder beseitigt werden muss. Dieses Szenario entstammt unter anderem der militärischen Übung des „Three Block War“, in dem die Bundeswehr – etwa auf einem Markt – für Sicherheit und Ordnung sorgt. Nachdem ein Heckenschütze in die Menge schießt und die Versorgung der Verletzten durch die Bundeswehr für die Umstehenden nicht schnell genug geht, bedrängen auch diese die Soldaten. Die gleichzeitige Konfrontation mit unbewaffneten, aber aufgebrachten Zivilisten und einem militärischen Gegner – dem Heckenschützen – soll die Komplexität moderner Einsätze verdeutlichen.

1.2 Verkehrsinfarkt

Da die Bevölkerung also eher etwas ist, das es zu kontrollieren gilt, stellt sich die Frage, was durch den Katastrophenschutz eigentlich geschützt werden soll. Die in der Übung aufscheinenden Erfolgskriterien scheinen allesamt mit Verkehr oder so genannten kritischen Infrastrukturen zusammen zu hängen:

„Im Zuge der weiträumigen Sperrung und Schließung des Flughafens ist auf der Autobahn jedoch schon ein recht zähfließender Verkehr feststellbar... Wie kann man in dieser Situation für die Sicherheit der sich gerade zum Zwecke des Transports vor Ort befindlichen hochrangigen politischen Persönlichkeiten garantieren? Ist der militärische Teil des Flughafens überhaupt auf einen derartigen Anschlag mit einer schmutzigen Bombe vorbereitet? Was geschieht mit der für den Nachmittag geplanten Landung eines Truppenkontingentes der Bundeswehr aus Afghanistan?“

„Auf den Autobahnen und im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel zeigt sich eine Fluchtreaktion der Bevölkerung. Der Verkehr wird immer zähflüssiger, die Bahnen und Busse füllen sich. Auch dem Personennahverkehr im Köln-Bonner Raum droht ein Infarkt“.

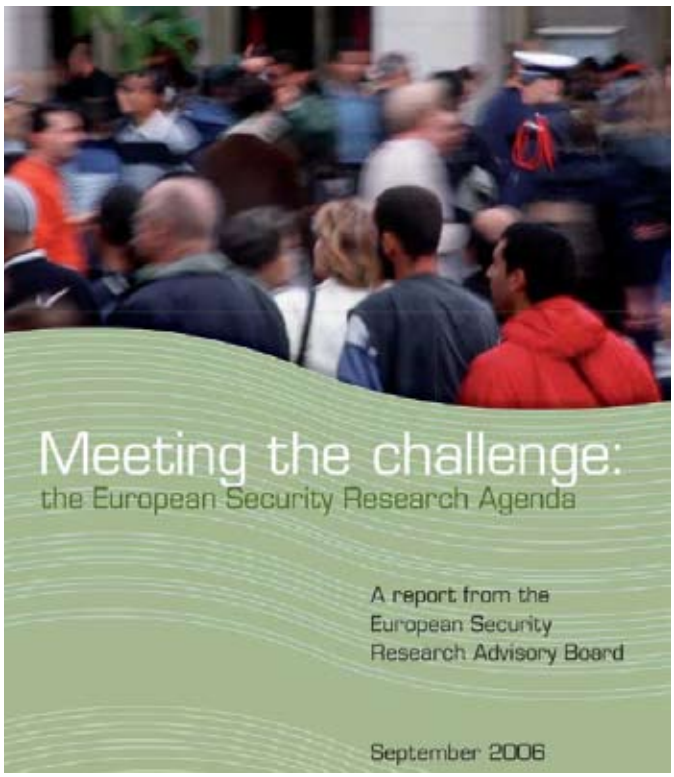


Bild: Passanten und potentielle Gefährder auf dem Titelblatt eines von Industrievertretern und „Sicherheitsexperten“ verfassten Berichts zur EUropäischen Sicherheitsforschung

Dieser drohende Verkehrsinfarkt stellt sozusagen die Spitze des Spannungsbogens dar, den Wendepunkt, ab dem die BOS in einer erfolgreichen Katastrophenschutzübung die Kontrolle wiedererlangen. Wenig später heißt es:

„Nach neun Uhr hat sich im öffentlichen Nahverkehr die Lage etwas entspannt, die morgendlichen Pendler sind bereits wohlbehalten in ihren Büros eingetroffen... Besondere Aufmerksamkeit gilt den U- und S-Bahnhöfen Friedrichstraße und Potsdamer Platz, die unmittelbar an die Regierungsgebäude und Botschaften angrenzen. Aber auch die großen Büros von Daimler, Sony, Deutsche Bahn sowie das Hotel Ritz-Carlton könnten gefährdet sein (...). Im Laufe des Tages beruhigt sich auch die Situation am Flughafen Köln-Bonn sowie am Bahnhof Hamburg“.

Der Tag und auch der Bericht enden dann mit einer Ansprache der Bundeskanzlerin Merkel, die von fast allen Sendern übertragen wird, durch welche die politische Autorität und damit auch der „Normalfall“ wieder hergestellt wird.

1.3 „Die Stunde der Gesetzlosen“

Zusammenfassend könnte man eine Schwerpunktverlagerung im Katastrophenschutz weg vom „Massenanfall an Verletzten“ hin zur Anwendung unmittelbaren Zwangs bzw. Aufstandsbekämpfung konstatieren mit dem Ziel, ein ungehindertes Geschäftsleben zu ermöglichen und die politische Autorität aufrecht zu erhalten. Im Folgenden wird die These ausgearbeitet, dass sich mit dem internationalen Krisenmanagement über das gesamte Spektrum seiner Instrumente – von der Menschenrechtsarbeit über die humanitäre Hilfe bis hin zu Polizei- und Militäreinsätzen – dieselbe Zielsetzung herausbildet. Begleitet wird dies von sich überlappenden Diskursen der Planer des Katatstrophenschutzes sowie der Planer des internationalen Krisenmanagements über das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit bzw. die Bedeutung der „Menschenrechte“. Diese Debatte wird u.a in der „Notfallvorsorge – Die Zeitschrift für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ geführt, dessen Ausgabe 1/2008 ein Themenheft „Sicherheit auf Kosten der Freiheit?“ war. Bereits im Editorial wird das Ergebnis zusammengefasst: „In diesem Heft haben sich namhafte Fachleute mit dem Fragenkomplex jeweils aus ihrer persönlichen, beruflichen oder verbandlichen Einschätzung befasst, wohl wissend, wie brisant die Thematik mittlerweile geworden ist. Sie sind zu differenzierten Fachaussagen gekommen, die zusammengefasst die Feststellung zulassen, dass auch im Bevölkerungsschutz Freiheitsrechte lagebedingt und zumindest auf Zeit den Anforderungen für Sicherheit weichen müssen.“

Ein Blick ins Inhaltsverzeichnis legt ein ähnliches Fazit nahe. Hier finden sich Titel wie „Rechtsbeschneidungen sind unverzichtbar“ und „Katastrophenabwehr: Die Stunde der Gesetzlosen“. Für welche Sicherheit hier Freiheitsrechte aufgegeben werden, stellt Dirk Freudenberg, kommissarischer Leiter des Fachbereichs Sicherheitspolitik, Grundlagen und Koordination der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) im selben Heft klar:[3] Demnach „muss es bei der ZMZ [Zivil-Militärischen Zusammenarbeit] im Inland schwerpunktmäßig darum gehen, das gesamtwirtschaftliche und

3 Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) - Entwicklungen und Tendenzen in einem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld, in: Notfallvorsorge 1/2008 (Themenheft Sicherheit auf Kosten der Freiheit?).

gesamtgesellschaftliche Leben der Industrie- und Wirtschaftsnation aufrechtzuerhalten." Ähnliche Zielsetzungen formulierte das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in seiner Problemstudie „Risiken für Deutschland 2005" als Aufgabe globalen Krisenmanagements: „Darunter ist planendes, vorbeugendes und vorsorgendes, auf nachhaltige Entwicklung gerichtetes Handeln zu verstehen. Katastrophenvorbeugung als integraler Bestandteil globaler, dauerhafter sozialer und ökonomischer Entwicklung lässt sich wissenschaftlich als Paradigmenwechsel und politisch als Hinwendung zu einer systemischen Gesamtsteuerung interpretieren."[4]

1.4 The Planet is Full!

Die hier eingeforderte „systemische Gesamtsteuerung" entspricht der Sichtweise einer „Weltinnenpolitik" die nach dem „Ende der Geschichte" keine Konfrontationen mehr kennt, sondern lediglich Störungen durch „Krisen", die – Naturkatastrophen gleich – sich nicht verhindern lassen, sondern bearbeitet – gemanaged - werden sollen. Die Definition dieser Krisen und ihrer Bearbeitung bedeutet zugleich eine Normalisierung und Strukturierung der Welt anhand der oben genannten Zielvorstellungen und den Anspruch von Souveränität durch diejenigen, die Krisenmanagement betreiben und sich hierfür „in der Verantwortung" sehen.

Während in der Zeit des „Kalten Krieges" die Ordnung des jeweiligen Blocks in der Abgrenzung zum jeweils anderen hergestellt und legitimiert wurde, haben wir es heute mit einer weltweiten Hegemonie zu tun, welche das Andere zugleich als schutzbedürftig und gefährlich inkludieren muss. Die globale Reichweite einer Ordnungsvorstellung beschreibt Zygmunt Bauman mit der simplen Feststellung „The Planet is full" und beschreibt, wie diese zwangsläufig zu „Überflüssiger Bevölkerung" führt:[5] „Die Herstellung von [Überflüssiger Bevölkerung] ist ein unvermeidbarer Nebeneffekt der Herstellung von Ordnung (jede Ordnung produziert Teile der Bevölkerung, die ‚deplaziert', ‚unangepasst' und ‚unerwünscht' sind) und wirtschaftlicher Entwicklung (die nicht voranschreiten kann, ohne dass zuvor effektive Wege, ein ‚Auskommen zu finden' herabgewürdigt und entwertet werden und somit zwangsweise die Betroffenen ihrer Lebensgrundlage beraubt)."

Aus abgekoppelten Räumen werden so Scheiternde Staaten, die im Sinne der Global Governance nach eigenem Vorbild, mehr noch: nach eigenen Vorstellungen weniger (wieder-)aufgebaut als doch zumindest erschlossen werden müssen. Diese Erschließung erfolgt wiederum über kritische Infrastrukturen wie See- und Flughäfen, wichtige Transitrouten und Pipelines sowie Banken- und Regierungsviertel, über die „Ansprechpartner vor Ort" jederzeit erreichbar sein müssen. Die kurzfristige Absicherung dieser Strukturen gegen eine bewaffnete „Überflüssige Bevölkerung" vor Ort (Rebellengruppen) stellt exakt das Fähigkeitsprofil der Europäischen „Battlegroups" dar, während deren mittelfristige Absicherung gegen eine kaum oder unbewaffnete „Überflüssige Bevölkerung" dem der European Gendarmerie Force entspricht.[6] Bauman konstatiert entsprechend, das Militär spiele angesichts der „Überflüssigen Bevölkerung" zunehmend die Rolle der Müllentsorgung. Wie man in die „Überflüssige Bevölkerung" jenseits der Gewaltanwendung und jenseits der internationalisierten kritischen Infrastrukturen hineinwirken kann, ist u. a. Gegenstand des Sonderforschungsbereichs (SFB) 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit."

2 Überflüssige Bevölkerung auf dem Weg, in den Lagern, in den Städten

Während Bauman als Kritiker der genannten Entwicklungen die Struktur der Weltgesellschaft mit einer überdeutlichen Sprache ausdrückt, klingt dasselbe bei Mary Kaldor als einer der lautesten Protagonistinnen der Global Governance eher mitfühlend-humanitär. Auch wenn es in der Sache dasselbe beschreibt:[7] „Auf der einen Seite stehen die Angehörigen der globalen Klasse, die über Englischkenntnisse verfügen, Zugang zu Fax, E-Mail und Satellitenfernsehen haben, mit Dollar, D-Mark oder Kreditkarten ausgestattet sind und reisen können, wohin sie wollen; auf der anderen Seite befinden sich jene, die von globalen Prozessen ausgeschlossen sind; die von dem leben, was sie verkaufen oder eintauschen können oder an humanitärer Unterstützung erhalten; deren Bewegungsfähigkeit durch Straßensperren, Visa und hohe Reisekosten begrenzt ist und die von Belagerungen, erzwungenen Hungersnöten, Landminen und ähnlichem bedroht sind."

Der Unterschied zu Bauman besteht darin, dass sie der „Überflüssigen Bevölkerung" die globale Klasse entgegenstellt und dass sie als Unterscheidungskriterien auf Mobilität und Zugang zu Informationsnetzwerken verweist. Auffällig ist, dass es sich um ein antagonistisches Gesellschaftsbild handelt, in dem so etwas wie ein globaler Mittelstand, angeblich die Basis befriedeter Gesellschaften oder entwickelter Demokratien, ebenso wenig auftaucht, wie einfache ArbeiterInnen. Dasselbe gilt für die Strategiepapiere von NATO, EU und USA: Auch hier taucht die einfache, aber arbeitende und sich selbst versorgende Gesellschaft nur als potentielle Störung im Falle von Streiks oder Seuchen auf, wenn sie Produktion und Transit verlangsamen oder unterbrechen.

Die von den globalen Prozessen ausgeschlossenen, die „Überflüssige Bevölkerung" begegnet uns in den Planungsdokumenten der Global Governance in drei Formen: Als Bewohner von Flüchtlingslagern, als Bewohner von Slums und als internationale MigrantInnen. Obwohl die erste Erscheinungsform bislang den kleinsten Teil der „Überflüssigen Bevölkerung" repräsentiert, wird deren Verwaltung nun etwas eingehender beschrieben, da sie als die ProtagonistInnen der Welt-Nicht-BürgerInnen gelten können und deren Verwaltung das Wesen der Global Governance enthüllt.

2.1 Biopolitische Urbanisierung

Wenn Konflikte eskalieren oder eine solche Eskalation erwartet wird, sich sonstige Katastrophen, die Fluchtbewegungen auslösen können, ereignen oder erwartet werden, beginnen die Planungen für die Flüchtlingslager. Diese Planungen greifen u. a. auf das

4 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz: Risiken in Deutschland - Gefahrenpotentiale und Gefahrenprävention für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus Sicht des Bevölkerungsschutzes, http://www.bbk.bund.de.

5 Zygmunt Bauman: Wasted Lives - Modernity and its Outcasts, Cambridge 2004.

6 Siehe hierzu etwa: Christoph Marischka: Die europäische Sicherheitspolitik in Westafrika, IMI-Studie 12/2009, http://imi-online.de/download/CM-westafrika-Studie.pdf.

7 Mary Kaldor: New and Old Wars - Organised Violence in a Global Era, Cambridge 1999.

GMES-Programm (Global Monitoring for Environment and Security) der Europäischen Union zurück. Dabei handelt es sich um ein Projekt, bei dem die Daten aus staatlichen wie privaten, aus militärischen wie zivilen Satelliten ausgewertet und für verschiedene kommerzielle und nicht-kommerzielle Zwecke aufbereitet werden. GMES bietet seine Produkte UN-Organisationen, Umweltbehörden, Polizeien und Streitkräften an. Diese umfassen das Monitoring von Waldbeständen und Gewässern, die Beobachtung kritischer Infrastrukturen und von Grenzen, die Überwachung von VIPs und Bilder für die Planungen für deren Transit ebenso wie Aufklärungsdaten über die Bewegungen von mutmaßlichen Rebellengruppen, etwa im Tschad. Auch Fluchtbewegungen kann GMES identifizieren und humanitäre Organisationen dabei unterstützen, mögliche Standorte für Lager zu finden. Als Kriterien hierfür gelten u.a. ein möglichst großer Abstand zu bestehenden Siedlungen (um Konflikte, etwa um Feuerholz, zu vermeiden) bei gleichzeitig möglichst guter Erreichbarkeit für Hilfslieferungen. Ressourcen wie Holz und Wasser sollten erreichbar sein, aber nicht zu nahe liegen, um eine Überausbeutung und Vernutzung zu vermeiden.

Für die Sicherheit in den Lagern sind NGOs zuständig, die auch zu ihrem eigenen Schutz private Sicherheitskräfte engagieren. Eine Zusammenarbeit mit der Justiz des jeweiligen Landes findet kaum statt, selbst die Bewachung der Umgebung des Lagers wird selten den lokalen Sicherheitskräften überlassen. Zuzug und Abwanderung werden im Lager registriert und auf dessen Grundlage der Nahrungsmittelbedarf von 2100 Kcal pro Tag und pro Person festgestellt. Auf der Grundlage von Stammeszugehörigkeit, ethnischer Herkunft und Nationalität wird der Zugang reguliert.

Gleichzeitig wird eine Vielzahl „öffentlicher Dienstleistungen" angeboten, die für die außerhalb der Lager befindliche Bevölkerung häufig nicht existieren: Es gibt Programme und Hilfestellungen bei der Familienzusammenführung, es wird Grundschulbildung vermittelt, es finden Hygienekampagnen statt und werden Impfprogramme durchgeführt. Es gibt Bemühungen um Community-Building, es werden Frauen- und Männerversammlungen einberufen und begleitet. In der Umgebung der Lager wird Aufforstung betrieben, gegenüber der ansässigen Bevölkerung um Verständnis für die Anwesenheit der Flüchtlinge geworben und Neuansiedelungsprogramme durchgeführt. Dies alles findet unter Bedingungen unglaublichen Mangels statt, was bedeutet, dass die Aufklärung der umliegenden Dörfer über die Fluchtursachen, welche Übergriffe reduzieren soll, zulasten der Nahrungsversorgung gehen kann. Hierüber entscheiden zum Teil die Geldgeber – die Regierungen der ersten Welt – und zum Teil die beteiligten NGOs. Um diese zu informieren, findet außerdem ein extensives Monitoring statt und über alles werden Statistiken angelegt: Wie viel Seife wurde ausgegeben, wie viel Kinder erhielten Bildung, wie hoch war die Anwesenheitsquote, wie viele wurden geimpft, wie viele von der letzten Kampagne erreicht usw.. Wir haben es hier also mit einer im höchsten Maße biopolitisch kontrollierten Bevölkerung zu tun, zu der auch der Informationszugang hochgradig selektiv ausgestaltet ist. Die genannten Statistiken finden sich im Internet, doch die Lebenswelt der Insassen lässt sich daraus kaum erschließen. Eines von tausenden möglichen Beispielen, wie über den Zugang zu den Betroffenen verhandelt wird und auch dieser letztlich nur in statistischen Auswertungen standardisierter Fragebögen und medizinischer Untersuchungen mündet, die noch dazu politisch instrumentalisierbar gemacht wurden, bietet etwa der Bericht „Nowhere to turn to" der „Physicians for Human Rights" und der „Harvard Humanitarian Initiative" (http://www.jpberlin.de/online-ag/?p=127).

Die verfügbaren Statistiken erlauben es aber auf der anderen Seite, sehr genau festzustellen, wie der „öffentliche Haushalt" in den Flüchtlingslagern strukturiert ist. Aus den Statistiken des UNHCR geht beispielsweise hervor, dass es im Jahr 2005 im Tschad 246.400 Menschen versorgt hat und hierfür 72 Mio. US $ zur Verfügung standen. Das sind pro Person immerhin etwa 292 US $, von denen aber nur je etwa 15 US $ für „Ernährung und Gesundheit", je 1,52US $ für sanitäre Einrichtungen und je 10.40US $ für Wasser ausgegeben wurden. Die größten Posten im Haushalt des UNHCR im Tschad stellen hingegen Transport und Logistik mit 63.63US $ und „Protection, Monitoring and Coordination" mit 42,40US $ pro Person dar. Diese Anschaffungen werden auf regulären Märkten - zu zwei Dritteln in den Industrieländern – getätigt. Somit verdienen am Elendsmanagement damit im wesentlichen Logistikunternehmen, Hersteller von EDV, technischen Anlagen und Kraftfahrzeugen, Ölkonzerne und Sicherheitsfirmen und damit viele Unternehmen, die auch an den Konflikten verdienen, die für die Vertreibungen ursächlich waren. Dasselbe gilt übrigens auch für die Nahrungsmittel, welche das UNHCR, UNICEF usw. teilweise von denselben Lieferanten abkaufen, wie die westlichen Streitkräfte.

Obwohl wir es also mit einer hochgradig kontrollierten und für einige sogar „lukrativen" Bevölkerung zu tun haben, wird diese in derselben Weise sicherheitspolitisch problematisiert, wie verarmte Bevölkerungen generell: Ständig wird über die Gefahr von ausbrechenden Seuchen und weit verbreitete sexuelle Gewalt in den Lagern berichtet. Diese gelten als Rückzugs- und Rekrutierungsbasis für Milizen, es kommt zu Konflikten mit der ansässigen Bevölkerung usw.. Darauf reagieren nicht nur die vor Ort tätigen NGOs, indem sie, wie beschrieben, private Sicherheitskräfte anheuern und auch ausbilden und selbst eine Art Polizeifunktion ausüben. Es fanden mittlerweile auch mehrere internationale Polizei- und Militärmissionen statt, die damit begründet wurden, dass Flüchtlingslager und -populationen beschützt werden müssten. Im Tschad wurde durch den UN-Sicherheitsrat eine neue Polizeiorganisation gegründet: Das „Détachement Intégré de Sécurité". Das sind Gendarmerie-Einheiten, die vorwiegend für die Sicherheit der Flüchtlingslager und der NGOs sorgen sollen. Ihre Ausbildung war und ist die Aufgabe der EUFOR Chad/CAR und der UN-Mission MINURCAT, wobei beide Missionen in der Praxis geopolitische Ziele verfolgt haben und verfolgen, nämlich einen Stellvertreterkrieg mit China, in dem es u.a. um den Zugriff auf die Ölvorkommen im Sudan geht.

2.2 Planet der Slums

Die Zahl der Menschen, die mehrere Jahre in Flüchtlingslagern leben und verwaltet werden, schwankt je nach Definition und Schätzung zwischen 10 und 25 Millionen und bewegt sich damit in etwa denselben Maßstäben wie die Zahl derjenigen, die ihre Flucht in die erste Welt fortsetzen. Zugleich gibt es aber beträchtliche Unterschiede: Diejenigen, die etwa nach Europa migrieren, sind seltener unmittelbar vor Konflikten geflohen, haben seltener alles verloren (oder nie etwas besessen). Es befinden sich unter ihnen ungleich weniger Alte und Kranke und auch deutlich weniger Analphabeten. Was mit ihnen geschieht, soll hier nur ganz kursorisch dargestellt werden: Auch sie werden als Sicherheitsproblem aufgefasst. Pufferstaaten werden dafür bezahlt und ausgerüstet, sie zurückzuhalten, zu vertreiben oder aufzunehmen. Diejenigen, die es bis nach Europa schaffen, werden biometrisch erfasst, ihrer Rechte beraubt, können bis zu 18 Monaten inhaftiert und abgeschoben werden. Die meisten von ihnen müssen zwischenzeitlich

oder dauerhaft unter prekären Bedingungen arbeiten, die bis hin zu Formen von Sklaverei reichen können. Auch sie sind Welt-Nicht-Bürger.[8]

Die Masse derer aber, die ihrer Lebensgrundlage beraubt werden oder entfliehen, landet weder in Flüchtlingslagern, noch in der Festung Europa, sondern in den Slums der Städte der Dritten Welt. Ganz zu Recht wird hierbei nicht von Strömen gesprochen, sondern von einem kontinuierlichen und weitgehend unkontrollierten Prozess der Urbanisierung, der gar nicht ausschließlich auf Migration und Flucht zurückzuführen ist. Viele werden dort „überflüssig", wo sie leben, fliehen gar nicht oder nur innerhalb des Landes oder der Region. Gegenüber der Lagerpopulation sind sie aus Sicht der Global Governance hochgradig unkontrolliert und stehen im Zentrum sicherheitspolitischer Erwägungen. Es ist das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt an sich, der in den Fokus internationalen Krisenmanagements gerückt wurde. Dies soll nun anhand von zwei Strategiepapieren der NATO und der EU dargestellt werden.

3 Gesellschaft im Fadenkreuz

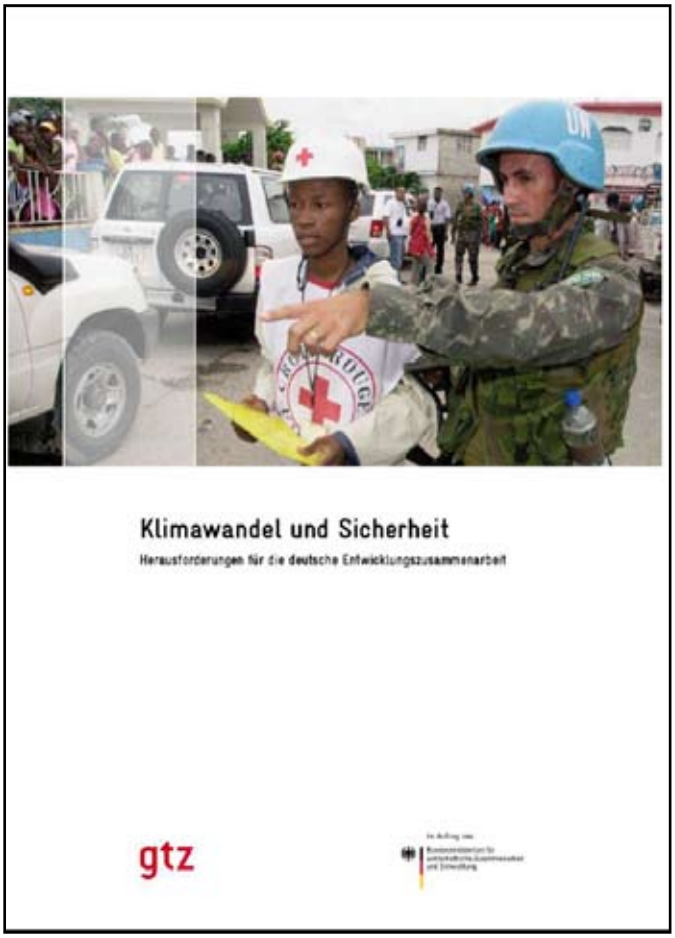
3.1 Bedeutungsverlust der Staatsbürgerschaft und „irrationale Ersatzidentitäten"

Der u. a. von einem deutschen General a. D. mitverfasste Entwurf einer neuen NATO-Strategie „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World" stellt zunächst fest, dass die Globalisierung eine „Komplexität jenseits der Vorhersehbarkeit" geschaffen habe.[9] Dennoch geben die NATO-Generäle vor, sie wüssten, was zu tun ist. Die neue Komplexität bestehe demnach u. a. darin, dass neue, nicht-staatliche Akteure die Bühne betreten hätten und dass sich Technologien wie das Internet und Handys verbreitet hätten, welche diese Akteure „ermächtigen" würden, zu handeln. Der Strategie-Entwurf identifiziert neben diesen grundsätzlichen Feststellungen zunächst einige „Trends". Der erste Trend bezieht sich auf Demographie. Hier wird problematisiert, dass der Anteil Europas an der Weltbevölkerung bis 2050 von 11 % auf 7 % fallen würde. Weiter heißt es: „Im Mittleren Osten wird die erwerbsfähige Bevölkerung im selben Zeitraum um 50 % wachsen und es bleibt fraglich, ob die Ökonomien Afrikas und des Mittleren Ostens so ein starkes Bevölkerungswachstum absorbieren können (...). Arbeitslosigkeit kann zu Verzweiflung, Radikalisierung, Terror und zu bewaffneten Konflikten führen". Wir haben es hier also tatsächlich in den Augen der NATO mit einer „Überflüssigen Bevölkerung" zu tun, die gefährlich ist, weil sie nicht von den Arbeitsmärkten „absorbiert" werden kann. Als zweiter Trend wird der Klimawandel genannt, durch den sich nicht nur neue Rohstoffquellen erschließen, sondern auch der „Migrationsdruck" erhöhen würde, was wiederum zu Konflikten führen könnte.

Der dritte und der vierte erkannte Trend sind vor allem auch deshalb interessant, weil die NATO hier eine Prognose und damit auch eine Strukturierung auf der kognitiven Ebene vornimmt.

8 Siehe hierzu etwa: Informationsstelle Militarisierung: FRONTEX - Widersprüche im erweiterten Grenzraum, http://www.imi-online.de/download/frontex2009-web.pdf, sowie für Fälle aus dem Großraum Stuttgart: http://ausdemschatten.antira.info/, sowie für Fälle aus der Abschiebehaft Rottenburg: http://gegen-abschiebehaft.org/wiki/doku.php?id=bga:menschen.

9 Klaus Naumann u. a.: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World, http://csis.org/files/media/csis/events/080110_grand_strategy.pdf



Der Soldat weiß, wo's langgeht: Studie eines Beraterunternehmens (Adelphi Consult) im Auftrag des BMZ

Der dritte Trend ist überschrieben mit dem „Niedergang der Souveränität", also dem Bedeutungsverlust des Nationalstaates. Dies wird u. a. an der Europäischen Union verdeutlicht und an dem Problem, dass die Bevölkerung der EU zwar bereit wäre, für ihren jeweiligen Staat Soldaten ins Feld zu schicken und sterben zu lassen, nicht aber für die EU. Der vierte Trend knüpft hieran an und ist mit dem „Verlust der Rationalität" überschrieben. Darin heißt es: „Dieser [Niedergang der Souveränität] hat gelegentlich zu einer Schwächung nationaler Identität, des Respekts vor der Herrschaft des Gesetzes, der Sprache und des Wertes der Staatsbürgerschaft geführt (...). Wenn nationale Identitäten geschwächt werden und die Staatsbürgerschaft ihre Bedeutung verliert, gewinnen andere Quellen kollektiver Identität an Bedeutung." Die Gefahr, welche die NATO hierin identifiziert, würde durch den freien Informationsfluss verschärft, der eben solche Identitäten erzeugen könne. Als eher harmloses Symptom des Verlusts der Rationalität wird beispielsweise auf den Starkult hingewiesen, also die Tatsache, dass manche Sportler oder Musiker bekannter sind und mehr Ansehen genießen, als politische Autoritäten. Auch sehen die Autoren durch den freien Informationsfluss und den Verlust des Rationalen eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit, da neben die staatlich anerkannte Medizin zahlreiche andere Vorstellungen von biologischen Vorgängen, vom Umgang mit Kranken und damit auch von Heilpraktiken getreten sind. Als Hauptbedrohung, die hieraus erwächst, werden aber „Identitäten" wie der Islamismus identifiziert, der als irrationale Ideologie den Nationalsozialismus und den Kommunismus quasi abgelöst hätte. Als letzter Trend wird das Anwachsen von „Maßstab und Komplexität" genannt, worunter die zunehmende Vielfalt

der Bedrohungen beschrieben wird, auf die man vorbereitet sein müsse, da vitale Interessen mittlerweile auch von Cyber-Attacken, Währungskrisen, Streiks in der indischen Software-Industrie usw. betroffen sein könnten. In diesem Kontext grenzt der NATO-Entwurf sich vom Begriff des „Long War" - des lange währenden Krieges gegen nichtstaatliche Netzwerke - ab, da diese Auseinandersetzung nicht immer, nicht ausschließlich und nicht mit den klassischen militärischen Mitteln geführt werde und auch kein Ende in Sicht sei. Statt eines langen Krieges haben wir es also mit zivil-militärischem Krisenmanagement zu tun.

3.2 Aufklärung und kinetische Energie

Die Europäische Rüstungsagentur (EDA) hat die Aufgabe, einen europäischen Rüstungsmarkt zu schaffen, zu strukturieren und die Beschaffungen der europäischen Streitkräfte aufeinander abzustimmen, um diese auf eine gemeinsame Strategie auszurichten und Redundanzen zu vermeiden. Wir haben es hier also mit einer Institution zu tun, welche das zukünftige Konfliktgeschehen antizipiert, hieraus konkrete Forschungs- und Rüstungsprogramme entwickelt und damit auch tatsächlich die Art und die Waffen, mit denen künftige Kriege geführt werden, mitbestimmt. Hierzu erarbeitet die EDA kontinuierlich eine Long Term Vision, einen „Kompass für Rüstungsplaner", bei der sie u. a. durch Papiere des Europäischen Instituts für Strategische Studien (EUISS) unterstützt wird. Im Folgenden werden einige Thesen der aktuellen Version dieser Long Term Vision (LTV) vorgestellt.[10]

So geht die LTV davon aus, dass die Globalisierung neue Mächte hervorbringen wird, die mit Europa in Konkurrenz treten werden. Europas Bevölkerung, zumindest aber ihr Anteil an der Weltbevölkerung, wird zugleich abnehmen. In der Nachbarschaft der EU werden sich v. a. „Globalisierungsverlierer" finden, bei denen implizit davon ausgegangen wird, dass von diesen Konflikte ausgehen. Afrikas Jugend werde sich ohne Aussicht auf Beschäftigung in den Mega - Cities konzentrieren. Im Mittleren Osten werde die Bevölkerung im Erwerbsalter um 50% zunehmen, 70% davon würden in Städten leben, wie sie beschäftigt werden sollen, sei unklar. Der Migrationsdruck würde zunehmen, während auch der Bedarf nach importierten (Energie-)Ressourcen wachsen würde. Hierdurch würden auch weit entfernte Krisen zur Bedrohung. Auch in Europa würden die Kosten für soziale Sicherung entweder steigen oder eben die soziale Sicherung abnehmen. Angesichts zunehmender Probleme „zuhause" würden die Bevölkerung und deren Vertreter Interventionen im Ausland zunehmend kritisch gegenüberstehen. Diese würden unter scharfer Beobachtung der Medien stattfinden. Zugleich würden Fragen des internationalen Rechts schwieriger werden und einzelne Soldaten unter erhöhten Druck setzen, Gewalt vorsichtiger einzusetzen. Die Bereitschaft der Bevölkerung, Geld für „Verteidigung" auszugeben, würde abnehmen, da es keine Gefahr eines herkömmlichen Angriffs gäbe. Aufgabe des Militärs sei es unter diesen Bedingungen, (1) Diplomatie zu ergänzen, um Konflikte zu verhindern; (2) Konflikte einzudämmen und (3) Akteure, die eine Krise auslösen wollen, zu „entmutigen". Zusammengefasst heißt das: EU-Truppen werden künftig Gewalt in undurchsichtigen Situationen unter der Aufsicht der Medien gegen Feinde anwenden, die sich in der Zivilbevölkerung verstecken bzw. mit dieser identisch sind (Aufstandsbekämpfung). Legitimität wird kritischer, d.h. Gewalt muss begrenzt werden, wird dafür aber in Permanenz stattfinden. Hier sehen die AutorInnen einen deutlichen Gegensatz zu „früher", wo ein militärischer Auftrag quasi von der Politik ans Militär gegeben wurde und nach dessen „Erfüllung" wieder die Politik zum Tragen kam. Politik, Medien und Kriegführung werden sich nun hingegen zu Krisenmanagement integrieren.

Vor dem Hintergrund kritischer Legitimität und der notwendigen Begrenzung von Gewaltanwendung gegen nicht-militärische Gegner stellt die EDA die in militärischer Hinsicht revolutionäre Frage, ob ungelenkte und nicht-diskriminierende Waffen überhaupt noch brauchbar sind. Stattdessen könnte die Kriegführung sich in Zukunft stärker als „Mischung zwischen Aufklärung und kinetischer Energie" gestalten. Das heißt – so wird das aber in der LTV nicht ausgedrückt – europäische Politik und Kriegführung wird zukünftig aus gezielten Tötungen, der gezielten Verursachung von Schmerz und der gezielten Ermutigung und Entmutigung zivilgesellschaftlicher Akteure bestehen. Für die Rüstungsindustrie verlangt dies eine bereits stattfindende Schwerpunktverlagerung von Panzerungen und Explusionswaffen hin zu Aufklärung und flexibel regulierbaren, auf das Individuum ausgerichteten kinetischen Waffen.

3.3 Fokussierung

Eine zentrale Rolle bei den Beschaffungen westlicher Streitkräfte spielen gegenwärtig unbemannte Flugkörper - so genannte Drohnen – mit unterschiedlicher Größe und Reichweite.[11] Die größten existierenden Drohnen können mit einem Flug weltweit jeden Punkt erreichen und Aufklärungsdaten oder auch Kommandos nahezu in Echtzeit über Satelliten kommunizieren. Die europäische Version dieser Großdrohnen, die gegenwärtig entwickelt wird – der EUROHAWK – soll nach Angaben der Zeitschrift Y des Verteidigungsministeriums auch Telefonverbindungen vor Ort analysieren und auswerten können. So wäre es möglich von jedem Dorf und jeder Großstadt der Welt Netzwerkdarstellungen der Bevölkerung aufgrund der Verbindungsdaten zu erstellen. Das halte ich zwar für Zukunftsmusik, macht aber deutlich, wohin die Fantasien der Militärplaner reichen. Kleinere Drohnen haben eine wesentlich geringere Reichweite von einigen hundert Kilometern, können aber programmiert werden, um beispielsweise Grenzen oder Pipelines kontinuierlich abzufliegen und verdächtige Beobachtungen zu melden. Ähnliche Drohnen wurden beispielsweise in Kinshasa während des EUFOR-Einsatzes in der DR Kongo eingesetzt, um Zusammenrottungen von Jugendlichen in den Slums und mögliche Proteste frühzeitig zu identifizieren. Die kleinste Art von Drohnen benutzt das Militär, um Gebäude vor einem Zugriff auszuspähen. Die Polizei in Deutschland u. a. um die Bewegungen von Fußballfans oder Atomgegnern bei Castor-Transporten zu erfassen. Einige Drohnen großer und mittlerer Reichweite können auch bewaffnet werden und kommen gegenwärtig insbesondere in Pakistan bei gezielten Tötungen zum Einsatz. Wegen ihrer geringen Präzision würde ich dies aber als „Übergangslösung" auffassen, die (noch) nicht der Long Term Vision der EDA entspricht.

Im Zuge der Migrationsbekämpfung und der Hafensicherheit – also bereits eher zivilen Aufgabenfeldern - werden gegenwärtig auch zahlreiche unbemannte Systeme für den Einsatz auf See entwickelt, die kleine Boote sowie auch Taucher identifizieren und

10 European Defence Agency: An initial Long-Term Vision for European Defence Capability and Capacity Needs, http://www.eda.europa.eu/webutils/downloadfile.aspx?fileid=105.

11 Rolf Hermann: Hochfliegende Pläne, in: Y - das Magazin der Bundeswehr, Juli 2007.

melden sollen. Grundsätzlich ist bei der militärischen Aufklärung im engeren Sinne des Wortes eine Fokussierung auf das Individuum zu beobachten. Das führt beispielsweise dazu, dass Marine-Schiffe nicht mehr nur mit Systemen ausgestattet werden, welche andere Schiffe und U-Boote melden, sondern auch mit Systemen, welche einzelne Menschen erkennen sollen, die z.B. Sprengladungen an Schiffen anbringen wollen, während diese im Hafen liegen. Moderne Aufklärungsflugzeuge wie die deutschen Seefernaufklärer P-3C Orion, können nicht mehr nur Panzer und Schiffe aufklären, sondern auch Fischerboote. Auf Grund der Hautfarbe, Anzahl und Ausrüstung der Menschen an Bord werden diese im Golf von Aden dann den Kriegsschiffen als potentielle Piraten gemeldet.

Zu dieser Fokussierung trägt die Zusammenarbeit mit der zivilen Forschung massiv bei. So werden für die Grenzüberwachung und die „öffentliche Sicherheit" zahlreiche Projekte durch das Rahmenforschungsprogramm der EU finanziert, welche Aufklärungsdrohnen und Kamerasysteme entwickeln, die etwa verdächtiges Verhalten identifizieren sollen. Dieses kann u. a. in ruckartigen Bewegungen oder dem Sitzen auf Plätzen bestehen, auf denen die meisten Menschen stehen oder gehen. Zugleich versucht das Rahmenforschungsprogramm soziale oder biologische Indikatoren für eine Tendenz zu abweichendem Verhalten zu finden oder das Verhalten von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen in Ausnahmesituationen zu prognostizieren.[12]

Bei der flexiblen Regulierung kinetischer Energie spielt gegenwärtig etwa die „Loiterfähigkeit" von Abstandswaffen eine große Rolle. Das sind Raketen, die mehrere Stunden „im Ziel verharren können" und erst auf Kommando auf kurze Distanz dieses Ziel zerstören. Für die Bundeswehr wird gegenwärtig ein solches „Wirkmittel zur Abstandsfähigen Bekämpfung von Einzel- und Punktzielen" (WABEP) entwickelt. Auf der Homepage der Hersteller heißt es hierzu: „Das Projekt Wabep steht dabei für den Verbund des taktischen Aufklärungssystems KZO der Rheinmetall Defence [eine Drohne] mit einem Strike-Element [der Rakete], dem loiterfähigen Wirkmittel der Firma IAI."[13] Die Rakete, die einzelne Menschen „neutralisieren" soll, ist anders als frühere Waffensysteme nicht unter der Zielvorgabe entwickelt worden, größtmögliche Zerstörung anzurichten sondern, um „gegen weiche und halbharte Ziele" zum Einsatz zu kommen. Ein Bild, das die Vorteile dieser Waffe verdeutlichen soll, zeigt im Vordergrund die Abschussvorrichtungen für Drohne und Rakete und im Hintergrund eine Stadt, die von mehreren Drohnen und Raketen überflogen wird, die jederzeit, vermeintlich punktgenau Ziele in dieser Stadt vernichten können. Somit kann gewartet werden, bis sich möglichst wenige Zivilisten im Umfeld des Zieles aufhalten. Das Panzerabwehrsystem MILAN der Bundeswehr wird dahingehend weiterentwickelt, dass das Geschoss noch im Flug neue Ziele erfassen und dem Bedienungspersonal vorschlagen kann, welches dann die Entscheidung trifft, ob das Geschoss im Flug umgelenkt oder scharf gemacht wird. Dies soll Zivilisten im Häuserkampf schonen. Mit PASKAL (Pneumatisch angetriebene Skalierung der Geschossenergie) wird eine neue Art von Gewehr entwickelt, bei dem die Geschossenergie flexibel eingestellt werden kann, um die Wahrscheinlichkeit einer tödlichen Verletzung, je nach Ziel, zu regulieren.

12 Siehe etwa: Europäische Kommission: Towards a more secure society and increased industrial competitiveness, ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/security/docs/towards-a-more-secure_en.pdf.

13 „Rheinmetall Defence und IAI vereinbaren Kooperation bei UAV-Verbundsystemen", http://www.rheinmetall-defence.com.

4 Krisenmanagement-Diskurse

4.1 Human Intelligence und Zivilgesellschaft

So beunruhigend das alles ist, muss festgestellt werden, dass die Vorstellungen von Rüstung und Militär schon immer von Allmachtsversprechen und Allmachtsfantasien geprägt waren, die in der Praxis nie eine Entsprechung gefunden haben. Von vollautomatisierten Schmerz- und Tötungssystemen sind wir noch weit entfernt (nicht technologisch, sondern politisch) und von diesen ist in den genannten Strategiepapieren auch keine Rede. Das liegt an der guten Nachricht dieser Papiere, die auch Ergebnis der Aktivitäten der Friedensbewegung und anderer Bewegungen ist. Diese besteht darin, dass die Legitimität der Anwendung von Gewalt in diesen Papieren eine Rolle spielt und als kritisch erachtet wird. Dies führt u. a. dazu, dass insbesondere tödliche Gewalt nicht allein auf der Grundlage technischer Aufklärungsdaten ausgeübt werden kann oder soll. Deshalb ist neben dieser „Signal Intelligence" auch „Human Intelligence" vonnöten. Auch hier aber spielt der erweiterte Sicherheitsbegriff und das Krisenmanagement eine herausragende Rolle bei der Verbesserung der menschlichen Aufklärung durch die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure, welche zugleich zur Legitimitätserzeugung beitragen soll und dies auch in hohem Maße erfüllt. Denn es genügt nicht, von jedem Markt und jedem Spielplatz der Welt Aufnahmen erstellen zu können und automatisierte Hinweise auf verdächtiges Verhalten zu erhalten. Irgend jemand muss diese Bilder auswerten. Ebenso wenig genügen Netzwerkanalysen, wer mit den meisten anderen zentralen Personen in Telefonkontakt steht.

Als wichtiger Indikator für drohende Aufstände und die Stimmung in der Bevölkerung gelten z.B. auch die Preise für Waffen auf informellen lokalen Märkten, die nur durch unmittelbaren Kontakt mit der Bevölkerung vor Ort ermittelt werden können. Dieser Kontakt zur Bevölkerung soll ja im Rahmen der Aufstandsbekämpfung im Irak und Afghanistan durch die Soldaten gesucht werden. Doch da sich diese in der Fläche nicht so gut bewegen können und auch nicht so viel Vertrauen genießen, wie Angehörige humanitärer und entwicklungspolitischer Organisationen, sollen diese in die Aufklärung eingebunden werden. So wird in Afghanistan versucht, ein „Afghan Country Stability Picture" durch eine Auswertung der Bewegungen von Angehörigen westlicher Hilfsorganisationen zu erstellen. Wo diese sich häufig aufhalten, wird von einer größeren Akzeptanz der internationalen Truppen durch die Bevölkerung ausgegangen. Sozialwissenschaftler des SFB 700 wurden beauftragt, die Stimmung gegenüber der internationalen Truppenpräsenz per Befragung zufällig ausgewählter Haushalte zu ermitteln.

Westliche Soldaten können auch nicht jederzeit an jedem Ort dieser krisengeschüttelten Welt präsent sein, von dem Störungen ausgehen könnten. Auch deshalb greifen das Militär und die Kommandohöhen des Krisenmanagements auf zivile Akteure zurück. Bei der Gründung der „State Failure Task Force" im Jahr 1994, die überwiegend aus US-Wissenschaftlern besteht, war die CIA noch unmittelbar beteiligt. Sie arbeitete eine Datenbank aus, in der Indikatoren für politische Instabilität gesammelt und beobachtet werden und lieferte damit Vorarbeit für den Failed State Index, der seit 2005 von dem Think-Tank Fund vor Peace gemeinsam mit der Zeitschrift Foreign Policy erstellt wird. Die International Crisis Group, die sich als „Augen, Ohren und Bewusstsein der internationalen Gemeinschaft" versteht, wurde 1995 von hochrangigen Politikern und Wissenschaftlern mit dem Ziel gegründet, „Tragödien wie Somalia, Ruanda und Bos-

nien künftig antizipieren und eine angemessene Reaktion der internationalen Gemeinschaft ermöglichen zu können". Sie umfasst heute neun Büros und achtzehn weitere Einrichtungen in Krisenregionen, welche über 60 Länder beobachten, regelmäßig Berichte verfassen, eine „Krisen-Datenbank" führen und einen „Krisen-Newsletter" veröffentlichen. Vier Repräsentationsbüros der Organisation in Brüssel, London, New York und Washington unterbreiten Regierungen und internationalen Organisationen Handlungsempfehlungen und betreiben Öffentlichkeitsarbeit, um deren Umsetzung zu erzielen. Die International Crisis Group sei hier nur stellvertretend für hunderte ähnliche Think-Tanks und NGOs genannt, die zwar einzeln sehr unterschiedlich zu bewerten sind, aber allesamt – meist mit humanitärer oder menschenrechtlicher Motivation - Indikatoren ermitteln, Datenbanken führen und Berichte erstellen, um von den westlichen Regierungen ein zivil-militärisches Krisenmanagement einzufordern.

Die Forderung nach Prävention und Intervention, verbunden mit der Warnung vor einem ausbrechenden oder eskalierenden bewaffneten Konflikt, strukturiert jedoch auch die Diskurse anderer humanitärer und entwicklungspolitischer Akteure. So erinnert die Argumentation in zahllosen Papieren über den Klimawandel oder die Knappheit an Nahrungsmitteln verdächtig derjenigen der oben beschriebenen Strategiepapiere. Die „Überflüssige Bevölkerung" in den Slums der Städte wird als besonders „verwundbar" identifiziert und es müsse interveniert werden, um zu verhindern, dass sie in irrationale Gewalt verfallen oder in Massen migrieren, wenn sich ihre Lage aufgrund des Welthandels oder des Klimawandels weiter verschlechtert. Steigende Lebensmittelpreise oder die Verwüstung von Lebensgrundlagen stellen insofern nicht mehr selbst eine Bedrohung für die unmittelbar Betroffenen dar, die verhindert werden müsste, sondern eine Bedrohung für „uns", indem sie Fluchtbewegungen oder Proteste auslösen können.

4.2 Dezentrales Krisenmanagement und Ermächtigung

Ein weiterer Strang dieses Diskurses besteht innerhalb der Friedensforschung in den Bemühungen, „Early Warning" - Systeme zu schaffen.[14] Diese haben sich als sehr produktiv für die Informationsgewinnung beim internationalen Krisenmanagement erwiesen, indem sie die Indikatoren für Konflikte immer weiter verfeinerten und immer bessere Möglichkeiten erschlossen, Menschen aus den betroffenen Gesellschaften in die Generierung von Daten einzubinden. Die Tatsache, dass sich somit zwar tatsächlich Konflikte immer präziser prognostizieren, nicht aber verhindern oder konstruktiv bearbeiten lassen, bringt jedoch zunehmend eine Kritik am hierarchischen internationalen Krisenmanagement, wie es die International Crisis Group betreibt, hervor. So wurde festgestellt, dass Konflikte zwar schnell erkannt werden können, diese aber ein gewisses Ausmaß erreichen müssen, damit Lobbying zunächst auf der Ebene der nationalen oder regionalen Hauptstädte betrieben, über diese in den Hauptstädten der Metropolen fortgesetzt werden um dann womöglich eine Reaktion im UN-Sicherheitsrat und den Hauptquartieren von NATO und EU auslösen kann. Dieser Prozess ist äußerst langwierig und offen für den Einfluss von Akteuren, die eigene diplomatische, wirtschaftliche oder militärische Interessen vertreten. Deshalb erfolgt eine Reaktion (1) nur, wenn diese Interessen realisiert werden können; (2) auf der Grundlage unvollständiger Informationen, weil viele im Prozess verfälscht wurden, verloren gingen oder sich die Situation verändert hat und (3) mit den Mitteln, die der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung stehen und häufig militärischer Natur sind, die aber mit dem eigentlichen Konflikt und seinen Ursachen gar nichts zu tun haben. Es kam in diesem Zusammenhang sogar die Kritik auf, dass im Rahmen des „Early Warning" im Informationszeitalter Informationen aus der jeweiligen Bevölkerung ähnlich wie andere Ressourcen aus der Dritten Welt „ausgebeutet" und von Akteuren in der ersten Welt gewinnbringend weiter verarbeitet würden.

Aus dieser Kritik wäre die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Krisenmanagement möglichst horizontal organisiert werden muss, damit die Akteure vor Ort mit ihrem Wissen angemessen reagieren können. Diese Erkenntnis liegt den herkömmlichen, dezentralen Strukturen des Katastrophenschutzes zugrunde und es ist davon auszugehen, dass eine lokale „Feuerwehr", die unmittelbar nach einer Katastrophe eintrifft und die Folgen beseitigt, weniger mit Widerstand und Protesten zu rechnen hat, als bewaffnete UN-Soldaten aus einem anderen Land, die Wochen oder Monate später eintreffen und dem Verdacht ausgesetzt sind, den Interessen anderer, globaler Akteure zu dienen. Ein solches dezentrales und horizontales Krisenmanagement würde darin bestehen, die Selbstorganisation der betroffenen Gesellschaften zu fördern, ihnen öffentliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und Zugang zu lokalen und/oder globalen Kommunikationsnetzwerken zu ermöglichen. Das würde ihre „Verwundbarkeit" sicherlich reduzieren und das Krisenmanagement zumindest gegenüber Interessen von außen immunisieren, stellt aber genau die Form von „Ermächtigung" dar, die NATO und EU befürchten. Deshalb streben diese eine andere Form der Dezentralisierung des Krisenmanagements an, indem sie staatliche und parastaatliche Sicherheitskräfte durch Sicherheitssektorreformen, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe unterstützen: Die Militarisierung der Dritten Welt bei ihrer gleichzeitigen Entmachtung (siehe Beitrag von Jonna Schürkes).

14 Diese Diskussion, sowie viele der hier beschriebenen Auffassungen, sind auf dem Blog von Patrick Meier, der am Aufbau zahlreicher Early-Warning Systeme beteiligt war, dokumentiert: http://earlywarning.wordpress.com.

Arming Africa

„Global Governance“ mit „Boots on the Ground“: Krisenmanagement in Afrika

Aus europäischer Sicht befindet sich Afrika in einer Dauerkrise. Die von der UNO formulierten Ziele, extreme Armut und Hunger auch auf diesem Kontinent zu halbieren, flächendeckende Grundschulbildung einzuführen, die Säuglingssterblichkeit drastisch zu reduzieren und die Lebenserwartung deutlich zu steigern, wurde de facto längst aufgegeben. Für viele Länder in Afrika bestehen nicht einmal entsprechende Indikatoren oder sind diese rückläufig. Nie zuvor haben laut einer Statistik der Welternährungsorganisation FAO mehr Menschen an Hunger gelitten, als im vergangenen Jahr, der Anteil der Unterernährten ist in Afrika höher als sonst irgendwo auf der Welt.

Da die strukturellen Ursachen dieser Dauerkrise nicht zur Diskussion stehen, richtet man sich auf deren kontinuierliches Management ein. Anstatt der Ursachen werden diejenigen Symptome bekämpft, die als Bedrohung für den globalen Norden wahrgenommen werden: periodisch aufflammende Gewaltkonflikte, Kriminalität, unkontrollierte Migrationen. Die verarmte Bevölkerung selbst gilt als Risiko und ihre Befriedung als Voraussetzung für jeglichen Fortschritt: „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“ heißt die Devise. Die durch Armut, Entwurzelung, Umweltzerstörung und Ausbeutung verursachten Konflikte sollen kontinuierlich stabilisiert werden, indem Armeen und Polizeikräfte afrikanischer Staaten und Regionalorganisationen unter Anleitung und Aufsicht der OECD-Welt aufgebaut und ausgerüstet und von den Kommandohügeln der Global Governance in den Einsatz geschickt werden. Für besonders kritische Situationen, in denen vitale Interessen westlicher Akteure auf dem Spiel stehen, hält die EU u.a. eigene Battlegroups bereit, auch die US-amerikanische Marine umschifft den Kontinent regelmäßig. Für die alltägliche Stabilisierung alltäglicher Armutskonflikte soll jedoch auf „Boots on the Ground“ zurückgegriffen werden. „Local Ownership“ heißt das dann.

Zum Auftakt des IMI-Kongresses 2009 versuchten Jonna Schürkes, Kevin Gurka und Christoph Marischka die Stabilisierungsbemühungen des globalen Nordens beispielhaft anhand des Kontinents Afrika grafisch zu veranschaulichen. Die Auftaktveranstaltung fand exakt 125 Jahre und fünf Tage nach dem Beginn der Berliner Afrika-Konferenz statt,

Afrika mit den heutigen Grenzen

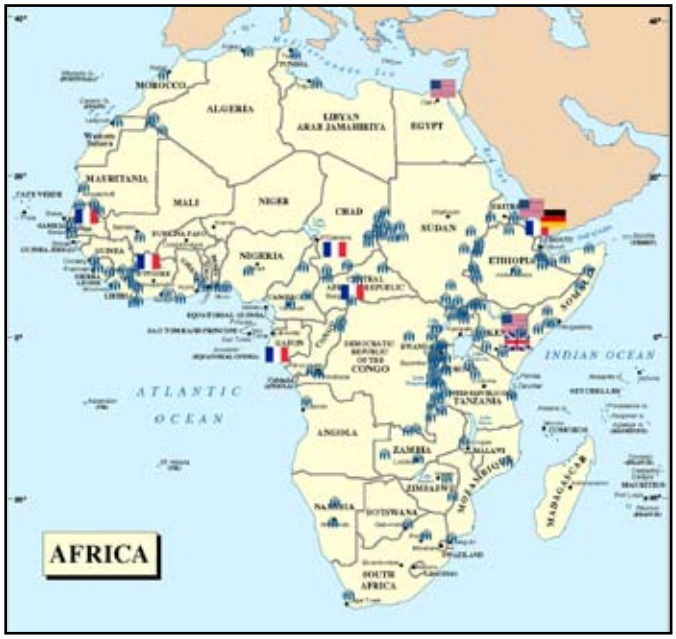
auf dem sich die damaligen Kolonialmächte unter deutscher Federführung auf das Prinzip der effektiven Besatzung einigten und damit eine weitere Runde im europäischen „Wettlauf um Afrika“ einläuteten. Da sich dieser Wettlauf in der Folge zunehmend auf das afrikanische Hinterland bezog – zuvor wurden große Territorien allein aufgrund einzelner Stützpunkte an der Küste und in Küstennähe reklamiert – zeichnete er sich durch die verstärkte Einbeziehung und Bewaffnung afrikanischer Akteure aus. Die Folgen und Kontinuitäten dieser Kolonialisierung und Militarisierung sind bis heute sichtbar – etwa durch die Unterstützung der jeweiligen Regierungen durch die ehemaligen Kolonialmächte oder die französischen und britischen Militärbasen in den ehemaligen Kolonien.

Afrika in den Kolonialgebieten von 1914 und mit den heuiigen französischen, britischen, US-amerikanischen und deutschen Militärbasen

Flüchtlingslager

Eine nahezu flächendeckende Präsenz der internationalen Gemeinschaft ergibt sich durch Internationale Organisationen wie UNICEF, das World Food Programme oder das UNHCR. Obwohl diese vornehmlich humanitäre Ziele verfolgen, spielen sie eine wichtige Rolle in vielen Konflikten und bei deren Transformation. Sie übernehmen zahlreiche staatliche Funktionen und üben so eine eigene Souveränität aus. Um etwa Sicherheit in Flüchtlingslagern herzustellen, wird auf private Sicherheitskräfte zurückgegriffen, während zugleich den staatlichen Sicherheitskräften der Zutritt zu den Lagern verwehrt wird. Das UN-Flüchtlingskommissariat selbst spricht von der Flüchtlingspopulation als „Bevölkerung unter Verantwortung des UNHCR". Dabei handelt es sich gegenwärtig afrikaweit um etwa 10 Mio. Menschen, von denen etwa 8 Mio. innerhalb eines Staates auf der Flucht sind. Die größten Flüchtlingspopulationen befinden sich gegenwärtig in Ostafrika bzw. am Horn von Afrika (5,7 Mio.) und in der Region der Große Seen (3,15 Mio.) in Westafrika leben etwa 0,9 Mio. und in Südafrika etwa 0,4 Mio. in Lagern des UNHCR.

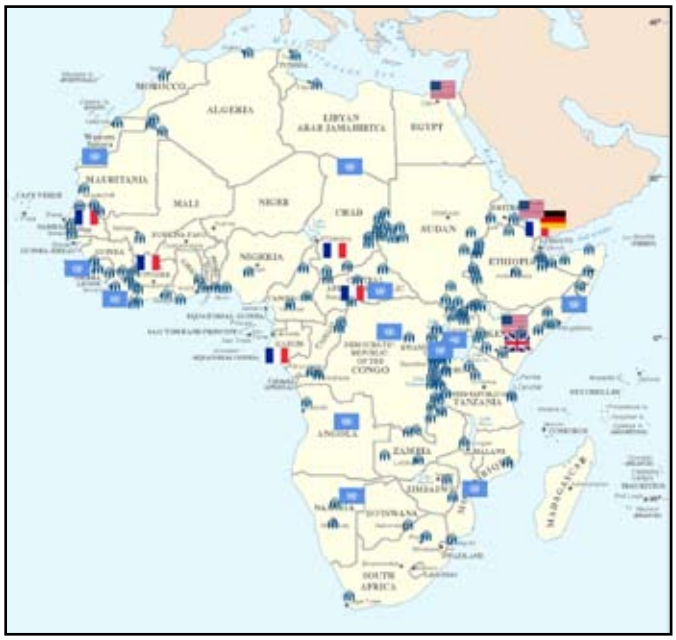
Rechts oben: Präsenzen und Flüchtlingslager des UNHCR (unvollständig)



UN-Missionen in den 1990er Jahren

In den 1990er Jahren nahm die Zahl der UN-Missionen, nicht zuletzt wegen des Endes der Blockkonfrontation, insbesondere in Afrika schlagartig zu. Einige der eher erfolgreichen UN-Missionen begleiteten das Ende von Stellvertreterkonflikten zwischen NATO und Warschauer Pakt oder die Überwachung von Waffenstillstandabkommen. Im Verlaufe der 1990 Jahre nahmen gegenüber diesen Beobachtermissionen diejenigen umfangreichen UN-Missionen zu, die ein wesentlich umfangreicheres Ziel (State-Building) verfolgten und tausende von Soldaten mit robustem Mandat umfassten. Die meisten dieser Missionen wurden als Fehlschläge abgebrochen (Somalia) oder dauern bis heute an, ohne dass eine Lösung in Sicht wäre (DR Kongo). Die Soldaten für diese umfangreichen Missionen stammten zunehmend selbst aus Ländern des globalen Südens.

Rechts mitte: UN-Missionen, die seit 1989 begannen
Rechts unten: Einsätze unter dem Banner der ECOWAS



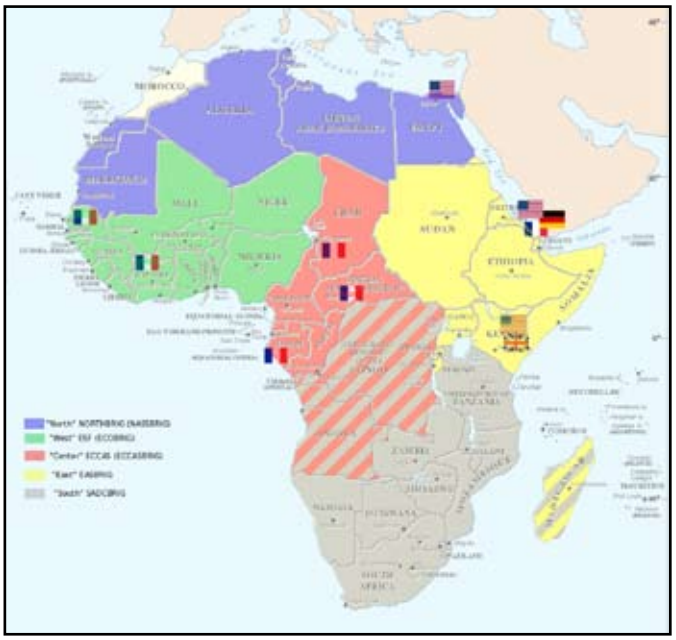
Militarisierung der ECOWAS

Ebenfalls in den 1990er Jahren begannen die ersten afrikanischen Militäreinsätze im Rahmen der Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, wobei die ECOWAS als Wirtschaftsbündnis keinerlei sicherheitspolitisches Mandat hatte und nicht als Regionalorganisation im Sinne der UN-Charta gelten konnte. Tatsächlich handelte es sich bei den Einsätzen unter dem Banner der ECOWAS 1990 in Liberia und 1997 in Sierra Leone tatsächlich um Interventionen der Regionalmacht Nigeria im Bündnis mit anderen anglophonen Staaten zugunsten von durch Großbritannien gestützten Akteuren. Als parteiische Streitkräfte wurden die ECOWAS-Truppen unmittelbar in Gefechte verwikkelt und trugen teilweise erheblich zur Eskalation bei. Der Versuch einiger francophoner Staaten, für ihre Intervention in Guinea-Bissau ebenfalls die ECOWAS zu instrumentalisieren, wurde von der internationalen Gemeinschaft schnell beendet. Trotz dieser negativen Bilanz galt die Militarisierung der ECOWAS als Vorbild für eine „Afrikanische Sicherheitsarchitektur" und wur-

de seit der Gründung der „Afrikanischen Union“ im Jahr 2002 insbesondere durch die Europäische Union massiv unterstützt. Somit galt auch der ECOWAS-Einsatz 2003 in Côte d'Ivoire, der in enger Zusammenarbeit mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich erfolgte, als rechtmäßig.

Eingreiftruppen und regionale Brigaden

Das militärische Engagement der ECOWAS diente dann auch als Vorbild für eine „afrikanische Sicherheitsarchitektur“ deren Aufbau wesentlich von der EU unterstützt und vorangetrieben wird. Voraussetzung für diese war die Neugründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) als Afrikanische Union (AU) im Jahr 2002. Im Gegensatz zur OAE beinhaltete die AU von ihrer Gründung an sicherheitspolitische Strukturen, welche gemeinsame Einsätze auf dem afrikanischen Kontinent ermöglichen und die AU als Regionalorganisation mit Aufgaben und Befugnissen der kollektiven Sicherheit im völkerrechtlichen Sinn qualifizierten. Ähnlich wie bei der ECOWAS konzentriert sich die Förderung der AU durch die EU seither auf diesen sicherheitspolitischen Bereich, was zugleich zur Folge hat, dass demgegenüber diejenigen Strukturen in AU (und ECOWAS) verkümmerten, welche den afrikanischen Staaten durch Koordination (etwa in Handelsfragen) mehr Verhandlungsmacht gegenüber Dritten (wie der EU) verleihen sollten. Die „afrikanische Sicherheitsarchitektur“ umfasst u.a. einen afrikanischen Friedens- und Sicherheitsrat, einen Militärausschuss und ein Frühwarnsystem bzw. Lagezentrum, das Krisen und Konflikte auf dem Kontinent beobachtet. Kernstück soll eine 15.000 Mann umfassende Eingreiftruppe (African Standby Force, ASF) sein, welche sich aus regionalen Brigaden mit je bis zu 10.000 Soldaten zusammensetzt. Die regionalen Brigaden sollen durch die jeweiligen Regionalorganisationen in Nord-, West-, Süd-, Ost- und Zentralafrika aufgestellt und koordiniert werden. Aufbau und Einsätze der ASF sowie der regionalen Brigaden werden durch die EU finanziert und bleiben von deren logistischer und aufklärungstechnischer Unterstützung abhängig, auch das Training der afrikanischen Soldaten wird überwiegend von der EU und den ehemaligen Kolonialmächten koordiniert.



Links oben: Die afrikanischen Regionalorganisationen

UN-Einsätze seit 2000

In den vergangenen neun Jahren haben sich die Trends bei UN-Missionen in Afrika aus den 1990er Jahren fortgesetzt. Die Missionen bestehen zu immer größeren Anteilen aus Soldaten aus dem globalen Süden, sie werden immer größer und umfangreicher, sowohl was das Personal angeht, als auch deren Aufgaben. Nahezu alle UN-Missionen in Afrika umfassen mittlerweile auch Polizei- und Gendarmerie-Einheiten. Ihre Aufgaben gehen weit über die Eindämmung bewaffneter Akteure hinaus und greifen tief in die Gesellschaften ein. So werden in Liberia von der UNMIL Teile der Bevölkerung aus den Wäldern vertrieben, um deren „nachhaltige“ Nutzung (u.a. durch internationale Konzerne) zu gewährleisten, während die MONUC im Osten des Kongo nicht nur den Zugang zu Minen und rohstoffreichen Gebieten kontrolliert, sondern auch den zu Waffen und Uniformen der staatlichen Armee. Über Entwaffnungs- und Reintegrationsprogramme ist die UN auch an der Verteilung von Land an ehemalige Milizionäre beteiligt sowie an deren Ausbildung für und Eingliederung in verschiedene Wirtschaftsbereiche. De facto hat die UN auch die Kontrolle über das Strafsystem mehrerer afrikanischer Länder, gegenwärtig beispielsweise in Kenia, übernommen. Die UN-Missionen sind zugleich aber – insbesondere in der DR Kongo – auch zunehmend in heftige Auseinandersetzungen mit Milizen und Rebellengruppen verwickelt, bei denen es auch um den Zugriffe auf Rohstoffe durch verschiedene internationale Akteure geht.

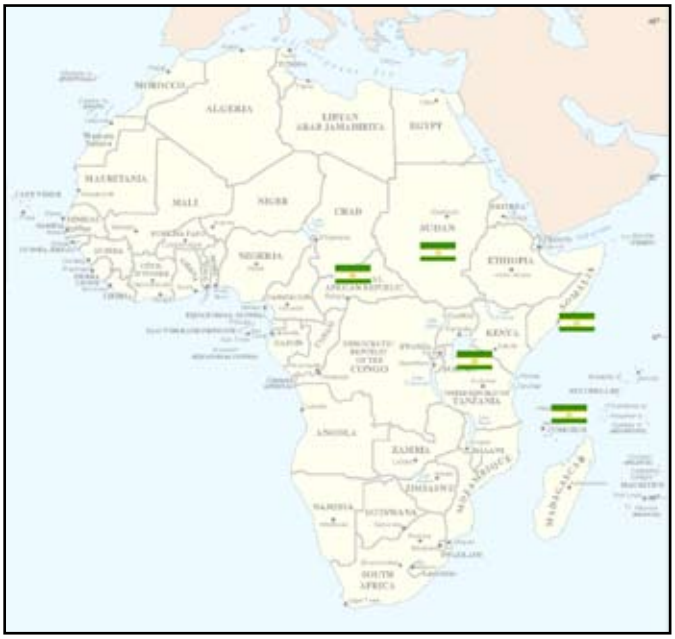
Links unten: Einsätze unter UN-Führung seit 1999

Einsätze der Afrikanischen Union

Seit 2003 führt die Afrikanische Union friedenserzwingende Mission in Afrika durch. Keine Mission wäre ohne die logistische und finanzielle Unterstützung der NATO und/oder der EU realisierbar gewesen. Die erste Mission fand von 2003-2004 in Burundi (AMIB) auf Grundlage eines Friedensvertrages zwischen der burundischen Regierung und verschiedener Rebellenorganisationen statt. Die burundische Regierung hätte eine UN-Mission vorgezogen, allerdings hatte die größte Rebellenorganisation Burundis den Friedensvertrag nicht unterzeichnet, weswegen die

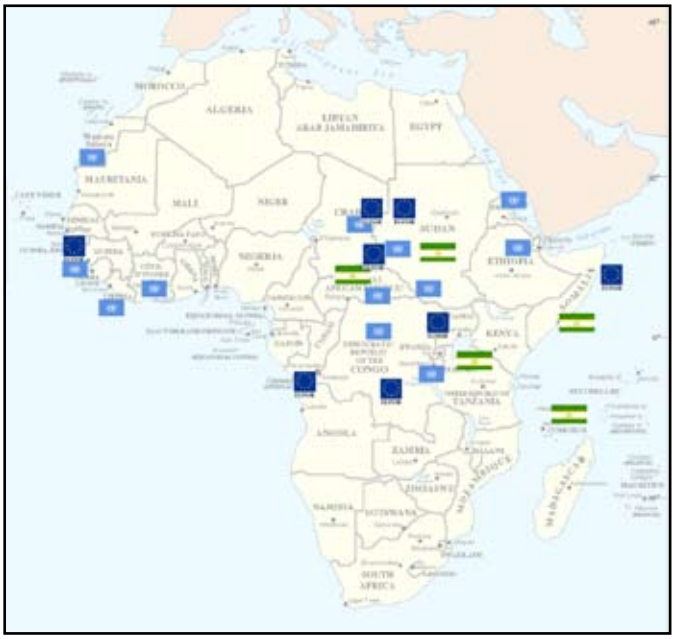
UN eine Mission ablehnte. Die AMIB-Truppen sollten in dem Land ausreichend Stabilität schaffen, um zu ermöglichen, dass die UN-Truppen einmarschieren. Im Mai 2004 wurde AMIB in die UN-Mission ONUB überführt, die Truppen der AU wurden allerdings de facto übernommen. AMIS, die AU-Mission in Darfur lief zwischen 2004 und 2007. Die NATO und die EU entsandten zur Unterstützung jeweils eine Mission. Die NATO unterstützte die AU vor allem logistisch, die EU schickte zusätzlich Militärberater in die Einsatzhauptquartiere und finanzierte die Mission mit insgesamt über 400 Millionen Euro. Ähnlich wie AMID wurde auch die AU-Mission in Somalia (AMISOM), die 2007 entsendet wurde, von der EU und der NATO unterstützt. Im Unterschied aber zu AMIS, die 2007 von einer Hybridmission zwischen AU und UN abgelöst wurde, scheint es aufgrund der instabilen Situation in Somalia in naher Zukunft keine UN-Mission in Somalia zu geben. Selbst die kleine, nur zwei Tage dauernde Mission auf den Komoren hätte die AU ohne die finanzielle Unterstützung der EU und die logistische Unterstützung Frankreichs nicht durchführen können.

Rechts oben: Einsätze der Afrikanischen Union



EU-Militäreinsätze

Während die UN-Einsätze sich beständig ausweiten und auch eine Tendenz zur Verstetigung aufweisen, hat die Europäische Union in Afrika ein militärisches Profil entwickelt, das kurzfristige Einsätze mit sehr beschränktem Aufgabenspektrum in enger Abstimmung mit der UN vorsieht. Ein erster Probeeinsatz der EU erfolgte 2003 in der kongolesischen Stadt Bunia und sollte der UN eine Auswechselung der dort stationierten Soldaten ermöglichen. 2006 erfolgte ein weiterer Einsatz in der DR Kongo mit der Aufgabe, in der Hauptstadt die Wahlen abzusichern. Beide Einsätze brachten zwar wichtige Erfahrungen in Bezug auf Führung, Logistik und Zusammenarbeit mit der UN mit sich, aber keinerlei Beitrag zur Verbesserung der Lage in der DR Kongo. Im Gegenteil muss sich die EU dem Vorwurf aussetzen, die Herrschaft des zunehmend autoritär regierenden Präsidenten Kabilas abgesichert und legitimiert zu haben. Auch der 2008 folgende EUFOR-Einsatz in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik trug eher zur Eskalation im Tschad bei und knüpfte an koloniale Strukturen an. Nachdem sich also EU-Militäreinsätze in der Stärke von Battlegroups als weitgehend wirkungslos bis kontraproduktiv erwiesen haben, ist in den nächsten Jahren eine verstärkte Hinwendung zu begrenzteren Einsätzen zur Sicherheitssektorreform in afrikanischen Ländern zu erwarten. Hierbei werden europäische Militär- und Polizeiberater entsandt, um neue Polizei-, Gendarmerie- und Militäreinheiten aufzubauen oder zu trainieren sowie die Streitkräfte zu reformieren. Erste Einsätze hierzu fanden seit 2005 wiederum in der DR Kongo statt, ein weiterer seit 2008 in Guinea-Bissau (während dessen Regierung und Generalstab ihre jeweiligen Führer gegenseitig ermorden ließen), weitere Einsätze sind gegenwärtig in Somalia/Uganda, Mali und Mauretanien geplant. Battlegroups werden jedoch weiterhin bereitgehalten, um UN-Einsätze zu initiieren, zu begleiten und in Schlüsselsituationen kritische Infrastrukturen wie Häfen, Flughäfen und Regierungsviertel abzusichern.



Rechts mitte: ESVP-Missionen in Afrika
Rechts unten: Einsätze der UN/AU/ESVP

Die NATO umschifft Afrika

Auch die NATO ist seit einigen Jahren verstärkt in Afrika aktiv. Für den Einsatz der Afrikanischen Union im Sudan (AMIS) koordinierte und unterstützte sie den Transport afrikanischer Soldaten ins Einsatzgebiet und deren Vorbereitung auf den Einsatz. Ihre weitere Verfügbarkeit für Unterstützung auch der Nachfolgemission unter gemeinsamer Führung von UN und AU (UNAMID) hat die NATO seither mehrfach bekräftigt. Das erste Manöver der NATO in Afrika (Steadfeast Jaguar) fand 2006 auf den Kapverdischen Inseln statt und basierte auf ähnlichen Szenarien wie UN-Missionen. Die westafrikanischen Küsten stellen neben dem Horn von Afrika auch einen deutlichen Schwerpunkt der NATO-Marineaktivitäten dar. Im Juli 2007 umschiffte ein Teil der NATO-Mittelmeerflotte ganz Afrika, um „die Fähigkeit der NATO zu demonstrieren, Sicherheit und internationales Recht auf hoher See zu gewährleisten". Hierzu passierte die Flotte die westafrikanische Küste, zeigte Präsenz im Niger-Delta und fuhr dann weiter nach Südafrika, wo eine gemeinsame Übung mit der dortigen Marine abgehalten wurde. Anschließend besuchten die Kriegsschiffe noch die Seychellen und hielten ein Manöver vor Somalia ab - wo ohnehin, ebenfalls seit 2001, ständig NATO-Schiffe im Rahmen der Operation Enduring Freedom präsent sind.

Links mitte : Die NATO ist insbesondere vor der ostafrikanischen Küste aktiv

Ausbildung von „Boots on the Ground"

Die Ausbildung der fünf Regionalbrigaden, die die African Standby-Force bilden sollen, geschieht in erster Linie in den verschiedenen Trainingszentren der Regionalorganisationen. De facto wird die Ausbildung und Aufstellung der ASF von europäischen Staaten über die Finanzierung dieser Zentren und der Entsendung europäischer Militärs in entscheidende Posten innerhalb der Ausbildungszentren kontrolliert. Die Ausbildungszentren in Westafrika, wo sich die meisten dieser Art befinden, sind das National Defence College in Abuja in Nigeria, das Kofi Annan International Peacekeeping Training Center in Accra in Ghana (KAIPTC) und die École de Maintien de la Paix Alioune Blondin Beye in Bamako in Mali. Die beiden letzteren werden direkt von Deutschland unterstützt. Bis 2006 wurde das KAIPTC durch Deutschland mit sechs Millionen Euro unterstützt, wovon über die Hälfte aus der Entwicklungshilfe stammen (3,5 Millionen aus dem Haushalt des BMZ). Im Auftrag der Gemeinschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) entwickelte das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) Trainingskurse im Bereich zivile Krisenprävention, Friedensbildung sowie Wahlbeobachtung. Großbritannien stellt am KAIPTC den leitenden Direktor und den Finanzdirektor, hat also zentrale Positionen in dem Ausbildungscenter inne. Die Ecole de Maintien de la Paix Alioune Blondin Beye in Bamako wird vor allem von Frankreich betrieben und finanziert, allerdings wurde die Schule von Deutschland durch einen Beitrag für die Baumaßnahmen unterstützt. Zudem werden Polizeikurse jährlich finanziell gefördert. Außerhalb Westafrikas wird das Peace Support Training Centre (PSTC) in Nairobi/Kenia durch die Bundesregierung mitfinanziert.

Dass die Zentren ohne die Unterstützung durch europäische Länder nicht funktionieren würden, zeigt sich u.a daran, dass das Ausbildungszentrum der südafrikanischen Regionalbrigade in Simbabwe aufgrund der schlechten Beziehungen des Präsidenten Mugabe zum Westen keine Unterstützung erhält und deshalb seine Arbeit einstellen musste.

Links unten: Die Ausbildungszentren der Regionalorganisationen

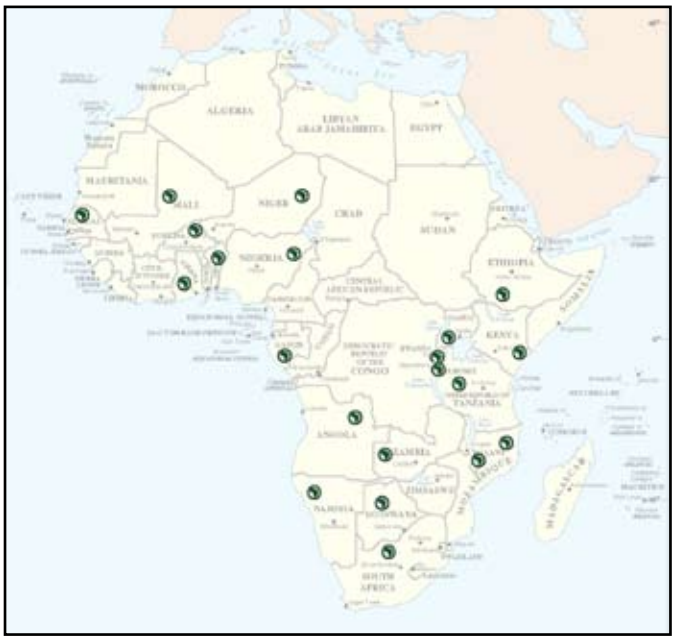
Global Peace Operations Initiative (GPOI)

Die Global Peace Operations Initiative (GPOI) ist ein Programm der USA im Rahmen einer Initiative der G8 von 2003 um Soldaten auszubilden, die dann für multinationale, friedenserzwingende Einsätze zur Verfügung stehen. Die Notwendigkeit einer solchen Initiative entsteht aus der Situation heraus, dass immer größere und robustere UN-Einsätze entsendet werden, die autorisierte Stärke der Mission jedoch im Allgemeinen nicht erreicht und das Mandat nicht erfüllt werden kann. Da die Länder des globalen Nordens nicht gewillt oder in der Lage sind, eigene Truppen zu entsenden, werden Soldaten aus Ländern des Südens ausgebildet und ausgestattet.

Im Juli 2009 konnte das Außenministerium der USA verkünden, sie hätten bereits mehr als 75.000 Soldaten – also die Zielmarke aller G8 Staaten bis 2010 – ausgebildet, wobei der Schwerpunkt auf afrikanischen Soldaten lag. Nach 24 Stunden Training gelten Soldaten als Peacekeeper, die Ausbildung übernehmen zunehmend private Militärfirmen. Der Rechnungshof der USA kritisierte 2008, dass den Streitkräften in zahlreichen Ländern, in denen im Rahmen von GPOI Soldaten ausgebildet werden, massive Menschenrechtsverletzungen begehen.

Neben der Ausbildung von Soldaten werden mit Geldern aus dem Fond des GPOI auch Einsätze der Afrikanischen Union finanziert und logistisch unterstützt.

Rechts oben: Länder, in denen Soldaten in Rahmen von GPOI ausgebildet werden



RECAMP

Alle europäischen Staaten, die in Afrika Kolonien hatten, vor allem aber Frankreich, Großbritannien, Belgien und Portugal leisten Militärhilfe, die seit Ende des Kalten Krieges im Allgemeinen unter dem Label des Peacekeepings laufen. Großbritannien hat vor allem mobile Trainingsteams, die Übungen und Kurse in Afrika organisieren. Portugal und Belgien unterhalten in erster Linie Militärschulen und Ausbildungszentren in ihren ehemaligen Kolonien. Die Militärhilfe Frankreichs ist seit 1998 unter dem Programm RECAMP (Renforcement des capacités africaines au maintien de la paix) gebündelt. Das Ziel, so Gabriel de Bellescize, ehemaliger RECAMP-Botschafter, sei es, den Afrikanern zu helfen „die Architekten ihres eigenen Glücks zu werden". Die Ausbildungskomponente von RECAMP ist in Zyklen unterteilt, die jeweils zwei Jahre laufen. Innerhalb dieser Zyklen werden Militärs auf allen Ebenen trainiert, afrikanische ranghohe Offiziere in Militärschulen in Afrika und Europa, rangniedere in simulierten Übungen oder im Feld. Neben der Ausbildung werden im Rahmen von RECAMP afrikanische Soldaten für Einsätze ausgerüstet. Frankreich betreibt dazu drei Ausrüstungsdepots auf französischen Militärbasen in Dakar, Libreville und Dschibuti.

Mittlerweise ist RECAMP ein europäisches Programm und heißt jetzt Amani Africa – EuroRECAMP. Aus den meisten afrikanischen Staaten haben inzwischen Soldaten an Übungen im Rahmen von RECAMP teilgenommen.

Rechts mitte: Staaten, in denen die bisherigen RECAMP-Trainingszyklen ihren Sitz hatten
Rechts unten: Einrichtungen und Programme zur Ausbildung afrikanischer Soldaten

Gendarme aus Europa

Gendarmerien – also Einheiten, die sowohl polizeiliche als auch militärische Aufgaben wahrnehmen können - spielen in friedenserzwingenden Einsätzen eine zunehmend wichtige Rolle. Sie sollen die die Lücke zwischen den Fähigkeiten von Polizeieinheiten, die zwar dazu in der Lage sind, Kriminalität zu bekämpfen, allerdings in Situationen von Bürgerkriegen sowohl mit ihrem Selbstschutz als auch mit der „Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung“ überfordert sind und denen des Militärs, das wiederum im Umgang mit Zivilisten vollkommen überfordert ist, schließen. Gendarmerien aus Ländern des Südens werden seit 2005 am „Center of Excellence for Stability Police Units“ (COESPU) in Vicenza, Italien, ausgebildet. Die Einrichtung des COESPU wurde auf dem G8-Gipfel in Evian 2003 beschlossen und in erster Linie von den USA finanziert, Ausbilder stellt vor allem die italienische Carabinieri. Hier werden Gendarmen aus Ländern des Südens Fähigkeiten in den Bereichen „Crowd an Riot Control“, Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Festnahmen mit hohem Risiko, Gefängnissicherheit, Schutz sicherheitsempfindlicher Einrichtungen, der Sicherung von Wahlen und prominenten Persönlichkeiten sowie des Grenzschutzes vermittelt. Selbstverständlich werden die Gendarmen nicht nur für friedenserzwingende Missionen sondern vor allem auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt. Der Hauptsitz der „European Gendarmerie Force“ befindet sich auf dem Gelände des COESPU.

US-Aktivitäten vor und in Afrika

Die US-Marine hat eine Initiative namens “Africa Partnership Station” begründet, in deren Rahmen regelmäßig US-amerikanische Kriegsschiffe in westafrikanische Häfen einlaufen, um gemeinsame Übungen oder Kurse für die jeweilige Küstenwache und Marine abzuhalten. Ziel der Initiative ist es, “die Fähigkeit der beteiligten Nationen zu verbessern, die Herrschaft des Rechts auf die See auszudehnen und illegale Fischerei, Menschenschmuggel, Drogenhandel, den Diebstahl von Öl und die Piraterie besser bekämpfen zu können”. Im Rahmen der Pan-Sahel Initiative (PSI, später: Trans-Sahel Counter-Terrorism Initiative TSCTI) werden Spezialeinheiten der offiziellen Streitkräfte der meisten Sahara-Staaten ausgerüstet, ausgebildet und auch operativ unterstützt, um Ableger des Al-Kaida Netzwerkes in Nordafrika zu bekämpfen. Da viele der beteiligten Staaten an solch einer Unterstützung interessiert sind, simulieren oder übertreiben sie die tatsächlichen terroristischen Aktivitäten in ihrem Land und bezichtigen gelegentlich aufständische Gruppen und Nomadenstämme der Zusammenarbeit mit Al Kaida. Unter der Ägide des neuen Oberkommandos der US-Streitkräfte für Afrika (AfriCom) werden in mehreren Ländern wie Uganda und Somalia Soldaten ausgebildet und bei Einsätzen gegen die Lords Resistance Army (DR Kongo / Uganda) sowie die Al-Shabaab-Milizen in Somalia auch militärisch unterstützt. Aus nahezu allen afrikanischen Ländern wurden in den letzten zwei Jahren höherrangige Soldaten im Rahmen des IMET-Programm (International Military Education and Training) an US-amerikanischen Militärakademien ausgebildet. Dadurch sollen Kontakte zu den jeweiligen Streitkräften und einzelnen Einheiten geknüpft und vertieft werden und die ausländischen Soldaten sollen auch den “American Way of Life” kennen lernen.

Links mitte: Aktivitäten der US-Army
Links unten: Länder, deren Teilnahme am LGAI bekannt wurde

Die Führungsakademie der Bundeswehr

Neben der Ausbildung von Bodentruppen ist für den globalen Norden auch der Kontakt zu Führungskräften innerhalb der afrikanischen Militärs von Bedeutung. Über Lehrgänge wird in Militärakademien in Europa und den USA der persönliche Kontakt zu zukünftigen ranghohen Militärs in Ländern des Südens hergestellt. In Deutschland existiert dazu der “Generalstabs-/Admiralstabsdienst mit internationaler Beteiligung” (LGAI) an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Zum 50jährigen Geburtstag der Akademie erklärte Bundespräsident Köhler: „Demnächst werden es mehr als 1400 ausländische Gäste sein, die hier einen Lehrgang absolviert haben; und viele haben danach in ihren Heimatländern militärische und nichtmilitärische Spitzenpositionen übernommen“. Dies zeige, so Köhler, „welch exzellenten Ruf die ‚FüAk’ weltweit genießt“. Meist ist nicht be-

kannt, aus welchen Staaten Offiziere am LGAI teilnehmen. Nur manchmal wird dies öffentlich wie im Fall von Moussa Dadis Camaras, der sich im Dezember 2008 in Guinea an die Macht putschte. Camara und andere Militärs, die an dem Putsch teilgenommen haben, hatten an mehreren Ausbildungslehrgängen an der Führungsakademie teilgenommen und dort unter anderem deutsch gelernt, weswegen sie sich in der Vorbereitung des Putsches vor allem auf Deutsch verständigt hatten. International bekannt wurde Camara nach der brutalen Niederschlagung von Protesten gegen seine Regierung in einem Fußballstadion in Conakry, der Hauptstadt Guineas, bei der schätzungsweise 150 Menschen getötet wurden und für die Camara selbst laut einem UN-Bericht die Hauptverantwortung trägt.

Unten: Afrikanische Sicherheitsarchitektur, oder: eine unvollständige Karte der westlichen Militarisierung Afrikas

Boots on the Ground

Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften in Drittstaaten

von Jonna Schürkes

Als gescheiterte Staaten werden Staaten bezeichnet, die ihre Grenzen nicht sichern und die das Gewaltmonopol innerhalb dieser Grenzen nicht durchsetzen können oder wollen. Weil sie dieses Gewaltmonopol nicht durchsetzen, würden von der Bevölkerung zahlreiche Bedrohungen für die Nachbarländer, die Länder des globalen Nordens und die Welt im Allgemeinen ausgehen. Diese Bedrohungen werden mehr oder weniger spezifiziert: Es handele sich um Terrorismus, Kriminalität, Piraterie, Migration, Pandemien etc.. Doch nicht nur diese „konkreten" Bedrohungen gehen von diesen Staaten aus, sondern die fehlende Herrschaft wird als Bedrohung per se empfunden.[1] Diese Sichtweise findet sich beispielsweise in der Europäischen und US-amerikanischen Sicherheitsstrategie und dem Weißbuch der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands.

Aus diesem Grund werden in „gescheiterten" (oder „scheiternden") Staaten Sicherheitssektorreformen von unterschiedlichen Akteuren - von der UN, über die EU, OECD, Weltbank und einzelnen Staaten – durchgeführt. Sprich: es werden Repressionsorgane aufgebaut, die die Bevölkerung beherrschen sollen und dafür sorgen, dass die Länder oder gar ganze Kontinente nicht „zu einer ansteckenden Quelle globaler Unsicherheit werden".[2] Mit dem Aufbau eines häufig riesigen Sicherheitssektors - vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass ein Großteil des Staatshaushaltes in die Finanzierung des Sicherheitssektors fließt - geht eine Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung des Staates einher. Es findet demnach gleichzeitig eine Schwächung des Staates in seinen Möglichkeiten der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen und eine Stärkung im Bereich der Repression gegenüber seiner Bevölkerung statt. Da die Sicherheit, die in diesen Staaten hergestellt werden soll, sich ausschließlich darauf bezieht, bestimmte Akteure gegenüber der Bevölkerung abzusichern, ist es nur folgerichtig, dass sich die Durchsetzung eines Gewaltmonopols des Staates darauf konzentrieren soll, einzelne Infrastrukturen (Häfen, Flughäfen, Verbindungsstraßen, evtl. Grenzen) zu schützen.

Die Prinzipien, nach denen der Aufbau, die Ausrüstung und Ausbildung von Sicherheitskräften funktionieren sollen, sind die der Entwicklungszusammenarbeit entnommenen Prinzipien des Partnership und Ownership. Für den globalen Norden ist bei der Reform oder dem Aufbau von Sicherheitssektoren entscheidend, dass sie in den Ländern des Südens Partner haben, die ihre Vorstellung von Ordnung gegenüber der Bevölkerung mit ihren Mitteln durchsetzen. Dieses Partnership wird mit bestimmten Eliten der jeweiligen Länder zumindest temporär eingegangen. Es werden einzelne Bevölkerungsgruppen als Partner auserkoren. Es wird definiert, dass es sich bei den einen um Soldaten und Polizisten, bei den anderen um Milizen, Banden, Terroristen, Piraten oder sonstige Kriminelle handelt, dass es sich bei der Gewalt, die die einen ausüben, um legitime, rationale Gewalt – bei allen anderen um illegitime, irrationale Gewalt handelt.[3] Diese Partner können – selbstverständlich – jederzeit wieder fallen gelassen werden. Um sie zu befähigen, im Sinne des Westens zu handeln, werden ihre Gruppen bewaffnet und ausgebildet – finanziell, logistisch und nachrichtendienstlich jedoch in Abhängigkeit gehalten -, damit sie jederzeit entmachtet werden können, bzw. damit sich ihr „Ownership" darauf beschränkt, Bodentruppen zu entsenden und nicht aber selber entscheiden zu können, wann, wo und wie diese Bodentruppen eingesetzt werden.

Es gibt allerdings gravierende Unterschiede, wie mit verschiedenen Staaten umgegangen wird. Das hängt zum einen von der Stärke der Staaten ab, zum anderen, ob in dem Land Gruppen notwendige Voraussetzungen dafür mitbringen, als Partner des Westens zu fungieren. Wenn nicht – also vor allem, wenn Gruppen, die entgegen den Interessen des Westens handeln, das Gewaltmonopol besitzen -, müssen diese zunächst beseitigt werden. Wenn dies geschehen ist, so wird das Land durch westliche Truppen besetzt, die so lange vor Ort bleiben sollen, bis es genügend starke - aber vom Westen abhängige - Gruppen gibt, denen man das Feld wieder überlassen kann. In der Phase, in der die Anzahl der ausländischen Truppen erhöht oder zumindest nicht verringert wird, dienen die lokalen Sicherheitskräfte der Unterstützung der ausländischen Besatzung. In einer zweiten Phase, in der sich die ausländischen Truppen aus dem Land zurückziehen, sollen die lokalen Polizisten und Soldaten die Aufgabe der Besatzer übernehmen und eine Regierung, oft auch gegen den Willen der Bevölkerung, an der Macht halten.

In vielen Fällen ist der globale Norden allerdings nicht gewillt oder in der Lage, selber Truppen zu entsenden, um bestimmte Gruppen innerhalb eines Landes dazu zu befähigen, die Macht im Lande zu erlangen oder zu erhalten. Für diesen Fall schafft sich vor allem die EU in Afrika multinationale Truppen, die nur mit Unterstützung der EU intervenieren können. Eine andere Möglichkeit, die ebenfalls vor allem von der EU exzessiv genutzt wird, ist die Reform von Sicherheitskräften durch eine kleine Anzahl von Militär- bzw. Polizeiausbildern.

Diese Praxis, aber auch ihr Scheitern, soll im Folgenden anhand verschiedener Beispiele aufgezeigt werden.

1 Marina Ottaway/ Stefan Mair: State at Risk and Failed states. Putting Security first, Carnegie Endowment for International Peace, Policy Outlook, Washington, D.C., September 2004, S.1.

2 Michael Goodspeed: Stealing Thunder African Security Sector Reform, the Military's New Challenge, U.S. Army War College, 2007, S.1.

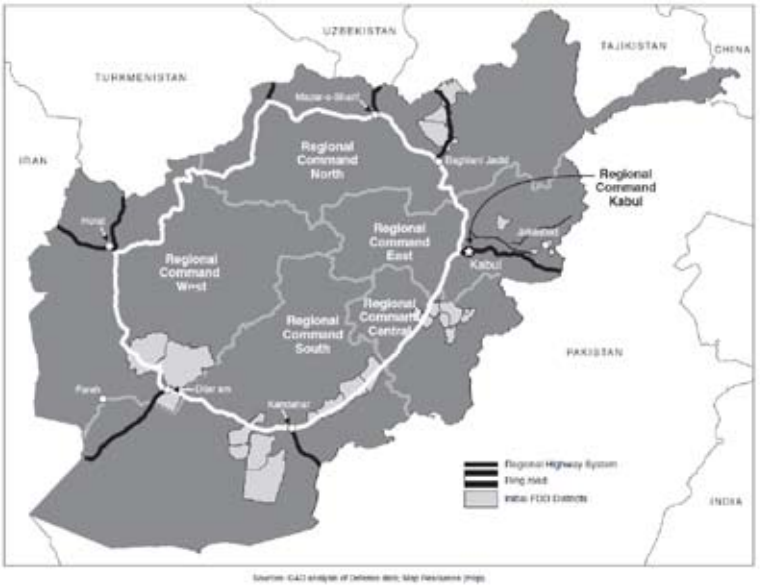
3 Bruno Charbonneau: France and the New Imperialism, Aldershot, 2008, S.102ff.

1 „Wir treten selber keine Türen ein“

Wie vor allem der Irak, Afghanistan, aber auch der Kosovo gezeigt haben, ist – zumindest in manchen Ländern - ein „Regimechange“, wenn es um den bloßen militärischen Sieg über eine Regierung, die Besatzung der Hauptstadt und wichtiger Infrastruktur geht, nicht allzu schwer. Doch „Regimechange“ beinhaltet auch die Einsetzung eines neuen Regimes, das im Interesse des Westens handelt. Dies gestaltet sich – wie derzeit vor allem in Afghanistan zu sehen ist – wesentlich schwieriger. Der militärische Sieg über die Regierungen konnte in allen drei genannten Fällen dadurch erreicht werden, dass die NATO bzw. die USA Bodentruppen mit Luftangriffen dabei unterstützte, die wichtigsten Städte und Infrastruktur einzunehmen. Die Bodentruppen bestanden zu großen Teilen aus Gruppen des jeweiligen Landes, die bereits zuvor gegen die Regierung gekämpft hatten, die jedoch ohne die Luftunterstützung nicht in der Lage gewesen wären, die Macht im Land zu übernehmen. Die darauf folgende Besatzung ist aber vor allem im Fall Afghanistans und des Iraks auch für die intervenierenden Truppen sehr blutig verlaufen. Der Widerstand gegen die Besatzung ging in diesen Fällen nicht mehr von einer Armee aus, sondern von so genannten Aufständischen, deren Motive und auch Zusammensetzung sich im Zuge der Besatzung meist stark verändert haben. Im Anschluss an den Sturz der Regierung wurden unter Aufsicht der „internationalen Gemeinschaft“ Übergangsregierungen gebildet, deren Qualifikation vor allem darin bestand, dass sie von der Besatzung des Landes profitieren und ihr somit auch zustimmen. Die Legitimation dieser Übergangsregierungen kam demnach nicht aus der Bevölkerung des jeweiligen Landes, sondern von der „internationalen Gemeinschaft“. Zur Absicherung der Regierung verweilen nicht nur ausländische Truppen im Land, sondern es müssen auch Gruppen bewaffnet und wenn möglich kontrolliert werden, die kurzfristig gemeinsam mit den ausländischen Truppen jene Gruppen bekämpfen, die die Regierung als unrechtmäßig ansehen und die mittel- und langfristig so stark werden sollen, dass sie auch ohne oder zumindest mit geringerer Präsenz ausländischer Truppen die Regierung an der Macht halten können.

1.2 Die „David-Strategie“

Bereits auf dem ersten Afghanistangipfel 2001 wurde die Schaffung afghanischer Sicherheitskräfte als eine Aufgabe der ISAF-Mission beschlossen: „die Teilnehmer [ersuchen] die internationale Gemeinschaft darum, die neuen afghanischen Behörden dabei zu unterstützen, neue afghanische Sicherheits- und bewaffnete Streitkräfte aufzubauen und auszubilden“.[4] 2002, auf der Geberkonferenz in Tokio, wurden westliche Staaten für einzelne Bereiche der Sicherheitssektorreform verantwortlich gezeichnet. In den ersten Jahren wurde dem Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte eine vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit geschenkt. 2006 eskalierte der Konflikt, was vor allem auf die Ausweitung des ISAF-Mandats auf den Süden und Osten des Landes zurückzuführen ist. Der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte wurde massiv verstärkt, damit diese Aufgaben der internationalen Truppen übernehmen konnten, die zunehmend Verluste zu beklagen hatten.[5] Die ISAF/OEF Truppen verloren



Distrikte, in denen im Rahmen des FDD mit der Polizeiausbildung begonnen wurde, liegen alle an der Ringroad, Karte: GAO

zudem erheblich an Unterstützung in der lokalen Bevölkerung, da sie offensiver gegen Aufständische vorgingen und damit auch deutlich mehr Zivilisten töteten. Umfragen der ARD, BBC und ABC zeigen, dass der Widerstand gegen die Besatzung seit 2005 deutlich zugenommen hat.[6] Auch in den intervenierenden Ländern ist mit der Eskalation des Konfliktes und der steigenden Anzahl getöteter Soldaten die Zustimmung zum Einsatz zurückgegangen. In Deutschland sind inzwischen 61 Prozent gegen den Afghanistaneinsatz, 2002 waren es nur 30 Prozent. Eine vermeintliche Lösung ist, lokale bewaffnete Gruppen stärker in den Krieg gegen die Aufständischen einzubinden, ihnen den Kontakt mit den Aufständischen und der Zivilbevölkerung zu überlassen und damit dem Krieg ein „afghanisches Gesicht“ zu geben.

In den USA ist diese Strategie, nicht eigene, sondern lokale Truppen gegen die Bevölkerung vorgehen zu lassen, als David-Strategie bekannt. In dem Field Manual der US-Marines zum „Fourth generation warfare“ wird die “Operation David” beschrieben: „Wir durchkämmen nie ganze Viertel. Wie treten nie Türen ein. Wie terrorisieren nie Zivilisten oder lassen sie in Kreuzfeuer geraten. Wenn wir jemanden angreifen müssen, dann lassen wir die Aufgabe am liebsten von jemand Anderem ausführen. Die Leute vor Ort machen die schmutzige Arbeit und wir hinterlassen keine amerikanischen Spuren.“[7]

1.3 Der Besatzung ein afghanisches Gesicht geben

Tatsächlich wird diese Art der Kriegsführung in Afghanistan nicht nur von der US-Armee so umgesetzt, auch die Bundeswehr bedient sich dieser Taktik: Bevor die Schnelle Eingreiftruppe der Bundeswehr („Quick Reaktion Force“ - QRF) im Sommer 2008 zur Ablösung der norwegischen QRF nach Afghanistan geschickt wurde, fand auf dem Gefechtsübungszentrum des Heeres in Altmark eine Übung mit folgendem Szenario statt: „Soldaten der QRF bilden bei einer Zugriffsoperation den äußeren Ring um eine Ortschaft. Sie überwachen und sperren Zufahrtsstraßen,

4 Agreement on Provisional Arrangements in Afghanistan Pending the Re-Establishment of Permanent Government Institutions, Bonn 2001.

5 Ian S. Livingston u.a.: Afghanistan Index, Brookings, Feb. 2010, S.6.

6 ARD, ABC, BBC: Afghanistan-Umfrage 2009, URL: http://www.tagesschau.de/static/pdf/Afghanistan_2009.pdf.

7 Fourth Generation Seminar: FMFM 1-A, 2009, S.21ff.

Polizeiausbildung und Armeeausbildung in Afghanistan

2002 erklärte sich Deutschland zur „lead nation“ im Bereich der Polizeiausbildung in Afghanistan, die USA im Bereich der Schaffung einer afghanischen Armee. Bis 2007 hatte Deutschland 5000 Polizisten des mittleren und gehobenen Dienstes ausgebildet, 14 000 einfache Polizisten fortgebildet und die Polizeiakademie in Kabul errichtet. In diesem Zeitraum verwendete Deutschland jährlich 12 Millionen Euro für den Polizeiaufbau, im Durchschnitt befanden sich 40 Polizisten in Afghanistan, die ausbilden und beraten sollten. Die Zielmarke lag bei 62.000 Polizisten bis 2010. Vor allem von den USA wurden die Aktivitäten Deutschlands als unzureichend kritisiert: „Als internationale Führungsnation ist Deutschland daran gescheitert, eine Polizei aufzubauen und hat drei Jahre vertan“. Auch wurde die Art der Ausbildung als der Konfliktsituation in Afghanistan als nicht angemessen kritisiert. Noch bevor die Stärke der Polizei auf die anvisierten 62 000 Polizisten erreicht wurde, wurde sie im Afghanistan Compact 2006 auf 82 000 hochgesetzt – inzwischen sollen es bis 2011 134 000 sein. Die USA engagierten sich aufgrund der Unzufriedenheit mit dem deutschen Engagement zunehmend in der Polizeiausbildung. Sie erhöhten das Budget für diesen Zweck von 25,5 Millionen US $ im Jahr 2002 auf 2,7 Milliarden US $ im Jahr 2007. Vor allem private Sicherheitsunternehmen übernahmen die Polizeiausbildung, die nur wenige Wochen dauerte. Von deutscher Seite wiederum wurde diese Art der Ausbildung als „Masse statt Klasse“ kritisiert.

2007 wurde die Verantwortung Deutschlands für den Polizeiausbau der EU übergeben, die seither mit EUPOL Afghanistan die Aufgaben Deutschlands teilweise übernommen hat. Deutschland engagiert sich sowohl innerhalb von EUPOL, als auch im Rahmen eines bilateralen Ausbildungsprogramms (GPPO).

Ebenfalls 2007 entwickelten die USA ein Programm (Focused District Development Program; FDD), nach denen die Polizeiausbildung und –ausrüstung auf Distriktebene durchgeführt werden sollte. Somit konnte zunächst in jenen Distrikten mit der Ausbildung begonnen werden, die für die Versorgung der ISAF/OEF-Truppen von Bedeutung sind, also vor allem entlang der Ringroad, der Hauptverkehrsader Afghanistans (s. Karte links). Deutschland hat dieses Vorgehen seit Januar 2009 übernommen. Im Rahmen des FDD agieren so genannte „Police Mentoring Teams“ (PMTs), die sich im Fall der USA aus vier Soldaten, sechs für die Sicherheit des Teams verantwortlichen Soldaten, zwei zivile Polizisten und zwei Übersetzer zusammensetzen (s. Bild u.). Deutsche PMTs bestehen aus vier Feldjägern, vier Polizisten und zwei Übersetzern. Weitere Länder, die bilaterale Programme zur Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Polizei durchführen, sind Australien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Norwegen und die Türkei.

EUPOL Afghanistan ist vor allem auf strategischer und taktischer Ebene aktiv. Sie soll die afghanische Regierung dabei unterstützen, eine Strategie für einen Polizeiaufbau zu erstellen – Jahre nachdem mit eben dieser Ausbildung begonnen wurde - und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren im Polizeiaufbau zu verbessern. Dafür hat EUPOL den Vorsitz des „International Police Coordination Board“ übernommen, das aber kaum handlungsfähig ist. [1]

Auf dem NATO-Gipfel in Straßburg wurde zudem die NATO-Training Mission Afghanistan (NTM-A) beschlossen. Sie soll die Ausbildung der afghanischen Armee und Polizei koordinieren. Unter dem Dach der NTM-A soll in Zukunft vor allem französische Gendarmerie als Teil der European Gendarmerie Force afghanische Gendarmen ausbilden. [2]

Auch wenn Deutschland womöglich in den ersten Jahren tatsächlich versucht hat, eine zivile Polizei aufzubauen – inzwischen ist überdeutlich, dass es darum geht, Polizeieinheiten aufzubauen, die sich von der Armee vor allem hinsichtlich Sold und Ausrüstung unterscheiden und die die internationalen Truppen als billige Kräfte bei der Aufstandsbekämpfung unterstützen sollen.

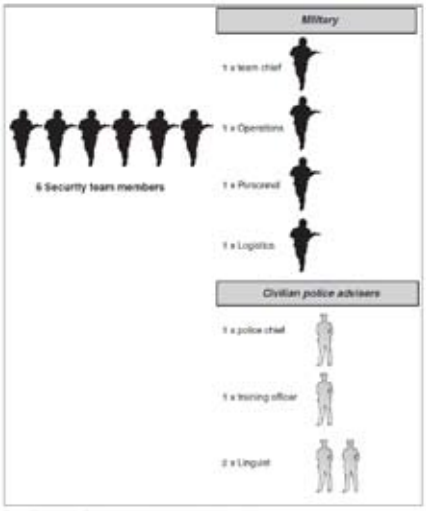


Abb. Zusammensetzung US-amerikanischer Police-Mentoring Teams, Grafik: GAO

Für den Aufbau der „Afghan National Army“ (ANA) waren von Beginn an die USA zuständig. Allerdings wurde auch hier sukzessive die Zielgröße nach oben gesetzt: Inzwischen sollen bis Oktober 2011 171 600 Soldaten ausgebildet und ausgerüstet sein. Zur Koordinierung der Ausbildung haben die USA das CSTC-A gegründet, dem Großbritannien, Kanada, Polen, Albanien, Frankreich, Rumänien und Deutschland unter der Führung der USA angehören. Vorgesehene Bestandteile der Ausbildung der ANA-Soldaten sind eine siebenwöchige Grundausbildung im US-geführten Kabul Training Center. Von Großbritannien werden dann einige der Soldaten in acht Wochen zum Unteroffizier ausgebildet, darauf folgen zwei Wochen Übungen im Feld unter Leitung der Kanadier. Im Anschluss daran werden ganze Einheiten von mobilen Trainingteams, die unter ISAF-Mandat OMLTs und unter OEF Mandat ETT genannt werden, im Einsatz begleitet. Länder, die derzeit mobile Trainingsteams stellen, sind: Frankreich, Deutschland, Rumänien, Großbritannien, Niederlande, Kanada, Kroatien, Italien, Schweden, Norwegen, Slowenien, und Polen. Insgesamt dauert die Ausbildung von Unteroffizieren 17 Wochen, die eines normalen Soldaten sieben Wochen. Die höheren Ränge werden in der „National Military Academy“ in Kabul vier Jahre lang ausgebildet, deren Dozenten v.a. aus den USA, Deutschland, Frankreich und der Türkei kommen. Seit April 2009 koordinieren NTM-A und CSTC-A gemeinsam die Aufstellung der ANA.

[1] Ronja Kempin/ Stefan Steinicke: EUPOL Afghanistan: Europas ziviles Engagement am Rande des Glaubwürdigkeitsverlusts, SWP-Studie, Dezember 2009

[2] Ronja Kempin/ Christian Kreuder-Sonnen: Gendarmerieeinheiten in internationalen Stabilisierungsmissionen – Eine Option für Deutschland?, SWP-Studie, März 2010.

während Soldaten der Afghan National Army (ANA) den inneren Kreis bilden. Für den Zugriff in der Ortschaft sind Polizeikräfte der Afghan National Police (ANP) zuständig. Ziel: zwei gesuchte Personen".[8]

Zahlreiche Berichte über Offensiven unter Kommando der Bundeswehr zeigen, dass dies vor Ort so umgesetzt wird – mit bedingtem Erfolg. Im Juli 2009 beispielsweise begann die „Operation Adler" unter Kommando der Bundeswehr und mit afghanischen Bodentruppen. Ziel dieser Operation war es, Aufständische aus der Stadt Chahar Darreh, wenige Kilometer vom Feldlager der Bundeswehr in Kunduz entfernt, zu vertreiben. „Die deutschen Einheiten, größtenteils Soldaten der Schnellen Eingreiftruppe QRF und die Schutzkompanie des deutschen Lagers in Kunduz, sicherten meistens nur einen Ring um die afghanischen Kräfte ab, diese durchsuchten dann Häuser und Gehöfte"[9]. Die Bundeswehrsoldaten waren der Kontakt der afghanischen Soldaten zu Luftunterstützung und Einheiten zur Evakuierung und Versorgung von Verwundeten. Sie sollten sich bei dem direkten Kontakt mit den Aufständischen zurückhalten, trotzdem wurde ein Jugendlicher an einem Checkpoint, der an einer Zufahrtsstraße zu Chahar Darreh errichtet worden war, von Bundeswehrsoldaten erschossen. Die ANA und die ANP hatten den Auftrag, nach erfolgreicher Vertreibung der Aufständischen in Chahar Darreh zu bleiben und zu verhindern, dass sie zurückkehren, was sie offenbar zunächst aufgrund der hohen Gefahr verweigerten, wovon die Bundeswehr sie aber kurzfristig abhalten konnte. Nach wenigen Tagen allerdings nahmen die Aufständischen die Stadt wieder ein und vertrieben die ANP und die ANA.

Die Konsequenz dieser Vorgehensweise ist, dass vor allem afghanische Soldaten und Polizisten getötet werden. Dem Afghanistan Index 2010 des Brookings-Instituts zufolge sind zwischen 2007 und Mai 2009 2573 afghanische Polizisten und Soldaten getötet worden. Zum Vergleich: im gleichen Zeitraum wurden 660 Soldaten der ISAF/OEF Truppen getötet.

In der Sprache der Bundesregierung, sei es nun Entwicklungsminister Niebel, Bundesinnenminister Thomas de Maizière oder Verteidigungsminister Guttenberg, heißt dieses Vorgehen dann: „der Sicherheit ein afghanisches Gesicht geben".

De facto kann eine gewisse Hierarchisierung bei der Aufstandsbekämpfung festgestellt werden: die den engsten Kontakt mit der Bevölkerung haben, sind die paramilitärisch ausgebildeten Polizeieinheiten, in zweiter Reihe stehen die Soldaten der afghanischen Armee und den äußersten Ring, der meist nur für die Abriegelung von Straßen zuständig ist und der die Anfragen der afghanischen Armee um Luftunterstützung oder auch anderer Unterstützung entgegennimmt, bilden ISAF bzw. OEF Soldaten.

Allerdings kann nach der Londoner Afghanistan Konferenz eine Veränderung der Rolle der OMLTs, auch der der Bundeswehr, festgestellt werden. Die deutschen Ausbilder sollen in Zukunft enger mit den afghanischen Soldaten zusammenarbeiten, gemeinsam patrouillieren und mit ihnen gemeinsam gegen die Aufständischen kämpfen. Es sei notwendig, „dass wir nicht mehr rigide trennen zwischen Ausbildung und Sicherheit, "[10] so Verteidigungsminister Guttenberg. Doch auch wenn die Begleitung enger sein soll, werden weiterhin die afghanischen Sicherheitskräfte vorgeschickt: „Nach dem amerikanischen Konzept des ‚Partnering' würden die Isaf-Soldaten in etwa gleicher Stärke wie die Afghanen patrouillieren und den afghanischen Uniformierten zwar den Vortritt lassen, wenn ein Haus betreten wird, aber durchaus selber mitkommen".[11]

2 „Übergabe in Verantwortung"

Die Regierungen der in Afghanistan stationierten Truppen müssen einen zumindest teilweisen Rückzug aus Afghanistan in Aussicht stellen, da die Bevölkerungen der Länder den Einsatz zunehmend ablehnen. Auch wenn die Regierung und der Bundestag seit mehreren Jahren gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung den Einsatz deutscher Truppen verlängern und permanent ausweiten, so sind dem Ganzen dennoch wohl Grenzen gesetzt, das Zusammenbrechen der Regierungskoalition in den Niederlanden am Afghanistan-Einsatz kann der deutschen Regierung als Warnung gelten.

„Selbsttragende Sicherheitsstrukturen sind die Voraussetzung für eine Abzugsperspektive für unsere Soldatinnen und Soldaten. Darum tun wir in Zukunft deutlich mehr für die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte", so Westerwelle nach der Londoner Afghanistankonferenz 2010 vor dem Deutschen Bundestag.[12] Auf der Konferenz war beschlossen worden, den Schwerpunkt der „internationalen Gemeinschaft" auf die Schaffung von Sicherheitskräften zu legen.[13] Ausreichend bewaffnete Gruppen der Regierung Karsai zur Verfügung zu stellen, damit sie sich gegen ihre Bevölkerung verteidigen kann, wird als Grundvoraussetzung dafür gesehen, dass sich die Truppen der NATO und der USA in den nächsten Jahren zurückziehen können.

Sukzessive wurden die Zielvorgaben für die Stärke der Afghanischen Armee und Polizei nach oben gesetzt. Inzwischen liegt die Zielgröße bei 134.000 Polizisten und 171.600 Soldaten bis 2011. Angeblich sind bis heute über 30.000 Polizisten und 97.200 Soldaten ausgebildet und ausgerüstet.[14]

2.1 Den Bürgerkrieg bewaffnen

Die Polizisten, die bisher ausgebildet wurden, genießen in der afghanischen Bevölkerung keinen guten Ruf. In einer Studie aus dem Jahr 2007 des „Afghan Research and Evaluation Unit", eine von der EU und UN finanzierten Forschungsorganisation in Afghanistan, mit dem bezeichnenden Titel „Cops or Robbers", werden zahlreiche Afghanen interviewt, die nichts Gutes über die Polizei zu erzählen haben. So wird ein afghanischer LKW-Fahrer mit den Worten zitiert: „Vergesst die Taliban. Unser größtes Problem ist die Polizei."[15] Der ehemalige Kommandeur der CSTC-A, Brigadegeneral Gary O'Brien, sieht dies ähnlich: „Es gibt einige

8 Rolf Walter: Vor dem Einsatz, in: Y-Magazin der Bundeswehr, 07/2008, S.44.

9 Operation Adler: 600 afghanische Soldaten sollen Rückkehr der Taliban verhindern, spiegel-online, 30.07.2009.

10 McChrystels Strategie-Appell: Guttenberg will in Afghanistan mehr riskieren, spiegel-online, 20.01.2010.

11 Einsatz in Afghanistan: Partnering – vor der Tafel, am Tisch, im Feld?, faz-net, 28.01.2010.

12 Regierungserklärung von Guido Westerwelle zum deutschen Afghanistan-Engagement nach der Londoner Konferenz vor dem Deutschen Bundestag, 10.02.2010.

13 vgl. Afghanistan: The London Conference, Communiqué, 28.01.2010.

14 vgl. Auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung: Das deutsche Afghanistan-Engagement nach der Londoner Konferenz, 25.01.2010, S.5f.

15 Andrew Wilder: Cops or Robbers? The Struggle to Reform the Afghan National Police. AREU, 2007, S.1.

Teile Afghanistans, wo das Letzte, was die Leute sehen wollen, die Polizei ist. Die Polizei ist in manchen Gebieten korrupt. Sie ist ein Teil des Problems. Sie schaffen keine Sicherheit für die Bevölkerung – sie sind Verbrecher (robbers)".[16] Daran hat sich, verschiedenen Zeitungsartikeln nach, bis heute nichts geändert.[17]

Die Zahl der Polizisten und Soldaten der ANSF, die – meist mit Waffen und in Uniform - desertieren, ist weiterhin sehr hoch, auch wenn nach offiziellen Angaben die Desertionsrate gesunken ist. Allerdings ist die Anzahl der nicht registrierten Desertionen weit höher, vor allem da die jeweiligen Kommandeure sie auf der Liste behalten, um Sold zu unterschlagen.

Das Combined Security Transition Command – Afghanistan (CSTC-A) unter Kommando der US-Armee ist neben der Ausbildung auch für die Ausgabe von Waffen an die afghanischen Sicherheitskräfte zuständig.

Der Rechnungshof der USA berichtete Anfang 2009 davon, dass das CSTC-A von den im Zeitraum 2004-2008 von den USA gelieferten 242.000Waffen (Pistolen, Gewehre, Panzerfäuste etc.) bei ca. 87.000 nicht weiß, wo sie sind, wobei von der Hälfte von ihnen nicht einmal die Seriennummern registriert wurden. Weitere 135.000 Waffen, die von anderen Ländern geliefert worden sind, sind ebenfalls verschwunden.[18] Dazu gehören laut einem NDR-Bericht vom Oktober 2009 auch ca. 10.000 von der Bundeswehr ausgemusterte Pistolen aus einer Lieferung des Bundesverteidigungsministeriums.

Abgesehen von den Waffen, die verschwinden, wird die afghanische Gesellschaft in kaum vorstellbaren Maßen bewaffnet. Einem Bericht von amnesty international zufolge wurden allein im Zeitraum 2002 bis 2008 offiziell über 300.000 Kleinwaffen von NATO-Staaten nach Afghanistan geliefert.[19] Im Vergleich dazu wurden im Rahmen des DIAG, dem Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm des UNDP, bis zum ersten Halbjahr 2009 ca. 45.000 eingesammelt,[20] wovon allerdings ein Großteil nicht vernichtet, sondern wiederum der Polizei und Armee zur Verfügung gestellt wurde.[21] Im Vorgängerprogramm wurden zwischen 2002- 2006 36.571 Kleinwaffen eingesammelt[22],die fast alle den Sicherheitskräften wieder ausgegeben wurden. De facto hat demnach keine Entwaffnung, sondern lediglich eine Umverteilung der Waffen stattgefunden.

2.2 Zurück bleibt ein autoritärer Militärstaat

Sollten sich die ISAF-Truppen tatsächlich eines Tages zurückziehen, hinterlassen sie eine bis auf die Zähne bewaffnete Gesellschaft. Zudem wird einer Regierung, die in der Bevölkerung kaum Legitimität genießt, ein riesiger Sicherheitsapparat an die Hand gegeben, der allerdings kaum aus dem afghanischen

Polizisten der Afghan National Police (ANP) trainieren - unter Aufsicht des NTM-A - die Kontrolle von gewaltbereiten Menschenmengen. Foto: U.S. Air Force, Staff Sgt. Sarah Brown.

Haushalt zu bezahlen ist: Laut Rory Stewart, Direktor des Carr Center on Human Rights Policy, dürften sich die Kosten für die afghanischen Sicherheitskräfte auf zwei bis drei Milliarden Dollar im Jahr belaufen: ein Vielfaches der gesamten Staatseinnahmen. „Wir kritisieren Entwicklungsländer dafür, wenn sie 30 % ihres Budgets für Rüstung ausgeben; wir drängen Afghanistan dazu 500 % seines Haushalts hierfür aufzuwenden. [...] Wir sollten kein Geburtshelfer eines autoritären Militärstaats sein. Die hieraus resultierenden Sicherheitsgewinne mögen unseren kurzfristigen Interessen dienen, aber nicht den langfristigen Interessen der Afghanen".[23] Da die Sicherheitskräfte nicht vom afghanischen Staat bezahlt werden können, wird die Regierung in Kabul weiterhin von den NATO-Staaten abhängig sein. Vor allem über die Finanzierung von Militärs haben diese Staaten ein enormes Erpressungspotenzial. Sollten sie sich eines Tages weigern, die Militärs und die paramilitärischen Polizisten zu bezahlen, dürfte dies das Ende der Regierung in Kabul bedeuten. Ausgerechnet diese Art der Bewaffnung eines Bürgerkrieges und der Aufbau eines Militärstaates werden von Bundeskanzlerin Merkel als „Übergabe in Verantwortung" umschrieben.

3 Vom Milizen zum Soldaten: nur eine Frage der Definition

Was für den Fall Afghanistans bereits aufgezeigt wurde, nämlich dass durch eine Ent- und anschließende Wiederbewaffnung und den Austausch von Uniformen Sicherheitskräfte geschaffen werden, ist eine Praxis, die auf drastische Weise im Kosovo beobachtet werden kann. Hier zeigt sich aber auch, wie dieser Versuch – trotz großer Anstrengungen und der doch recht überschaubaren Größe des Kosovos und der dort zugrunde liegenden Konfliktsituation – scheitert.

Ohne die „Befreiungsarmee des Kosovo" (UCK), die vor dem Kosovo-Krieg von verschiedenen NATO-Staaten – unter anderem Deutschland - als terroristische Vereinigung eingestuft worden war, hätte die NATO den Krieg gegen Serbien 1999 nicht führen können. Kämpfer der UCK versorgten die NATO mit

16 Ebd.

17 S. beispielsweise: Tough road ahead once Afghan assault over, AFP, 23.02.2010.

18 GAO: Afghanistan Security: Lack of Systematic Tracking Raises Significant Accountability Concerns about Weapons Provided to Afghan National Security Forces, Januar 2009.

19 Amnesty International: Afghanistan: arms proliferation fuels further abuse, AI Public Briefing, April 2008.

20 UNDP: Disbandment of Illegal Armed Groups (DIAG): Second Quarter Project Progress Report, 2009.

21 Amnesty International: Afghanistan: arms proliferation fuels further abuse, AI Public Briefing, April 2008.

22 United Nations Disarmament, Demobilization and Reintegration Resource Centre: Afghanistan- County Programme; URl: http://www.unddr.org.

23 Zitiert in: Jürgen Wagner: Die neue Afghanistan-"Strategie": Bürgerkrieg unter westlicher Beaufsichtigung, in: AUSDRUCK Dezember 2009, S.8.

Informationen und stellten vor allem die Bodentruppen des NATO-Luftkrieges gegen Serbien. Nach dem militärischen Sieg über Serbien wurde der Kosovo unter UN-Verwaltung gestellt. Die UCK wurde zunehmend zu einem Problem für die „Internationale Gemeinschaft", zumal sie sich weigerte, der UN, der NATO und der EU das Gewaltmonopol im Land zu überlassen.

Direkt nach dem Sieg über Serbien wurde damit begonnen, eine kosovarische Polizei aufzubauen. Dieser Aufbau bestand jedoch zunächst darin, 2.000 bewaffnete UCK-Kämpfer zu Polizisten umzudefinieren, weitere 18.000 Mann wurden in eine Schutztruppe für den Kosovo, das „Kosovo Protection Corp" (KPC), überführt. Dieser Schritt sei notwendig gewesen, „da eine tatsächliche Freisetzung der wenig disziplinierten UCK-Kämpfer zu einer unkontrollierbaren Sicherheitssituation hätte führen können", so eine Studie des Instituts für Europäische Politik[24]. Die Polizei des Kosovos wird von EULEX Polizisten und KFOR Truppen ausgebildet und vor allem mit ihnen gemeinsam eingesetzt. Dabei agiert sie meist in vorderer Reihe. Können oder wollen die kosovarischen Polizisten nicht gegen Kriminelle, Demonstranten, *Spoiler* und ähnliches vorgehen, so greifen EULEX-Polizisten ein. „Ziel sei es, der Kosovo Police und der Kosovo Security Force (KSF) mehr und mehr Verantwortung zu übertragen. Die KFOR-Truppen zeigen zwar weiterhin Präsenz, bleiben aber im Hintergrund. Dies habe sich auch bei den letzten gewalttätigen Ausschreitungen 2008 in Mitrovica bewährt. Damals wurde eine aufgebrachte Menschenmenge von örtlichen Sicherheitskräften sowie Angehörigen der internationalen Polizei- und Justizmission EULEX zurückgedrängt. KFOR-Truppen standen in der Nähe für ein mögliches Eingreifen bereit, was aber nicht notwendig war".[25] Doch auch wenn die Durchhalteparole des Kommandeurs der KFOR lautet: „Wir sind auf der Zielgeraden, doch nach einem so langen Lauf dürfen wir auf den letzten Metern nicht stolpern",[26] ist allseits bekannt, dass die kosovarische Polizei korrupt ist und der Organisierten Kriminalität sehr nahe steht. Zudem wurde das Ziel der Internationalen Gemeinschaft, eine multiethnische Polizei auszubilden, weit verfehlt. Nachdem die Studie des Instituts für Europäische Politik bereits 2007 davon berichtete, dass vor allem die Polisten, die der serbischen Minderheit angehören, durch Abwesenheit glänzen würden und dies von den kosovo-abanischen Polizisten durchaus begrüßt würde, erklärte Amnesty International im Mai 2009, dass alle kosovoserbischen Polizisten den Dienst quittiert hätten.[27]

3.1 Eine Armee für multinationale Einsätze

Im Januar 2009 wurde das KPC aufgelöst und die Kosovo Security Force (KSF) gegründet. Offizielles Ziel war die Schaffung einer neuen multiethnischen Armee. Allerdings sind die Kontinuitäten zum KPC offensichtlich. Kommandeur der KSF ist der ehemalige Kommandeur der KCP, Sylejman Selimi, ein alter UCK-Kämpfer. Die Stärke der Truppe wurde mit dieser „Umbenennung" von 18.000 Mann auf 2.500 Soldaten und 800 Reservisten reduziert. Sie soll nur leicht bewaffnet sein und ihre Hauptaufgabe soll im Kosovo die Katastrophenhilfe, Minenräumen und Zivilschutz sein. Zusätzlich soll die KSF für Auslandseinsätze zur Verfügung stehen. Im Gesetz über die Sicherheitskräfte (Law on the Kosovo Security Force) heißt es dazu: Die Aufgabe der KSF ist es, „an Kriseninterventions- und friedensunterstützenden Einsätzen teilzunehmen, was den Einsatz außerhalb des Territoriums der Republik Kosovo mit einschließt, wenn die [KSF] hierzu eingeladen wird" (Art.10.2).

Dafür, dass der Kosovo keine Armee bekomme – so ein Bericht der International Crisis Group -, müsse die Anzahl der Polizisten, „als Kompensation für das Fehlen einer kosovarischen Armee" erhöht werden.[28] Die Polizei müsse zudem in der Lage sein, auch paramilitärische Aufgaben, wie die Niederschlagung von Aufständen, zu übernehmen. In dem Bericht der Crisis Group, der im Juli 2006 unter dem Titel: „An Army for Kosovo" veröffentlicht wurde, wurde erklärt, die Schaffung einer Armee sei notwendig, um zu verhindern, dass sich inoffizielle paramilitärische Strukturen dort bilden oder weiter existieren können. Bei der Auswahl der Soldaten der KSF sollte die NATO das letzte Wort haben und die Uniformen sollten denen europäischer Staaten oder der USA ähneln, um keine Erinnerungen an die lokale Geschichte zu wecken.

Die Schaffung einer Armee diene demnach der Demilitarisierung der Gesellschaft. Von einer Demilitarisierung der Gesellschaft kann aber angesichts der Tatsache, dass seit dem Kosovokrieg kaum Kämpfer entwaffnet wurden, nicht die Rede sein: „[...] die damalige internationale Waffensammelaktion angesichts der niedrigen Qualität des abgeführten Materials [wird] rückblickend von KFOR-Angehörigen spöttisch als ‚Modernisierungsoffensive der UCK' bezeichnet. [...] Auch muss sich die KFOR-Führung fragen lassen, weshalb sie trotz ihres öffentlich eingestandenen Wissens um ‚riesige Waffenlager im Kosovo' sowie die offensichtliche Wirkungslosigkeit vorangegangener freiwilliger Einsammelaktionen bisher keine ernstzunehmenden Anstrengungen unternommen hat, der Flut illegaler Waffen Herr zu werden".[29]

Im Gegenteil: die NATO-Staaten liefern Ausrüstung an die KSF, Deutschland in erster Linie Fahrzeuge. Die KSF hat inzwischen ihren ersten Auslandseinsatz hinter sich: in Albanien zur Katastrophenhilfe nach Überschwemmungen im Januar 2010. Der Versuch, die KSF in Auslandseinsätze zu drängen, damit bewaffnete Männer es der KFOR und EULEX nicht so schwer machen zu regieren, scheint allerdings nicht zu funktionieren. Die Ausbildung der KSF wurde durch die KFOR vorläufig ausgesetzt, da diese während einer Ehrenparade zum Gedenken an einen UCK-Führer Waffen getragen hatte. Offensichtlich machen die Sicherheitskräfte, die nun seit mehr als zehn Jahren ausgebildet und kontrolliert werden, im Kosovo was sie wollen.[30]

Auch wenn derzeit die KFOR die Ausbildung der KSF unterbrochen hat, wird sowohl die kosovarische Polizei als auch Armee weiterhin unterstützt. Die KSF soll in Zukunft für NATO-Einsätze und natürlich unter NATO-Kommando eingesetzt werden. Hier sollte demnach eine nationale Truppe für multinationale Einsätze geschaffen werden. In Afrika bemüht sich der Westen und allen voran die EU um die Schaffung multinationaler Truppen für Einsätze im Interesse und unter Beaufsichtigung der EU.

24 Institut für Europäische Politik: Operationalisierung von Security Sector Reform (SSR) auf dem westlichen Balkan, 2007, S.61.
25 Das Ziel vor Augen, 24.02.2010; URL: http://www.einsatz.bundeswehr.de.
26 Ebd.
27 Amnesty International: Serbien (einschließlich Kosovo), Report 2009, URL: www.amnesty.de.
28 International Crisis Group: An Army for Kosovo, 2006.
29 Institut für Europäische Politik: Operationalisierung von Security Sector Reform (SSR) auf dem westlichen Balkan, 2007.
30 NATO suspends training of Kosovo security force, AP, 07.03.2010.

4 „Afrikanische Lösungen für Afrikanische Probleme“

In den meisten Fällen, in denen die internationale Gemeinschaft der Meinung ist, dass militärisch interveniert werden sollte, werden keine europäischen oder US-amerikanischen Truppen entsandt, sondern multinationale Truppen (meist im Rahmen von UN-Missionen). Diese setzen sich größtenteils aus Soldaten des globalen Südens zusammen, werden aber vor allem von Staaten des globalen Nordens finanziert. Die UN-Missionen werden insgesamt immer größer, die Mandate werden umfassender und robuster. Die autorisierte Stärke einer UN-Mission ist in den meisten Fällen wesentlich höher als die tatsächlich entsandten Truppen. Je umfassender das Mandat und je robuster die Einsätze werden, desto unmöglicher wird es für die UN-Truppen, ihr Mandat zu erfüllen. Statt diese Tatsache auf die Art der Mandate und die Frage ob der Sinnhaftigkeit militärischer Interventionen zur „Friedenserzwingung“ zurückzuführen, sollen mehr Soldaten des Südens für solche Einsätze aufgestellt und ausgerüstet werden. Aus diesem Grund haben die G8 auf ihrem Gipfel von Sea Island 2004 beschlossen, ihre Anstrengungen zur Ausbildung von Peacekeepern zu erhöhen. Es wurde das Ziel formuliert, bis zum Jahr 2010 75.000 Peacekeeper ausgebildet zu haben, die dann der UN für Einsätze zur Verfügung stehen könnten. Da die Staaten des globalen Nordens jedoch nicht gewillt sind, selber Bodentruppen für UN-Einsätze zu stellen, wurde der Schwerpunkt auf die Ausbildung von Peacekeepern in Ländern des globalen Südens gelegt. Die Unterstützung bei Transport und Logistik – also die Bereiche eines Militäreinsatzes, die im Endeffekt entscheiden, ob ein Einsatz stattfinden kann oder nicht - sollen von den G8-Staaten gemeinsam „mit interessierten Dritten“ übernommen werden.[31]

Mit der Begründung, dass die meisten und vor allem größten UN-Einsätze in den letzten Jahren in Afrika stattgefunden haben, konzentrieren sich die G8-Staaten auf die Ausbildung afrikanischer Soldaten, Gendarmerien und Polizeien. Die „Afrikaner“, so die einhellige Meinung, seien schließlich selbst für die Lösung „ihrer“ Konflikte verantwortlich.

4. 1 Die Global Peace Initiative

Die USA riefen zur Umsetzung des Beschlusses der G8 die „Global Peace Operation Initiative“ (GPOI) ins Leben. Im Juli 2009 konnte das Außenministerium der USA verkünden, sie hätten bereits mehr als 75.000 Soldaten – also die Zielmarke aller G8 Staaten bis 2010![32] – ausgebildet, wobei der Schwerpunkt eindeutig auf afrikanischen Soldaten lag.[33] Die hohe Anzahl ausgebildeter Peacekeeper ist allerdings nicht allzu erstaunlich, da ein Soldat bereits nach 24 Stunden Training als ausgebildeter Peacekeeper gilt.[34] Allerdings ist GPOI nicht der einzige Versuch der USA, afrikanische Soldaten so auszubilden und in Einheiten zusammenzufassen, so dass sie Einsätze auf dem Kontinent realisieren könnten. Nach dem Scheitern der US-Armee in Somalia Anfang

Ausbildung im Rahmen der Global Peace Operation Initiative der USA. Foto: US-Gov.

der 1990er Jahre sollte eine „African Crisis Response Force“ aufbaut werden, was aber an dem Widerstand verschiedener afrikanischer Staaten scheiterte. „Dieses Konzept schien der perfekte Weg für die USA zu sein, einerseits Katastrophen wie in Somalia und Ruanda zu verhindern und andererseits die Anzahl der US-amerikanischen boots on the ground zu verringern“[35].

Bereits in den Vorläuferprogrammen von GPOI übernahmen auch private Sicherheitsfirmen die Ausbildung der Peacekeeper. Dies hat sich auch mit GPOI nicht geändert. So wurde im November 2009 ein 1,5 Milliarden US$ umfassender Auftrag zur Ausbildung afrikanischer Sicherheitskräfte an vier private Militärfirmen vergeben.[36] Ausgerechnet privaten Militärfirmen die Ausbildung von Peacekeepern zu überlassen, mag verrucht klingen, ist aber längst alltägliche Praxis. Wie lohnend Geschäfte mit „Friedensmissionen“ sind, zeigt sich beispielsweise daran, dass seit 2001 die „International Peace Operations Association“ (IPOA), ein Zusammenschluss privater Sicherheitsfirmen existiert, der den Unternehmen Aufträge im Bereich der Friedenseinsätze vermitteln soll.

Neben der Art der Ausbildung kritisierte der Rechnungshof der USA im Juni 2008, dass in 24 von 52 Ländern, in denen Sicherheitskräfte im Rahmen von GPOI ausgebildet werden, laut dem Menschrechtsbericht des Außenministeriums von 2007, massive Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte begangen werden.[37]

Aus dem Fond der GPOI, der inzwischen ausschließlich aus Mitteln des Außenministeriums gefüllt wird und 50% des Peacekeeping Operations Account der USA ausmacht[38], werden zusätzlich auch Einsätze der Afrikanischen Union und der UN (AMIS, AMISOM und UNIFIL) finanziert und logistisch unterstützt.[39] Zudem wurde ein Ausrüstungsdepot in Sierra Leone errichtet,

31 G8 Action Plan: Expanding Global Capability for Peace Support Operations, Sea Island, June, 2004.

32 Bureau of Public Affairs: U.S. Department of State Surpasses Target of 75,000 Trained Peacekeepers by 2010, Juli 2009.

33 Serafino, Nina M.: The Global Peace Operations Initiative: Background and Issues for Congress, Congressional Research Service, Juni 2009, S.17ff.

34 Alix J.Boucher/ Victoria K. Holt: US Training, African Peacekeeping: The Global Peace Operations Initiative, Juli 2007.

35 Col. Russell J. Handy: Africa Contingency Operations Training Assistance, Air & Space Power Journal, Herbst 2003.

36 Federal Business Opportunities: AFRICAP Recompete; URL: http://tinyurl.com/yem4p63.

37 GAO: Thousands trained but United States is unlikely to complete all activities by 2010 and some improvements are needed, Report to Congressional Commitees, Juni 2008.

38 Alix J.Boucher/ Victoria K. Holt: US Training, African Peacekeeping: The Global Peace Operations Initiative, Juli 2007.

39 Serafino, Nina M.: The Global Peace Operations Initiative: Background and Issues for Congress, Congressional Research Service, Juni 2009.

COESPU und die Rolle von Gendarmerien in PKO

Gendarmerien – so das Ergebnis einer kürzlich erschienenen SWP-Studie - seien hervorragend dazu geeignet, in internationalen Stabilisierungsmissionen und so genannten Friedenseinsätzen die Lücke zwischen einer zivilen Polizei und dem Militär zu schließen. Das Problem in solchen Einsätzen sei, dass die Soldaten nicht dazu geeignet seien, die öffentliche Ordnung aufrecht zuerhalten. Sie seien darauf spezialisiert, gegnerische Kombattanten militärisch auszuschalten, nicht aber aufgebrachte Zivilisten unter Kontrolle zu bringen. Polizisten wären jedoch nicht in der Lage, sich gegen schwer bewaffnete Aufständische durchzusetzen, geschweige denn, sie zu bekämpfen: „In der Regel sind Post-Konflikt-Gesellschaften gewaltbereit und militarisiert. Daher ist der Beginn ziviler Aufbau- und Reformmaßnahmen häufig von Unruhen in der Bevölkerung überschattet. Das entstehende Netz organisierter Kriminalität und dessen Nexus zu politisch motivierter Gewalt überfordert zivile Polizeieinheiten. Warlordismus, religiöser Fanatismus und Terrorismus sind Herausforderungen, denen internationale Polizeikräfte begegnen müssen, ohne dazu ausgebildet zu sein“. [1] Daher empfehlen die Autoren der Studie Gendarmerien, die sowohl Polizei- als auch Militäraufgaben übernehmen können, verstärkt für internationale Stabilisierungs- und Friedensmissionen zu nutzen. Die Ausbildung von Gendarmerien aus Ländern des Südens findet bereits seit 2005 im „ Center of Excellence for Stability Police Units“ (COESPU) in Vicenza, Italien, statt. COESPU wurde auf dem G8-Gipfel in Evian beschlossen, die G8 – vor allem die USA – finanzieren dieses Zentrum seither. Dem Aktionsplan der G8 zufolge sollen die Gendarmen in folgenden Bereichen an der Schule in Vicenza ausgebildet werden: „Crowd and Riot Control“, Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Festnahmen mit hohem Risiko, Gefängnissicherheit, Schutz sicherheitsempfindlicher Einrichtungen, der Sicherheit von Wahlen und prominenten Persönlichkeiten sowie der Grenzkontrollen“. [2] Bis 2010 sollen dort 3.000 Gendarmerie-Ausbilder aus aller Welt ausgebildet werden, zusätzlich 4.500 von Carabinieri in ihren jeweiligen Heimatländern, die ihr Wissen dann wiederum an lokale Polizeien weitergeben und dort Gendarmerien aufbauen sollen. Bisher wurden aus Burkina Faso, Chile, Ägypten, Indien, Indonesien, Jordanien, Kamerun, Kenia, Mali, Marokko, Nepal, Nigeria, Pakistan, Rumänien, Senegal, Serbien, Südafrika und der Ukraine Gendarmen ausgebildet. Selbstverständlich werden die Gendarmen nicht nur in friendenserzwingenden Missionen eingesetzt, sondern vor allem auch gegen die eigene Bevölkerung.

[1] Ronja Kempin/ Christian Kreuder-Sonnen: Gendarmerieeinheiten in internationalen Stabilisierungsmissionen – Eine Option für Deutschland?, SWP-Studie, März 2010.

[2] Serafino, Nina M.: The Global Peace Operations Initiative: Backround and Issues for Congress, Congressional Research Service, Juni 2009, S.16.

das zwar von den USA unterhalten und verwaltet wird, allerdings Ausrüstungen für Einsätze der Regionalorganisation Westafrikas (ECOWAS) bereithält.

Im Rahmen von GPOI wird auch ein Programm zur Ausbildung von Gendarmen für Peacekeeping-Operationen mitfinanziert: COESPU (Centre of Excellence for Stability Police Units) [näheres zu COESPU s. Kasten].

4.2 Afrikanische Einheiten für Europäische Interessen

Ebenso wie die USA haben zahlreiche europäische Länder Programme zur Ausbildung afrikanischer Soldaten für Peacekeeping. Die europäische Union aber hat in der Afrikanischen Union (AU) einen „Partner“ gefunden, über den sie ihre Sicherheits- und Interessenspolitik in Afrika durchzusetzen versucht, ohne eigene – europäische – Truppen in den (Kampf-)Einsatz zu schicken und die Kosten für solche Einsätze vergleichsweise gering zu halten: Eine UN-Mission – die ja bereits wesentlich billiger ist als Interventionen der USA, der NATO oder der EU[40] – kostet dennoch wesentlich mehr als die Interventionen der AU. Die jährlichen Kosten für die 5.400 Mann starke AMISOM-Truppe belaufen sich auf 622 Millionen US$[41], die der UN auf „rund 100 Millionen US-Dollar pro Monat für eine 1.000 Mann starke Friedensmission.[42] Bereits 2001 – also vor der Gründung der AU – stellte die EU in einem „Gemeinsamen Standpunkt“ zur Konfliktverhütung, -bewältigung und -vermeidung in Afrika fest, dass die Hauptverantwortung für das Krisenmanagement in Afrika bei den Afrikanern selbst liege und die EU lediglich unterstützend tätig werden würde.[43] Nach dem Prinzip des „African Ownership“ sollen afrikanische Einheiten selbst Peacekeeping Missionen in Afrika durchführen.

Mit der Gründung der AU 2002 wurde eine Organisation geschaffen, die fast alle afrikanischen Staaten umfasst und die vor allem aufgrund der Abkehr vom Nichteinmischungsprinzip der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) die Voraussetzungen dafür mitbringt, militärisch in Staaten zu intervenieren. In der Gründungsakte der AU ist ausdrücklich vorgesehen, dass sie auch ohne Zustimmung des betroffenen Staates, in Fällen von Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit – auch militärisch – intervenieren kann.[44] Es reicht eine 2/3 Mehrheit in der Versammlung der afrikanischen Staatschefs aus, dass ein solcher Einsatz beschlossen wird. Zudem hat die AU das Kredo: „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“ de facto übernommen: „Das Ziel der AU war die Schaffung von Frieden, Sicherheit und Stabilität auf dem Kontinent als Voraussetzung für die Durchsetzung von Entwicklung und Integration“.[45]

40 Pikanter Weise wirbt die UN offensiv damit, billiger zu sein als andere Formen der militärischen Intervention: “If the US was to act on its own – unilaterally – and deploy its own forces in many of these countries; for every dollar that .the US would spend, the UN can accomplish the Mission for twelve cents.” United Nation Peacekeeping: Fact Sheet; URL: http://www.un.org.

41 Afrikanische Union: Report of the chairperson of the Commission on the Situation in Somalia, Addis Abeba, Januar 2008.

42 Sebastian Wadle/ Corina Schukraft: Die Peace Facility for Africa, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 4/2005, S.108f.

43 Ebd., S.116.

44 Artikel 4(h) der Gründungsakte der AU: „the right of the Union to intervene in a Member State pursuant to a decision of the Assembly in respect of grave circumstances, namely: war crimes, genocide and crimes against humanity“.

45 Markus Derblom u.a.: UN-EU-AU Coordination in Peace Opera-

Um militärisch intervenieren zu können, beschlossen die afrikanischen Verteidigungsminister 2004, eine „African Standby Force“ (ASF) mit einer Stärke von 15.000 Mann (militärisches, polizeiliches und ziviles Personal) bis 2010 aufzustellen. Die ASF soll in Zukunft von kleinen Beobachtermissionen bis zu robusten friedenserzwingenden Operationen alle Arten militärischer Interventionen durchführen können. Diese Standby Force wird in Brigaden unterteilt. „[Das Konzept der ASF] sieht fünf Standby-Brigaden vor, je eine pro afrikanische Region, unterstützt durch Zivilpolizei und andere Kräfte. Sobald die ASF zur Gänze aufgestellt ist, wird sie aus bereitstehenden multidisziplinären Kontingenten bestehen, die sowohl zivile als auch militärische Komponenten beinhalten. Sie werden in ihren jeweiligen Heimatländern stationiert und sollen für rasche Einsätze innerhalb Afrikas, möglicherweise sogar außerhalb des Kontinents zur Verfügung stehen“.[46] Dazu mussten die Regionalorganisationen jedoch nicht neu gegründet werden, sie bestehen bereits seit vielen Jahren, teils seit Mitte der 1970er. Allerdings waren sie zu diesem Zeitpunkt Organisationen, die die wirtschaftliche Entwicklung der Länder innerhalb dieser Region fördern sollten, u.a. um die Länder und Regionen auf dem Weltmarkt bzw. gegenüber den Industriestaaten zu stärken. Manche Länder waren in verschiedenen Regionalorganisationen vertreten, was sich bei der Aufstellung der Brigaden jedoch als Problem darstellt. Die Westafrikanische Regionalorganisation (ECOWAS) hatte als einzige Regionalorganisation bereits vor der Gründung der AU und der Aufstellung der Brigaden für die ASF militärische Einsätze in afrikanischen Ländern (Sierra Leone, Guinea Bissau, Liberia) durchgeführt. Die Fortschritte bei der Aufstellung der Brigaden sind sehr unterschiedlich, wohingegen die ECOWAS Standby Force (ESF) inzwischen einsatzbereit ist, ist die Brigade der südafrikanischen Region noch nicht sehr weit fortgeschritten. Die unterschiedlichen Fortschritte hängen nicht zuletzt mit der jeweiligen Unterstützung durch den Westen, vor allem der Europäischen Union zusammen.

Die EU unterstützt auf unterschiedliche Art und Weise den Ausbau von Fähigkeiten der Afrikanischen Union, in Konflikten auf dem Kontinent militärisch zu intervenieren.

4.3 AU-Einsätze unter europäischer Kontrolle

Unter dem Mandat der Afrikanischen Union haben bisher vier Einsätze stattgefunden. Finanziert werden diese zum großen Teil von den USA und vor allem der EU – respektive ihrer Mitgliedsstaaten. Die EU gründete zu diesem Zweck 2004 die „African Peace Facility“, die seither aus dem Europäischen Entwicklungsfond (EDF) bezahlt wird. Aus dem 9. EDF (2002-2007) sollten ursprünglich 250 Millionen Euro bereitgestellt werden; es waren dann jedoch über 400 Millionen Euro, davon fast 300 Millionen für die Missionen der AU im Sudan (AMIS), in Somalia (AMISOM) und auf den Komoren (AMISEC). Zudem wurden 53,2 Millionen Euro für die Mission der Regionalbrigade Zentralafrikas (ECCAS) in der Zentralafrikanischen Republik (MICOPAX) aus der APF bezahlt. „Tatsächlich ist es so, dass die AU ohne die African Peace Facility vermutlich nicht in der Lage gewesen wäre auch nur eine dieser Missionen durchzuführen“.[47] Zusätzlich haben Frankreich, Großbritannien und Deutschland zur Finanzierung von AMIS Mittel beigesteuert. Insgesamt – mit EU-Mitteln und der bilateralen Hilfe – wurde AMIS mit 500 Millionen Euro unterstützt.

Die EU behält vor allem auch über die Form der Auszahlung der Mittel permanent die Kontrolle über die Einsätze: Die AU stellt bei der Europäischen Kommission einen Antrag zur Finanzierung der Mission, woraufhin die Europäische Kommission die einzelnen Operationspläne prüft. Wenn die Kommission den Antrag annimmt, wird ein „Contribution Agreement“ getroffen, was die Finanzierung durch die APF regelt. Allerdings bekommt die AU die Gelder nicht komplett ausgezahlt, sondern lediglich einen gewissen Prozentsatz – den Rest nach erfolgreicher Umsetzung der Operationspläne. Die AU ist für jede einzelne Ausgabe rechenschaftspflichtig. Die Finanzierung läuft jeweils nur für sechs Monate.[48] Das bedeutet, dass die EU bis aufs Detail Einfluss auf die Ausgestaltung der Einsätze nehmen kann. Im Zusammenhang mit der Feststellung, dass die AU ohne die finanzielle Unterstützung der EU keine Einsätze fahren kann, wird deutlich, wie groß der Einfluss der EU darauf ist, welche Einsätze wo und wie stattfinden.

Zusätzlich zur finanziellen Abhängigkeit ist die Afrikanische Union auch auf die (Aufklärungs-)Logistik der westlichen Staaten angewiesen. Für AMIS und AMISOM gab es jeweils eine Mission der NATO, die die Logistik (vor allem die Truppentransporte) der afrikanischen Truppen übernahm. Selbst der kleine Einsatz auf den Komoren (AMISEC), der nur wenige Tage dauerte, wäre ohne die logistische Unterstützung Frankreichs nicht realisierbar gewesen.

Zu beiden großen AU-Missionen gab es zudem verschiedene Unterstützungen in der Ausgestaltung und Planung der Einsätze. „Während der [AMIS-]Mission unterstützte die Europäische Union die AU mit dringend benötigter Ausrüstung wie Fahrzeugen, mobilen Generatoren, Wassertankern, aber auch mit technischer Unterstützung, Öffentlichkeitsarbeit, Polizeiausbildung, Luftüberwachung und dem Truppentransport von mehr als 2000 Soldaten. Die EU stellte zudem militärisches und ziviles Personal zur Unterstützung von AMIS“[49] – auf Kommandoebene versteht sich. Die EU entsandte im Durchschnitt 30 Polizisten des „European Union Police Advisory Teams“, 15 Militärexperten und zwei Militärbeobachter zur „Dafur Integrated Task Force“ der AU nach Addis Abeba, ins AMIS-HQ in Khartoum und in Einsatzhauptquartiere in Darfur. Zudem wurden ein Militärstab, ein Polizeibeamter und ein politischer Berater zur Unterstützung des EU-Sondergesandten für den Sudan entsandt. Inzwischen ist AMIS in UNAMID, eine Hybridmission zwischen AU und UN, übergegangen.

Ebenso wie AMIS wurde auch AMISOM entscheidend von der EU mitfinanziert. Seit 2007 wurden 120 Millionen Euro aus dem EDF und dem Stabilisierungsinstrument der EU für AMISOM bereitgestellt. Auch hier kamen zusätzliche Mittel von einzelnen EU-Mitgliedsstaaten (Italien, Großbritannien und Schweden). „Auf der operativen Ebene wurden vier zivile Experten [...] zur AMISOM ‚Strategic Planning and Management Unit’ (SPMU) nach Addis Abeba entsandt. Zusammen mit sieben UN-Exper-

tions in Africa, Swedish Defence Research Agency, November 2008.

46 Jakkie Cillers: Afrikanische Friedenstruppen – eine aktuelle Bestandsaufnahme, in: Walter Feichtinger/ Gerald Hainzl (Hrsg.): Krisenmanagement in Africa: Unrealistische Erwartungen und tatsächliche Möglichkeiten, Bölau, 2008, S.128.

47 Ebd., S.143.

48 Framework Contracts: Support to the administrative and financial management of the African Union Mission in Somalia (AMISOM), Dezember 2009.

49 Benedikt Franke: Support to AMIS and AMISOM (Sudan and Somalie), in: Giovanni Grevi u.a. (Hrsg.): European Security and Defence Policy: the first ten years (1999-2009), Paris, S.258.

ten, zwei NATO-Offizieren und einem US-Verbindungsoffizier übernehmen sie den Großteil der Aufgaben des SPMU und beraten AMISOM-Kommandeure in zentralen strategischen und taktischen Entscheidungen. Die Anti-Piraten Mission der EU „Atalanta“ wirkt ebenfalls unterstützend, indem die Versorgungsschiffe der Mission in den Hafen von Mogadischu eskortiert werden [...].[50] Ob - und wenn ja wann - AMISOM in eine UN-Mission umgewandelt wird, ist unklar. Von Seiten der AU wird jedoch auf eine solche Ablösung – vor allem aufgrund der schwierigen Situation der AMISOM-Soldaten in Mogadischu - gedrängt.[51]

Über die verschiedenen Mechanismen nimmt die Europäische Union demnach entscheidenden Einfluss auf die Art der Einsätze der AU, ohne allerdings selbst Truppen entsenden zu müssen, was zum einen teurer, zum andern in den meisten Fällen der Bevölkerung der europäischen Staaten schwieriger zu vermitteln und letztlich für europäische Soldaten gefährlicher wäre. „Zwar setzt man innerhalb der ESVP grundsätzlich auf den politischen Führungsanspruch der Afrikaner und lässt sie nach außen als die Herren des Verfahrens erscheinen. Jedoch eröffnet die operative Unterstützung der AU [...] in verstärktem Maße direkte Gestaltungs- und Einsatzmöglichkeiten quasi über die Hintertür einer partnerschaftlichen EU-AU Diplomatie“.[52] Wolf Kinzel vom SWP sieht in der Arbeitsteilung zwischen der EU, der UN und der AU durchaus ein zukunftsfähiges Konzept: „Zur raschen Gefahrenabwehr könnten die hochmobilen EU-Battlegroups eingesetzt werden. Anschließend übernimmt die ASF im Rahmen einer Peacekeeping-Operation, und zwar mit größeren Kontingenten ‚Boots on the ground’, also in Form leichter Infanterie. Diese Kräfte werden von mobilen luftverlegbaren Einsatzkräften der EU unterstützt. Nachfolgend übernehmen die UN mit einer mittelfristig nachhaltigen Stabilisierungstruppe den weiteren Friedensprozess“.[53] Wer für das Scheitern von solchen Missionen verantwortlich gemacht wird, ist offensichtlich – die EU und die europäischen Truppen sind es jedenfalls nicht.

4.4 RECAMP

Damit die Soldaten der African Standby-Forces auch als Bodentruppen Europas fungieren können, müssen ausreichend Soldaten der Afrikanischen Union zur Verfügung stehen. Zudem muss die EU Kontakte zu führenden Militärs haben, um die Prozesse innerhalb der AU oder ihrer Regionalorganisationen schon vor der Planung von Einsätzen mitbestimmen zu können. Für die Ausbildung von Sicherheitskräften auf verschiedenen Ebenen gibt es seit 2007 das Trainingsprogramm „Amani Africa –EuroRecamp“. Ursprünglich war RECAMP ein französisches Programm, das 1998 ins Leben gerufen wurde. Frankreich, das bis heute zahlreiche Truppen in Afrika stationiert hat, hat auch nach der formellen Unabhängigkeit der Kolonien häufig in Konflikten militärisch interveniert. Das Bestehen von Regimen in der Region ist nicht selten von der Intervention oder Nicht-Intervention Frankreichs abhängig. Mit RECAMP verfolgt Frankreich das

Das französische Programm RECAMP zur Ausbildung von afrikanischen Soldaten wurde inzwischen von der EU übernommen und heißt jetzt Amani Afrika – EuroRECAMP

Ziel, die unilaterale Intervention Frankreichs auf die Evakuierung französischer Bürger zu reduzieren und die militärischen bzw. zivil-militärischen Interventionen den afrikanischen Staaten selbst zu überlassen.[54]

Neben der Ausbildung von Militärs unterschiedlicher Ebenen gehören zum Programm auch die Ausrüstung der Peacekeeper und die Unterhaltung von Ausrüstungsdepots auf französischen Stützpunkten (Dakar, Libreville, Dschibuti), wo die ASF oder die Regionalbrigaden vor dem Einsatz ausgerüstet werden. Die Ausbildungskomponente ist in Zyklen unterteilt und dauert meist zwei Jahre. Innerhalb eines Zyklus werden verschiedene Ausbildungsprogramme und Übungen organisiert: Auf strategischer Ebene werden Offiziere in Ausbildungszentren und Militärschulen in Europa und in Afrika ausgebildet, auf operativer Ebene werden simulierte Übungen für Führungskräfte durchgeführt und auf taktischer Ebene werden Bodentruppen im Feld ausgebildet. Deutschland beteiligt sich sowohl finanziell als auch personell am Amani-Africa – EuroRecamp.[55]

RECAMP funktioniert in enger Zusammenarbeit von Ausbildungszentren in verschiedenen Ländern Afrikas. Finanziert und auf- bzw. ausgebaut werden diese häufig von europäischen Staaten. Ausbilder sind meist entweder Militärs des globalen Nordens oder von ihnen ausgebildete afrikanische Militärs. Leitende Positionen innerhalb dieser Zentren haben meist europäische

50 Ebd., S.260f.

51 Jonna Schürkes: Arming Somalia: Die neue ESVP-Mission zur Ausbildung somalischer Soldaten, Februar 2010; URL: www.imi-online.de.

52 Sebastian Wadle/ Corina Schukraft: Die Peace Facility for Africa, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 4/2005, S.116.

53 Wolf Kinzel: Die African Standby Force der Afrikanischen Union, SWP-Studie, Juni 2008, S.27.

54 Bruno Charbonneau: Mastering „Irrational“ Violence, in: Alternatives 31 (2006), S.215-241.

55 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Partei DIE LINKE: Deutsche Beteiligung an Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften im Ausland und zu Sicherheitssektorreformen, Bundestags Drucksache 17/766, Februar 2010.

Ruandische AMIS-Soldaten werden von der US-Airforce in den Sudan geflogen, Foto: U.S. Air Force von Staff Sgt. Bradley C. Church

„Berater". Obwohl auch in diesem Bereich vor allem Frankreich sehr aktiv ist, beteiligt sich auch Deutschland intensiv – sowohl finanziell als auch personell – an diesen Ausbildungszentren. Wie wichtig die Unterstützung durch den globalen Norden für die Ausbildungszentren und damit für die Aufstellung der regionalen Brigaden ist, zeigt der Fall der südafrikanischen Standby Force: „[...] das offizielle Ausbildungszentrum der SADC, das Regional Peacekeeping Training Center (RPTC), [liegt] in der simbabwischen Hauptstadt Harare. Aufgrund der internationalen Ächtung des dortigen Regimes und fehlender internationaler Geber ist es nicht einsatzfähig".[56] Dies zeigt, dass die afrikanischen Staaten ohne die Unterstützung des Westens nicht in der Lage wären, solche Ausbildungszentren aufzubauen und die Aufstellung der ASF voranzutreiben, oder dass sie schlicht keine Priorität darauf setzen.

„Dies ist am deutlichsten sichtbar in West- und Ostafrika, wo die Anzahl der den Trainingseinrichtungen, Planungselementen und regionalen Institutionen von Geberländern beigestellten Offiziere die Zahl jener aus afrikanischen Staaten bald überstiegen hat. Des Öfteren kontrollieren diese eingebetteten ‚Berater' bedeutend mehr Ressourcen als die afrikanischen Kommandanten, denen sie nominell Bericht zu erstatten haben, sie bekommen ein vielfach höheres Gehalt als diese und können durch ihren direkten Zugang zu noch größeren Geldquellen in ihren Heimatländern oder bei den regionalen Botschaften in afrikanischen Hauptstädten eine entscheidende Rolle spielen. Daher ist es nicht ungewöhnlich, dass Offiziere mittleren Rangs aus den europäischen Ländern de facto wesentliche Bereiche der ASF-Vorbereitungen kontrollieren. Sie üben auf allen Ebenen beträchtlichen Einfluss auf Konzepte, Standards und Entscheidungen aus. Bisher konnte sich nur die SADC gegen eine derartige Infiltrierung widersetzen".[57]

5 Sicherheit ist Entwicklung

Die Ausbildung und der Aufbau von Sicherheitskräften in Ländern des Südens werden zunehmend aus Mitteln der Entwicklungshilfe finanziert. Entwicklungsorganisationen übernehmen den Bau von Ausbildungszentren, finanzieren einzelne Ausbildungskurse und helfen die Infrastruktur für militärische Interventionen zu verbessern.

Die Polizeiausbildung in Afghanistan wird in großen Teilen aus Geldern des Außenministeriums, des Innenministeriums und des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bezahlt. Die GTZ, also die Ausführungsorganisation der deutschen Entwicklungshilfe, hat im Auftrag des BMZ Ausbildungszentren in Kabul und Mazar-i-Sharif gebaut und ausgerüstet. Zusätzlich rüstet sie für einzelne Polizeieinheiten Büros oder Dienststellen aus. Aus dem Hauhalt des Entwicklungsministeriums wurden bis Mitte 2008 100 Millionen Euro für die Polizeiausbildung aufgewendet.[58]

Die African Peace Facility wird aus dem europäischen Entwicklungsfond bezahlt. Der deutsche Anteil wird als Offizielle Entwicklungshilfe (ODA) abgerechnet[59]. Mit diesen Geldern werden nicht nur Soldaten ausgebildet, sondern in erster Linie auch militärische Einsätze der Afrikanischen Union bezahlt. Die Ausbildungszentren für „afrikanische Peacekeeper" in Ghana und Mali wurden durch die GTZ (mit-)aufgebaut. Sie finanzierte auch einzelne Kurse, die dann vor allem vom ZIF (Zentrum für Internationale Friedenseinsätze) am KAIPTC durchgeführt werden.

Die Deutsche Welthungerhilfe erneuert im Auftrag des Auswärtigen Amtes die Landebahn des Flughafens in Goma in der DR Kongo, der dann vor allem für den Transport von UN-Soldaten der MONUC genutzt werden soll.

Die Finanzierung des Aufbaus von Sicherheitskräften in Ländern des globalen Südens ist demnach auch insofern „billiges Krisenmanagement", als dass die Kosten nicht im Verteidigungshaushalt auftauchen. Dass dies von Verteidigungspolitikern befürwortet wird, ist nicht weiter verwunderlich. Dass allerdings auch die Entwicklungsorganisationen sich zunehmend (s. GTZ) darauf einlassen, ist beängstigend. Wie weit die GTZ inzwischen dazu bereit ist, als Ausführungsorganisation des Bundesverteidigungsministeriums zu fungieren, zeigt sich daran, dass ihr Motto im letzten Jahr: „Sicherheit entwickeln. Entwicklung sichern" lautete.

56 Wolf Kinzel: Die African Standby Force der Afrikanischen Union, SWP-Studie, Juni 2008, S.17.

57 Jakkie Cillers: Afrikanische Friedenstruppen – eine aktuelle Bestandsaufnahme, in: Walter Feichtinger/ Gerald Hainzl (Hrsg.): Krisenmanagement in Africa: Unrealistische Erwartungen und tatsächliche Möglichkeiten, Bölau, 2008, S.155.

58 Jürgen Wagner: Mit Sicherheit keine Entwicklung, IMI-Studie 2007/10, S.29.

59 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Partei DIE LINKE: Deutsche Beteiligung an Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften im Ausland und zu Sicherheitssektorreformen, Bundestags Drucksache 17/766, Februar 2010.

Die Gewalt der Konfliktforschung und Möglichkeiten des Widerstands

von Mechthild Exo

WissenschaftlerInnen werden in jüngster Zeit immer enger in die westliche Kriegspolitik eingebunden. In diesem Beitrag soll die Vielzahl der Bereiche dargestellt werden, in denen dies inzwischen geschieht. Das erschreckende Ausmaß, mit dem Forschung für die gewaltsame Durchsetzung westlicher Interessen instrumentalisiert wird – und sich teils willig instrumentalisieren lässt – wirft zudem die Frage nach Gegenstrategien und Ansätzen für erfolgreichen Widerstand auf, die ebenfalls beleuchtet werden soll.

1 Rüstungsforschung

Im Jahr 2008 hat die Bundesregierung 1,1 Milliarden Euro dafür bezahlt, dass an deutschen Hochschulen und so genannten An-Instituten Rüstungsforschung betrieben wird. Das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) vergab Aufträge für bundeswehrrelevante und wehrtechnische Forschung an 27 Hochschulen in zehn Bundesländern. Diese Forschungen, ergänzt durch Projekte an anderen Forschungseinrichtungen, arbeiten an einem sehr breiten Spektrum kriegsrelevanter Aufgaben: Materialforschung für bessere Panzerungen, die Entwicklung von Drohnen als unbemannte Ausspäh- und Angriffswaffen oder die Weiterentwicklung von Zeitzündern und der Lenkung von Geschossen gehören zum engeren Bereich der technischen Rüstungsforschung. Wehrmedizinische Forschung und die Einbindung von Universitätskliniken in die Behandlung verletzter SoldatInnen sind ein weiterer Bereich relativ direkter Wehrforschung. Im wehrpsychologischen Bereich kommt beispielsweise die Entwicklung von Verfahren für Eignungstests von Offiziersbewerbern hinzu. Daran forschen u. a. die TU Dortmund und die Universitäten in Jena und Witten-Herdecke. Die Sporthochschule Köln bekommt einen großen Anteil des vom BMVg bereitgestellten Etats, um beispielsweise die Ermüdungserscheinungen bei Überwachungsflügen zu erforschen.

Auch an unerwarteter Stelle ist Kriegsforschung anzutreffen: Hochschulen forschen an kriegsgeeigneter Lebensmitteltechnik und an Übersetzungsprogrammen für die Einsatzgebiete der Bundeswehr. Die Ethikforschung unterstützt die Legitimierungsargumentation für die Einführung neuer Überwachungstechniken (beispielsweise die Universität Tübingen für sog. Nacktscanner). Auch die Sozialwissenschaft leistet wichtige Beiträge, unter anderem zur Legitimation von Interventionskriegen und zu sozialen Dynamiken in militärisch durchgesetzten Protektoraten sowie im „Heimatland" der Interventionsmacht.

Nach Angaben der Bundesregierung ist noch kein Auftrag für Rüstungsforschung von einer Hochschule abgelehnt worden. Und das, obwohl zahlreiche deutsche Hochschulen als Konsequenz ihrer Einbindung in das nationalsozialistische Kriegsprogramm und den Zweiten Weltkrieg Friedensklauseln festgelegt haben, die besagen, dass keine kriegsrelevante Forschung durchgeführt werden darf. Die TU Berlin hat beispielsweise in der Satzung stehen, dass „keine Aufträge oder Zuwendungen für rüstungsrelevante Forschungen entgegen genommen werden sollen". Trotzdem nimmt auch die TU die Drittmittel vom BMVg an und forscht im technischen und medizinischen Bereich. Dagegen wehren sich in den letzten Jahren zunehmend Studierende und Beschäftigte der Universitäten und Forschungsinstitute, zum Teil unterstützt durch Gewerkschaften. In Karlsruhe kämpft ein solches Bündnis auf Initiative von Naturwissenschaftlern gegen die Kriegsforschung am Karlsruhe Institute of Technology (KIT). In den Studierendenstreiks der letzten Wochen ist diese Forderung vielerorts integriert. Einige fordern auch die Verankerung einer Friedensklausel im Landeshochschulgesetz. Die fehlende Finanzierung des Bildungsbereichs darf nicht zur Abhängigkeit von Aufträgen des Verteidigungsministeriums und der Rüstungsindustrie führen, die auch zu Zeiten einer allgemeinen Wirtschaftskrise über eine stabile Finanzbasis verfügen.

2 Bundeswehr und Reservisten an Hochschulen

Ein weiterer sehr offensichtlicher Bereich der Militarisierung an den Hochschulen besteht durch die direkte Präsenz von Bundeswehrangehörigen: als ReferentInnen in Lehrveranstaltungen, auf Rekrutierungsveranstaltungen, aber auch als Lehrpersonal.

Die Military Studies in Potsdam sind dabei der bislang weitestgehende Vorstoß: Dieser Studiengang wurde in Kooperation mit der Bundeswehr konzipiert und wird zum Großteil durch SoldatInnen durchgeführt. Prüfungen werden durch SoldatInnen der Bundeswehr abgenommen und als Praktikum-Stellen werden insbesondere bundeswehreigene Institute wie das Militärgeschichtliche Forschungsamt und das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr in Straussberg empfohlen. Der neue Personalbedarf an der Schnittstelle zwischen Militär und anderen Organisationen wie Medien, Archiven, Hilfsorganisationen und Verwaltungen, der zu Zeiten vernetzter Sicherheitskonzepte immer größere Bedeutung gewinnt, soll hier ausgebildet werden. Bisher trifft das Militär oft auf skeptische bis kooperationsunwillige MitarbeiterInnen in den Organisationen, die sie in ihre Militärstrategien einbinden wollen. Einige regierungsnahe US-Hilfsorganisationen sind deshalb schon dazu übergegangen, bei der Personalauswahl die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Militär zur Bedingung zu machen. Die Military Studies sind ein Baustein zur Vernetzung verschiedenster gesellschaftlicher Institutionen, die in militärische Strategien eingebunden werden sollen. Die zu knappe Ausstattung der deutschen Hochschulen mit Lehrpersonal wird ausgenutzt, um die Lehrtätigkeit von Bundeswehrpersonal, das nicht von den Hochschulen bezahlt werden muss, als Vorteil zu verkaufen.

Auch an anderen Hochschulen gibt es ProfessorInnen oder andere Lehrkräfte, die gleichzeitig – mitunter leitende - Stellen bei

Bundeswehr-Instituten innehaben. So etwa Prof. Dr. Angelika Dörfler-Dierken, die Projektleiterin am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr und gleichzeitig Professorin an der Universität Heidelberg ist. Studierende können vielerorts bereits Scheine in Veranstaltungen von Bundeswehrangehörigen machen, beispielsweise im Studiengang Mediendesign der Universität der Künste in Berlin, am Euro-Business-College Berlin, an der Universität Erfurt und am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg.[1] Nicht überall sind es gleich ganze Seminare. Andernorts werden jedoch Jugendoffiziere und andere Angehörige der Bundeswehr zu Vorträgen geladen oder es wird das Simulationsspiel POL&IS (Planspiel Politik und Internationale Sicherheit) angeboten. Studierende schlüpfen in die Rolle der Akteure, die Konflikte militärisch regeln sollen – möglichst ohne im Atomkriegsinferno zu enden. Um die Intensität der Erfahrung zu erhöhen, wird sich in der Regel für ein Wochenende in ein Seminarhaus zurückgezogen.

Weniger offensichtlich und doch sehr weit verbreitet ist die Tätigkeit von Reservistenverbänden an den Universitäten. Ihr ausdrückliches Ziel ist es, das Militärische im Wissenschaftsbetrieb zu enttabuisieren und zu normalisieren. Die Diskussion militärischer Fragestellungen soll verstärkt und eine junge sicherheitspolitische Gemeinschaft etabliert werden. Vorhandenes Wissen und existierende Potentiale sollen für aktuelle und zukünftige Militäroperationen vernetzt und nutzbar gemacht werden.

An mindestens 40 Universitäten ist der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) tätig. Eine effiziente „Strategic Community“ mit Blick auf die neue (aggressive) Außen- und Sicherheitspolitik soll entwickelt werden. Dazu führt der BSH Seminare und Tagungen durch und beteiligt Nachwuchswissenschaftler an sicherheitspolitischen Forschungsprojekten und Publikationen. Die Kooperation zwischen Wissenschaft, Politik, Militär und Industrie soll ebenso gefördert werden wie auch die gesellschaftliche Integration der Bundeswehr. Während der BSH als eine direkte Tochterorganisation der Reservisten der Bundeswehr auftritt, versucht der Außen- und Sicherheitspolitische Arbeitskreis (ASS) autonomer vom Reservistenverband zu erscheinen. In der Leitung des ASS befinden sich jedoch hochrangige Reservisten. Auch wurde gemeinsam mit dem Reservistenverband das „Praxis-Handbuch Energiesicherheit“ herausgegeben, das eine Handreichung für eine PR-Kampagne für die militärische Absicherung der deutschen Energieversorgung darstellt. Dort finden sich u. a. solche Formulierungen: „Der Kampf um die knapper werdenden Energierohstoffe verändert unseren Lebensalltag massiv. Strom sparen allein reicht nicht, um in Deutschland und Europa im künftig mit Härte und Gewalt geführten Wettbewerb um Ressourcen, Verteilung und Transport zu bestehen. Wir müssen die Bevölkerung sensibilisieren. Beim extremen Energiehunger der stetig wachsenden Bevölkerung ist die Energiefrage nicht mehr allein unter Aspekten der Wirtschafts- und Umweltpolitik zu beantworten - vielmehr ist es wesentlicher Bestandteil der Außen- und Sicherheitspolitik.“[2] Erst im Mai 2009 konstituierte sich die Akademische Gesellschaft für sicherheitspolitische Kommunikation (AGfsK). Diese Gesellschaft arbeitet eng mit dem militärischen Bereich „Operative Information“, sprich der psychologischen Kriegsführung, zusammen. Konkret ist die Akademie für Information und Kommunikation (AIK) der Bundeswehr der Kooperationspartner dieser neuen Studierendenorganisation unter Leitung von Reservisten. Ihre Veranstaltung, die beispielsweise die Beurteilung von Bedrohungsszenarien zum Inhalt hat, führen sie in enger Kooperation mit dem Militär durch.[3]

Es ist gut zu wissen, dass nicht jede dieser Veranstaltungen und Auftritte von Uniformierten an Hochschulen ungestört stattfinden können. In Kassel wurde im Mai 2008 ein Bundeswehroffizier und der ihn begleitende Rüstungsindustrievertreter von EADS erfolgreich vertrieben. Der Werbestand der Bundeswehr auf einer Berufsmesse in Köln wurde im November 2009 vom Decont Team, einer „antimilitaritischen Selbsthilfegruppe“, von den BesucherInnen abgeschirmt, um diese vor der Infizierung mit dem „Virus militaris“ zu warnen und zu schützen. Im Januar 2010 folgten 500 Personen dem Aufruf des Freiburger Bildungsstreikbündnisses zu einer Demonstration unter dem Motto „Bundeswehr raus aus dem Klassenzimmer! - Gegen die Zusammenarbeit von Schule und Militär“, um gegen die Vereinnahmung der Bildung bereits im SchülerInnenalter zu protestieren. Im Aufruf steht: „Die Bundeswehr darf nicht als Bildungsinstitution aufgewertet werden. (...) Es darf nicht zugelassen werden, dass SchülerInnen die Weltsicht der Bundeswehr vermittelt wird. Werbung für die Bundeswehr und Legitimation von Waffengewalt haben in öffentlichen Bildungseinrichtungen nichts zu suchen.“

Viele andere Beispiele könnten genannt werden. Am besten produziert ihr selber weitere.

3 Militarisierte Denkweisen

Mit der Abhängigkeit von Drittmittelforschung im Auftrag von Bundeswehr und Rüstungsindustrie sowie der Lehrtätigkeit von Bundeswehrangehörigen an den (zivilen) Hochschulen wird nicht nur die Hemmschwelle zur Beteiligung an kriegsrelevanten Projekten gesenkt. Es verändern sich auch Denkweisen. Das Militär präsentiert sich als selbstverständlicher Akteur und vermeintlicher Problemlöser für eine breite Palette grundlegender globaler Probleme. Dies lässt sich zunächst anhand des NATO-Forschungsprogramms „Science for Peace and Security“ (SPS) zeigen. In diesem Forschungsprogramm geht es nicht um die klassische Wehrforschung und Technologieentwicklung. Es geht um Themen wie Umweltsicherheit, die globale Verwüstung, Verschmutzung mit Giften und Radioaktivität, Erdbebengefahr und Zugang zu Wasser. Auch Ernährungssicherheit und die Bereitstellung und Sicherheit von Computernetzwerken werden hier mit Forschungsgeldern gefördert. Selbstverständlich fehlt auch nicht die Verteidigung gegen Terrorismus in diesem Programm. Zivile Forscher von Universitäten oder anderen Einrichtungen können aus einem üppigen Topf Forschungsgeld für vorgegebene Projektbereiche beantragen. Ausdrücklich steht die praktische Kooperation mit der zivilen Wissenschaft im Vordergrund. Deren Potentiale und Effizienz sollen für die Ziele der NATO genutzt und das NATO-Image als praktischer Problemlöser aufgebaut werden, so die selbst gesteckten Ziele.

Die Hauptbetroffenen von den globalen Umweltproblemen oder mit Bedarf an Computernetzwerken sind jedoch ausgeschlossen von der Förderung einer Forschung, zu der sie als RegionalexpertInnen und Betroffene einen besonders engagierten Zugang hätten. Denn die Gelder stehen nur WissenschaftlerInnen aus NATO-Staaten und Partnerländern der NATO (einschließlich

1 Vgl. Nagel, Sarah: Hochschulen forschen für den Krieg, in: AUSDRUCK (Juni 2009), S. 1-6.

2 Sechs Antworten zum „Praxishandbuch Energiesicherheit“, Reservistenverband: http://www.reservistenverband.de/61509.php

3 Vgl. German Foreign Policy von 29.04.2009 und 04.05.2009.

Demnächst den Seminarschein vom Oberst? Hörsaal Campus Westend der Uni Frankfurt. Foto: Goehte-Uni, Wikimedia.

Ländern des Mediterranen Dialogs: Israel, Jordanien, Ägypten, Algerien, Marokko, Tunesien, Mauretanien) zur Verfügung. Es gibt auch kein Interesse an der Forschungsperspektive aus den armen Ländern des globalen Südens, denn die Interessenlage der geförderten Forschung ist eindeutig formuliert: Es geht um die Sicherheit Europas und Nordamerikas, für die geforscht werden soll.

Das Beispiel der Forschung zur Ernährungssicherheit macht deutlich, wie das gemeint ist: Nicht an der Gewährung des Grundrechts auf Nahrung für alle Menschen der Erde soll hier gearbeitet werden. Schließlich hungern weltweit eine Milliarde Menschen. Stattdessen geht es um die Forschung für die Sicherheit der Nahrungswege nach Europa und Nordamerika. Mögliche Bedrohungen seien Giftstoffe durch unsachgemäße Handhabung oder terroristische Angriffe.

Auch bei den Umweltproblemen geht es nicht um die Behebung der Ursachen und die grundlegende Veränderung bestehender Wirtschaftspraktiken oder bspw. der Naturbelastungen durch das Militär. Im Vordergrund stehen neben oberflächlichen Hilfsmaßnahmen für Betroffene, wie beispielsweise die Information über die Wirkung von Giftstoffen, vor allem die Kontrolle und Eindämmung der Folgen der produzierten Umweltkatastrophen in Form von globalen Migrationsbewegungen und Aufständen. Gerade haben wir in Haiti erlebt, wie die Überlebenden der Erdbebenkatastrophe rebellieren, weil ihnen seit Jahrzehnten nicht geholfen wurde. Die Antwort ist die Besetzung und Kontrolle der Insel durch das US-Militär. Hauptmotivation der USA ist dabei, eine Flüchtlingswelle zur nahe gelegenen US-Küste aufzuhalten. Die Kontrolle des Flughafens von Port-au-Prince durch das US-Militär führte zur Verstärkung der Empörung der Bevölkerung aufgrund der Behinderung von Hilfslieferungen, denn die einzige Landebahn wurde zunächst für die Ausreise von US-Bürgen genutzt. Hilfslieferungen, etwa ein aufblasbares Lazarett von „Ärzte ohne Grenzen", wurde die Landeerlaubnis verweigert. Sie wurden auf Nachbarinseln umgeleitet.[4]

Dazu gibt es im NATO-Forschungsprogramm einen eigenen Bereich, der sich mit menschlichen und gesellschaftlichen Dynamiken beschäftigt. Regionale Spannungen und Gewalt, Plünderungen und Aufstände – ausgelöst durch Umweltschäden oder Wirtschaftskrisen - werden dort als reines Sicherheitsproblem behandelt. Das Verhalten der Betroffenen in solchen Situationen soll verstanden und militärisch kontrolliert werden. Richtet sich die Rebellion gegen die Verursacher aus den reichen westlichen Staaten oder deren lokale Partner, beispielsweise gegen Wirtschaftsunternehmen oder das Militär, so werden die Beteiligten als Terroristen bewertet. Die Bekämpfung von Terrorismus rechtfertigt schließlich beinahe alle Mittel der Repression und zeitlich unbegrenzte militärische Einsätze. Wie weit der Terrorismusverdacht greift, zeigt ein im Rahmen des Science for Peace and Security (SPS) NATO-Programms im März 2010 durchgeführter Workshop: Dieser behandelt die „Vorhersage von Opposition gegen westliche Modernität und der Identifizierung mit Terrorismus unter jungen Europäischen Immigranten."[5]

Auf einer NATO-Tagung über Umweltsicherheit im März 2008 machte ein NATO-Offizier (LTC Tohmas Brevick, Branch Head Strategic Analysis/ Intelligence Sub-Division) eine Zukunftsprognose, deren Ziel es war, militärische Planungen zu unterstützen. Zu den Bereichen, die er als Risiken für das Jahr 2025 voraussagte, gehören Extremismus und Terrorismus, illegale Migration und das Nachlassen der Wirkung von Gesetz und Ordnung. Im Ergebnis beschreibt er die Energiesicherheit (des Nordens), die Angreifbarkeit von Computernetzwerken sowie die globale Ausbreitung von Epidemien als Probleme. Der Immigrationsdruck als Folge des Klimawandels und das dadurch vergrößerte Risiko sozialer Unruhen gehören zu den Schlüsselbedrohungen. Terrorismus wird vielfältig und beinahe überall vermutet. Unbemannte militärische Einsatzmöglichkeiten (Drohnen) sollen wichtige Veränderungen der Kriegsführung bringen.

Auch in der EU wird gezielt an der Veränderung des Sicherheitsverständnisses gearbeitet. Entsprechend der neuen Aufgaben der Bundeswehr und der europäischen Sicherheitspolitik als glo-

4 Vgl. Marischka, Christoph: Eindimensionales Sicherheitsdenken in Haiti oder: Die bejubelte Invasion, in: AUSDRUCK (Februar 2010), S. 5-7.

5 Calender of NATO-Funded Events, 04.03.2010: http://www.nato.int/science/calendar/current-calendar.pdf.

bale militärische Akteure, müssen Bewusstsein und Denken der Menschen verändert werden. Auf die derzeit noch bestehende Ablehnung von militärischen Auslandseinsätzen und die Skepsis gegenüber dem Ausbau von Kontrolle und Überwachung nach innen reagiert das Sicherheitsforschungsprogramm der EU. Forschungsgelder werden hier im großen Rahmen ausgeschrieben.

Eines der zuletzt ausgeschriebenen Projekte besteht darin, eine Verhaltensanalyse zu machen, um ein Rahmenwerk für die zu entwickelnde Europäische Sicherheitskultur vorzuschlagen. Die Ausrichtung wird gleich mit vorgegeben: Ausdrücklich geht es um die Akzeptanz für innere Aufrüstung und Überwachung. Angesichts zunehmender Überwachungsmaßnahmen soll Vertrauen in Verwaltungsautoritäten und die Polizei entwickelt werden sowie ein Verständnis von Sicherheit als Service statt eines Verlustes von Freiheiten.

Eine solche Ausrichtung der EU-Forschungsförderung im Bereich Sicherheit mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Veränderung von akzeptierten Denkweisen wird durch ein Gremium entschieden, das sich in der überwiegenden Mehrzahl aus Vertretern der Rüstungsindustrie (für Deutschland: EADS, Diehl, Siemens, Fraunhofer Gesellschaft) und der Sicherheitsorgane (Polizei und Militär) zusammensetzt.

Angesichts dessen verwundert es auch weniger, dass die Erforschung von Dual Use-Technologien, also solche mit sowohl zivilem als auch militärischem Nutzen, im (zivilen) EU-Sicherheitsforschungsprogramm erwünscht ist. Koordinierungsmechanismen durch die Europäische Verteidigungsagentur werden zugesichert. Dual Use ist gewöhnlich ein Ethikproblem, denn zivile Forschung sollte nicht für Kriegshandlungen, die Menschen gefährden, verwertet werden. Um ethischen Bedenken zu begegnen, wird der EU-Forschungsausschreibung gleich die Erläuterung des Ethikverständnisses beigefügt. Dort heißt es, dass zur Verhinderung eines Missbrauchs von Forschungsergebnissen ein Aufsichtsgremium eingerichtet werden sollte. Allerdings werden als unerwünschte Nutzer des Wissens nicht etwa das Militär, sondern Kriminelle und Terroristen benannt. Fazit: Ausdrücklich wird hier also die Trennung zwischen ziviler Sicherheitsforschung und militärischer Verteidigungsforschung aufgehoben. Denkweisen, die das Militär als praktischen, alltäglichen Problemlöser und als Normalität begreifen, werden so durchgesetzt. Andere Umgangsweisen mit Umweltproblemen oder Armut werden marginalisiert.

Der Ausbau Europas zur militärisch agierenden Supermacht, der sich auch in der beschriebenen Forschungsförderung niederschlägt, bleibt nicht unwidersprochen. Insbesondere gegen die militarisierte Flüchtlingsabwehr an den Außengrenzen Europas, mit einem Schwerpunkt im Mittelmeerraum, werden seit Jahren Veranstaltungen, Demonstrationen, Camps und andere Aktivitäten organisiert.

Der NATO wird noch viel weniger ihr Versuch zum Image-Aufbau als Helfer für globale Probleme abgenommen. Die neuen Strategien dieses Militärbündnisses mit einer langen, aggressiven Geschichte werden als brutale Durchsetzung westlicher Interessen mit globalem Kontrollanspruch abgelehnt. Entsprechend wurde der deutsche Ex-General Klaus Naumann, ehemals auch Chef des NATO-Militärausschusses und strategischer Vordenker des Bündnisses, bei einem öffentlichen Auftritt Anfang 2009 in Bremen mit Schuhen beworfen. Das NATO-Gipfeltreffen zum 60-jährigen Bestehen des Kriegsbündnisses im April 2009 führte zu tagelangen Protestaktivitäten und einer Demonstration, an der sich weit über zehntausend Menschen aus ganz Europa und aus anderen Kontinenten beteiligten.

Bilder der schwarzen Rauchsäule von der in Brand gesetzten ehemaligen Grenzstation an der Europabrücke gingen um die Welt – eine Antwort auch auf die massiven Behinderungen und Einreiseverbote gegen NATO-GegnerInnen.*

4 Epistemische Gewalt

Wie ich bereits ausgeführt habe, sind WissenschaftlerInnen aus dem globalen Süden - und damit aus den am meisten von den Problemen und den zu entwickelnden Strategien betroffenen Gebieten - ausgeschlossen von der Beteiligung an dieser im großen Rahmen durch Drittmittel geförderten Forschung. Auch deutlich wurde bis hierher bereits, dass die Ziele und das Verständnis von Sicherheit in Drittmittel-Forschungsprogrammen durch Rüstungsindustrie und Militärvertreter festgelegt werden (dabei gehört die Stärkung der Rüstungsproduktion explizit zum Rahmenwerk). Forschungen mit einem anderen Blickwinkel als dem, der auf Rüstung und Militäreinsatz setzt, werden zunehmend an den Rand gedrängt. Dass das funktionieren kann, hat mit der Verknüpfung der Wissensproduktion mit den Machtverhältnissen zu tun. Die Unterfinanzierung der Hochschulen und die damit wachsende Abhängigkeit von Drittmitteln finanzstarker Auftraggeber ist ein wichtiger Aspekt, aber auch nicht alles.

Im weiteren Verlauf werde ich deshalb einige Aspekte der nötigen Auseinandersetzung mit Theorien, Begriffen, Epistemologie und Methoden im Bereich von Internationaler Politik darlegen. Dies kann hier jedoch nur in kurzen Einzelaspekten und nicht in die Tiefe erfolgen.

Zur Aufrechterhaltung der klassischen Disziplin der Internationalen Beziehungen wird auf die Einhaltung diskursiver Begrenzungen geachtet. Das Denkbare wird so als normal und rational festgelegt.[6] Radikale und umfassende Kritik an dieser Herangehensweise kommt insbesondere aus der feministischen Theorie und aus dem Postkolonialismus. Eine Kritik, die beides zusammenfasst und ein eigenes Modell vorschlägt, möchte ich hier zur Verdeutlichung vorstellen: Worldism.

Prof. Lily Ling von der New School in New York City hat ein Konzept der Postkolonialen Internationalen Beziehungen entworfen und gemeinsam mit Dr. Anna M. Agathangelou von der York University, Kanada, zum Konzept Worldism weiterentwickelt.[7] Worldism wurde aus einer radikalen und umfassenden Kritik an der gegenwärtigen Disziplin der Internationalen Beziehungen entwickelt. Die darin dominierenden Theorieansätze (Neo-)Realismus und (Neo-)Liberalismus, das positivistische Wissenschaftsverständnis und der Universalitätsanspruch von Theorie werden kritisiert. Singuläre Erklärungsansätze für Weltpolitik, zumal aus einer westlichen, patriarchalen und kolonialen Perspektive, und die durch diese angeleitete Praxis werden abgelehnt. Diese Kritik beinhaltet die Begriffe für die Beschreibung von Weltverhältnissen (Ontologie), die anerkannten Regeln für die Produktion gültigen Wissens (Epistemologie), die Methoden und Techniken für Forschungsprojekte, das Selbstverständnis der Forschenden und das Verständnis von relevantem Quellenmaterial. Diese Kritik der Epistemologie werde ich jetzt etwas genauer vorstellen.

6 Bleiker, Roland: Forget IR theory. In: Alternatives-social Transformation And Humane Governance, Vol. 22/1997, S. 57-85.

7 Agathangelou, Anna M. / Ling, L. H. M.: The House of IR: From Family Power Politics to the Poisies of Worldism, in: International Studies Review, 6/2004, S. 21-49.

* Redaktionelle Anmerkung: Die hier vertretene Auffassung bzgl. dieser Protestaktion wird von der Informationsstelle Militarisierung nicht geteilt.

Bild von der Protestaktion gegen den SFB 700 an der FU Berlin vom 12.11.2008, Foto: Björn Kietzmann

Wie für jede andere Disziplin werden Regeln für intellektuellen Austausch festgelegt und Methoden, Techniken und Instrumente definiert, die als angemessen für die Wissensgenerierung gelten.

So heißt es in einem Standard-Lehrbuch für Forschungsmethoden in der Internationalen Politik (Gary King, Robert O. Keohane, Sidney Verba), dass für das Herausfinden der „Fakten" über die „reale Welt", „gültige Zusammenhänge durch das systematische Benutzen der anerkannten Regeln und Abläufe für Forschungen" gesucht werden müssen. Nur wer sich diesen Regeln fügt, soll Zugang zur anerkannten Wissensproduktion im Bereich von Weltpolitik erhalten.

Nach diesen anerkannten Regeln positivistischer Forschungsprozesse ist die Person des Forschers neutral und distanziert vom Objekt der Forschung. Entsprechend wird der in der Regel weiße, westliche Forscher, der (vermeintlich) nicht in einen Konflikt involviert ist, als besser befähigt verstanden, die Realitäten in den Konfliktregionen der Welt - in der Regel in den ehemaligen Kolonialgebieten - zu durchschauen und zu ordnen als die Betroffenen, die dort leben. Ausdrücklich gelten die Beschreibungen und Interpretationen der Betroffenen des zu erforschenden Aspektes z.B. von Kriegsverhältnissen als zu involviert, um gültige, „objektive" Aussagen zu machen.

Dem entgegen formulieren Agathangelou und Ling ein Verständnis von Forschung, in dem subjektive Aussagen und intersubjektive Austauschprozesse im Forschungsprozess zur Grundlage genommen werden. Sie sehen es als Dringlichkeit an, die Stimmen der vielen lokalen Gemeinschaften der Welt zu hören, deren Verständnis ihrer Lebenssituation und der Zusammenhänge der erdrückenden Rahmenbedingungen. Die handelnden Menschen, die hinter allen Konzepten und materialisierten Institutionen stehen, sollten sichtbar gemacht werden – unter Beachtung der vorhandenen Machtungleichgewichte. Sie schlagen eine dialogische Forschung vor, die Prozesse und Anliegen beschreibt.

Die Geschichten, in denen sich besonders viel Wissen über die Lebensbedingungen, die Wünsche und Sehnsüchte der Menschen wieder findet, sind fiktionale Texte wie auch Gedichte. Entsprechend verstehen Agathangelou und Ling diese fiktionalen Texte als wichtige Quellen für die Wissensaneignung im Austausch zwischen den verschiedenen weltweit vorhandenen Beschreibungen von Weltverhältnissen.

Agathangelou und Ling kritisieren die westliche Epistemologie mit ihrem Universalitätsanspruch als eurozentristisch. Dem setzen sie nicht eine neue Totalität entgegen. Stattdessen betonen sie die vielen bereits vorhanden und im Austausch und Konflikt miteinander stehenden weltweiten Wissensformen. Die Machtverhältnisse drücken sie in diesen Beziehungen aus: Lokale Wissenssysteme beispielsweise in Asien und Regionalwissenschaften erfahren eine Marginalisierung durch die zugewiesene Stellung als Zuträger von Spezialwissen. Die Wertschätzung liegt dagegen bei der Theorie-Entwicklung, die eindeutig in den westlichen Universitäten und für Weltpolitik eindeutig bei der Kerndisziplin der Internationalen Beziehungen verortet wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Methoden der Wissensproduktion herrschaftssichernd wirken. Im historischen Kolonialismus wurde noch deutlich formuliert, dass lokale Wissenssysteme und -traditionen Hindernisse darstellen, die zugunsten einer so genannten „unabhängigen", modernen Wissenschaft überwunden werden müssen.[8] Für die Fortsetzung dieser Praxis in der heutigen Zeit ist dies jedoch überhaupt nicht mehr erforderlich. Denn die Regeln sind bereits weltweit durchgesetzt – bis auf die wenigen ForscherInnen, die dem widersprechend andere Wege suchen – und dafür oft auf Anerkennung, gut bezahlte Stellen und Förderungen verzichten müssen. Und es sind immer wieder die globalen sozialen Bewegungen, die von außen auf den Elfenbeinturm wirken und Veränderungen durchgesetzt haben. Beispielsweise indem sie bestimmte Forschungsfragen zu einem nicht mehr zu ignorierenden (Streit-)Thema machen („Ist der IWF noch von Bedeutung?").

5 Konfliktforschung als Kriegsforschung

Der Bereich der Friedens- und Konfliktforschung ist eigentlich ein Forschungsgebiet, das sich in ganz besonderem Maße der friedlichen Lösung von Konflikten verpflichtet fühlen sollte. In ihrer Anfangszeit war dies auch noch durchaus der Fall. In der Zwischenzeit ist eine zunehmende Ausrichtung auf die Zuarbeit zur herrschenden Kriegspolitik zu konstatieren.

5.1 SFB 700: Globale Regierbarkeit ermöglichen

Der Sonderforschungsbereich (SFB) 700 ist ein Verbund von Berliner Universitäten und Instituten sowie der Universität Potsdam mit dem Titel „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit". Dabei handelt es sich um ein bestens ausgestattetes, mehr als 50 WissenschaftlerInnen umfassendes Projekt, das auf zwölf Jahre angelegt ist und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wird.

8 Singer, Mona: Geteilte Wahrheit. Feministische Epistomologie, Wissenssoziologie und Cultural Studies, 2005, S. 221.

Das Konstrukt der Failed States ist zu einem Lieblingsbegriff der Internationalen Politik und von Konfliktforschung geworden. Der SFB 700 macht damit nach eigenen Angaben Zweidrittel der Welt zu seinem Forschungsgegenstand. Die Herstellung von Regierbarkeit ist dabei sein Forschungsziel. Es geht um Steuerungsprozesse durch Einbeziehung weiterer Akteure in Konzepte der Kooperation mit – zumindest aus westlicher Sicht - unvollständig funktionsfähigen Staatsapparaten. Ausdrücklich gehören private Wirtschaftsunternehmen, Söldnertruppen, Warlords und andere lokale Machthaber zu diesen einzubeziehenden Akteuren. An sie soll die Ausführung staatlicher Funktionen wie die Herstellung von Sicherheit oder von Versorgungsleistungen mit Allgemeingütern wie Wasser, Bildung und Gesundheit übertragen werden. Dass bekanntermaßen bei privatwirtschaftlicher und damit profitorientierter Bereitstellung dieser Güter nicht mehr alle versorgt werden, sondern der ärmste Teil der Bevölkerung unversorgt bleibt, spricht für die SFB 700-ForscherInnen nicht gegen dieses Modell. Es findet eine Öffnung zum Ausschluss statt. Kollektive Güter sollen nach den Vorstellungen der SFB 700-Forscher nur mehr „für eine bestimmte soziale Gruppe" bereitgestellt werden.[9] Dahinter steht der alles dominierenden Pragmatismus zur Herstellung von Regierbarkeit. Dafür wird der Anspruch verworfen, zur Gesellschaft könnten prinzipiell alle gleichermaßen gehören, denn mit „entweder alle oder niemand" käme man nicht weiter.

Um Steuerungswissen zu generieren, wird als ein eigener Forschungsbereich das historische Colonial Governance ausgewertet. In den Kolonien musste eine begrenzte Anzahl von Kolonialverwaltern mit sehr kleinen bewaffneten Unterstützungstruppen große Gebiete kontrollieren und die wirtschaftliche Ausbeutung gewährleisten. Dies konnte unter anderem nur durch die ungleiche Kooperation mit einflussreichen lokalen Eliten funktionieren. Die Auswertung dieses historischen Wissens soll „Anregungen für die weitere Konzeptualisierung von Governance (…) geben"[10], anwendbar in den heutigen Räumen begrenzter Staatlichkeit. Obwohl somit vorgeblich ein „relativ breites Spektrum von Akteuren"[11] in die Analysen integriert wird, bleiben die antikolonialen Kämpfe außen vor. Aufstände, Eigensinnigkeit und Kämpfe um Befreiung werden nur als Störung dessen erwähnt, was als koloniale Governance ausgewertet wird. Sie werden zu Beeinträchtigungen umgewertet. Stattdessen findet eine Orientierung auf die lokalen Eliten hin statt, die als Garanten „informeller" Governanceleistungen eingebunden werden.[12] In konsequenter Fortführung wird auch für die heutigen Verhältnisse in den Regionen über die geforscht wird (Zweidrittel der Welt), nicht auf die Anliegen und Vorschläge gegenwärtiger Kämpfe um Rechte und Gerechtigkeit, gegen Fremdbestimmung und gegen die Auswirkungen kapitalistischer Globalisierung geachtet. Das dort gesammelte Wissen und die entwickelten Ideen werden abgewertet. Dieses Wissen ist kein Bezugspunkt, mit dem sich auseinander gesetzt wird. Im Gegenteil: ein Wissen nicht von, sondern über diese widerständig handelnden Menschen ist allein relevant, um Strategien der Aufstandsbekämpfung zu verbessern.

9 Risse, Thomas/ Lehmkuhl, Ursula (Hrsg.): Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit, 2007, S. 20.

10 Leutner, Mechthild: Kooperationsnetze und Akteure im semi-kolonialen China, 1860-1911, in: Risse/ Lehmkuhl 2007, S. 172-173.

11 Ebd., S. 161.

12 Hartmann, Detlef: Für eine postmoderne Erneuerung des antikolonialen Kampfes, in: Failing Sciences, Embedded Stakeholders. Wider den SFB 700, http://fachschaftsinitiativen.files.wordpress.com/2009/01/embedded-stakeholders1.pdf, 2009.

Dass dies auch die Forscher des SFB 700 in Person tun, dafür stehen Jan Koehler und Christoph Zürcher. Diese beiden Wissenschaftler nahmen parallel zu ihrer SFB 700 Afghanistan-Studie einen Auftrag „für den Dienstgebrauch" des Verteidigungsministeriums (BMVg) an. In diesem militärischen Auftrag ging es um die Optimierung von Akzeptanzstrategien für den Bundeswehreinsatz innerhalb der afghanischen Bevölkerung. Problematische und unproblematische Dörfer wurden von Militärexperten ausgewählt und gegenübergestellt. Die Untersuchung sollte Hinweise geben, wie der Ablehnung und dem möglichen Widerstand, der aus den problematischen Dörfern befürchtet wird, entgegen gearbeitet werden kann.

5.2 Embedded scientists

Das letzte Beispiel von der Mitarbeit an staatlichen Universitäten beschäftigten Sozialwissenschaftlern an der Erarbeitung und Optimierung militärischer Konzepte ist ein Ausdruck der neuen Militärstrategie der vernetzten Sicherheit. Um die intervenierten Gebiete in die Tiefe durchdringen und dauerhaft kontrollieren zu können, braucht die Bundeswehr (wie auch das US-Militär usw.) Ethnologen, Soziologen, Regional- oder auch ReligionswissenschaftlerInnen, die bereitwillig kulturelle und lokale soziale Gefüge für die Optimierung eines Kriegseinsatzes erforschen. So schrieb das Verteidigungsministerium Anfang 2010 etwa eine Stelle als „Interkultureller Einsatzberater" in Afghanistan aus: „In ihren Einsätzen im Ausland hat sich die Bundeswehr darauf einzustellen, in einem fremden kulturellen Umfeld zu operieren sowie Kontakt zur dortigen Bevölkerung und zu Entscheidungsträgern aufzunehmen. Daher sind Kenntnisse über die Strukturen und soziokulturellen Rahmenbedingungen des Einsatzlandes zwingend erforderlich. Um dies sicherstellen zu können, werden zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesucht. (…) Interkulturelle Einsatzberaterinnen/Interkulturelle Einsatzberater beraten im Einsatz militärische Entscheidungsträger und unterstützen so deren Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit in einem fremden kulturellen Umfeld", hieß es in der damaligen Stellenausschreibung, die mittlerweile wieder aus dem Internet verschwunden ist. Gleichzeitig sucht die zivile, staatliche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), eine Organisation der Entwicklungshilfe, für das gleiche, von der Bundeswehr kontrollierte Gebiet im Norden Afghanistans, einen „Komponentenleiter (m/w) Stabilisierungsfonds" für den sofortigen Einsatz. Wie bereits in staatsnahen US-Entwicklungsorganisation üblich, wird in dieser Ausschreibung für eine zivile Position, in der es zudem u. a. um den „Aufbau von einheimischen Kapazitäten im Bereich der gewaltfreien Konfliktbearbeitung" geht, die „Zusammenarbeit mit militärischen Dienststellen (CIMIC)" ausdrücklich festgelegt. In CIMIC-Strategien dominiert die militärische Zielsetzung. Die Kooperation mit Organisationen der Entwicklungshilfe und die Einbindung von Sozialwissenschaftlern dient vorrangig der Informationsbeschaffung aus den Kontakten zur lokalen Bevölkerung, um damit Kriegshandlungen zu optimieren.

5.3 Die Verantwortlichkeit der KonfliktforscherInnen

Accountability, oder: Verantwortlichkeit, muss ein Kriterium sein, das an wissenschaftliche Tätigkeit gestellt und angenommen wird – vertrete ich. Dabei kann ich auch auf von Agathangelou und Ling formulierte Kriterien verweisen, die fordern zu fragen: „Was denken/machen/sind wir, auf wessen Kosten und warum?

Die Bedeutung und Absicht von Macht zu erfragen, sollte uns bewegen."[13]

Gerade die Friedens- und Konfliktforschung ist vom Selbstverständnis her immer eine einmischende Wissenschaft gewesen. War das in den 1970er und 1980er Jahren noch mit Bezug auf die Friedensbewegung praktiziert worden, so kann die heutige Friedens- und Konfliktforschung eher an der Seite der Regierungspolitik gefunden werden. Beispielhaft steht dafür das einmal jährlich herausgegebene Friedensgutachten, das ein im wissenschaftlichen Arbeitsfeld ansonsten unübliches Gemeinschaftswerk der fünf führenden deutschen Friedensforschungsinstitute darstellt. Es geht um Einmischung und die Unterbreitung von Vorschlägen, wie bei der Vorstellung des aktuellen Gutachtens (2009) formuliert wurde. Sie sagen auch eindeutig, wo sie „Vorschläge und Empfehlungen für die politische Praxis" (Vorwort) machen wollen: „Auch in diesem Jahr stellen wir das Friedensgutachten nicht allein hier auf der Bundespressekonferenz vor, sondern auch in den Bundestagsausschüssen für Auswärtiges, Verteidigung und Entwicklungspolitik sowie zu einem späteren Zeitpunkt in Brüssel." Sie wollen also mitmischen in der Sicherheitspolitik, die als vernetzte Sicherheit zwischen Außen-, Entwicklungs- und Militärpolitik unter Einbeziehung von Sozialwissenschaftlern funktioniert. Nicht zufällig decken sich die Fragestellungen: Während die Regierungs- und Parlamentsdebatten einen Ausweg aus dem Dilemma in Afghanistan suchen und keine Niederlage zugeben wollen, befasst sich das aktuelle Friedenshandbuch mit dem Schwerpunkt „Wie beenden wir Kriege?" - Interessant dabei auch das „wir" in der Frageformulierung: Die ForscherInnen nehmen damit die Perspektive der politischen Entscheider und Kriegführenden ein und werfen hierdurch jegliche – einstmals in ihrem Metier durchaus vorhandene – staatskritische Haltung über Bord.

5.4 Dogma: Staatsaufbau

Die Friedensforschung hat sich weit von ihrer anfänglich vorhandenen Verwurzelung in sozialen Bewegungen entfernt. Die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen von Forschungsinstituten gehen nicht so weit, dass sich auch nur eines in Opposition zur neuen Rolle Deutschlands und Europas als globale militärische Akteure stellen würde. Die Forschungen fragen eher nach dem „Wie" von Kriegsbeteiligungen und Besatzungsregimen und stellen diese nicht grundsätzlich in Frage. Die gesellschaftlich vorhandene Ablehnung dieser Interventionskriegspolitik wird aus den Forschungsprogrammen ausgelassen, so als würde es die Kritik von feministischen und postkolonialen ForscherInnen, von kritischen PolitikwissenschaftlerInnen, von linken und linksradikalen politischen BasisaktivistInnen und von der Friedensbewegung nicht geben.

Allen Friedensforschungsinstituten als ein zentrales Grundproblem gemeinsam ist die Beschreibung von zerfallender Staatlichkeit. Seit der Theorie der Neuen Kriege (Mary Kaldor, Herfried Münkler) wird nicht mehr gefragt, welche strukturellen Ursachen ein Konflikt aufweist. Besonders ist die globale Handels- und Verteilungspolitik ebenso zu nennen wie welche historischen Entwicklungen hinter heutigen Konflikten und Gewaltformen in weiten Regionen des Globus stehen. Hier ist insbesondere an die Zerstörung lokaler Gesellschaftsorganisationen und ökonomische Ausplünderung durch die Kolonialmächte zu denken. Heutige Diskurse auf Basis der Theorie der Neuen Kriege oder vereinfachend reduziert auf den Begriff „Failed States" beschreiben den Gewaltkonflikt allein als lokal begründet. Stichworte sind: ethnische Konflikte, Warlords, Kriegsökonomien, zerfallender Staat, Menschenrechtsverletzungen, fehlendes Gewaltmonopol, etc. Auf diesem Boden wird eine „Verantwortlichkeit zur Einmischung" - reponsibility to protect – behauptet, die moralisch argumentiert und die reichen, westlichen Staaten nicht nur als berechtigt, sondern auch in der Pflicht sieht, „robust", also militärisch, zu intervenieren und sich langfristig zu engagieren. Die Existenz von „neokolonialen Protektoraten" ist zu einem zunehmend gebräuchlichen Begriff geworden – ganz ohne Scham und Scheu.

Staatsaufbau – von außen erzwungen und gesteuert – wird so zur vermeintlichen Lösung für das entsprechend definierte Stabilitätsproblem. Ein problemlösungsorientierter Pragmatismus bestimmt die Forschungen und die politische Praxis. John Heathershaw (University of Exeter) nennt das eine Unter-Theoretisierung des Peacebuilding.[14]

Von führenden deutschen Konfliktforschern wie Ulrich Schneckener und Volker Rittberger wird fragile Staatlichkeit als das globale Sicherheitsrisiko gesetzt und im nächsten Schritt - auf einem linearen Kausalmechanismus basierend - wird der Lösungsansatz präsentiert und erforscht: Statebuilding als Friedenskonsolidierung durch Intervention.

Auch im aktuellen Friedensgutachten heißt es im ersten Satz der Presseerklärung: „Die meisten gegenwärtigen Kriege lassen sich nicht ohne legitime und funktionierende Staatlichkeit an der Basis der Gesellschaft nachhaltig beenden. (…) Die Schauplätze dieser Kriege und Gewaltkonflikte sind schwache und gescheiterte Staaten."[15] Für Afghanistan empfehlen sie sowohl Entwicklungshilfe als auch Sicherheitspolitik in den Dienst von Staatenbildung zu stellen. Zentral sei dabei das Rechtswesen und die Polizei – also eine law-and-order-Politik. Zentralen Stellenwert hat somit die Herstellung von Kontrolle und von Rechtssicherheit, beispielsweise für Verträge mit möglichen Investoren oder für Gaspipelines durch das Land. Mit deutscher Hilfe wurde übrigens bereits 2003 die Afghanistan Investment Support Agency eröffnet. Auf deren Webseite wird Afghanistan als wachsender neu entstehender Markt mit strategischer Bedeutung angekündigt. Die billig verfügbaren Arbeitskräfte, eine investitionsfreundliche Gesetzgebung (100 %ige Profitausfuhr) und das geschäftsfreundliche Klima werden angepriesen. Mögliche Konkurrenz durch Staatsbetriebe wurde durch deren Privatisierung oder Vernichtung aus dem Weg geräumt. Die Verfassung legt das Land auf eine neoliberale Wirtschaftsform fest. Mit all dem wird geworben. Prominenten deutschen Friedensforschern wie Volker Rittberger geht es um die Optimierung staatlicher Interventionspolitik. Sie fragen allein danach, „was multilaterale Friedensmissionen beim Wiederaufbau staatlicher Strukturen in Krisengebieten leisten können."[16] Die Unterlassung der militärischen und neo-kolonialen Eingriffe und die Ermöglichung offen-debattierender Such-

13 Agathangelou/ Ling, S. 44.

14 Heathershaw, John: Unpacking the liberal peace: the dividing and merging of peacebuilding discourse, in: Millennium, No. 3/2008, S. 597-621, S. 598-599.

15 Friedensgutachten 2009: Friedensforscher und -forscherinnen fordern: Bevölkerung gewinnen statt Kriege führen. Presseerklärung: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/science/gutachten09.html#1

16 Rittberger, Volker: Frieden durch Staatlichkeit? Einführung, in: Friedenswarte, 1/2008, S. 11-24, S. 12.

prozesse nach einer veränderten Gesellschaftlichkeit sind keine Fragen, die auch nur als diskussionswürdig erachtet werden. In erschreckender Weise wird die Pluralität der (global) vorhandenen Denkansätze durch die Art der Analyse ausgeblendet. Insbesondere basisgesellschaftliche Gruppen in den Konfliktgebieten selbst werden nicht einbezogen.

5.5 Staatliche Souveränität: eine Gewaltstruktur

Es erscheint doch nicht abwegig zu denken, dass sich die Menschen nach einem Krieg und umfassender gesellschaftlicher Zerstörung und Zerrüttung dort auf die Suche nach einer annehmbaren, ihren Vorstellungen von Gerechtigkeit und gutem Leben entsprechenden Gesellschaftsform machen. Doch genau das wird nicht zugelassen. Weil der souveräne Staat als das einzig mögliche Ordnungsprinzip angenommen wird, werden trotz der damit verknüpften Gewalt weiterhin einzig Konfliktbeilegungen auf dieser Basis angestrebt.[17] Diese Setzungen des Souveränitätsbegriffs führen dazu, dass Souveränität als vor-politische Bedingung für einen politischen Raum erscheint und Fragen nach der Gewalt, die vom Souveränitätsprinzip ausgeht, nicht debattiert werden.

Staatliche Souveränität ist eine spezifische Idee für die Herstellung eines politischen Raumes und von Ordnung und Stabilität:

- eine Idee, die auf Ausschlüssen aufbaut und eine privilegierte Zugehörigkeit definiert;
- aufgebaut auf Gewalt: die definierten Anderen werden ausgeschlossen und diskriminiert, Grenzen und Privilegien werden gewaltsam durchgesetzt;
- basierend auf der Entpolitisierung seiner Vorbedingungen, beispielsweise die Definition des modernen Subjekts als unfähig ohne Unterwerfung unter eine allumfassende Autorität friedlich miteinander zu leben;
- gestützt durch die Entpolitisierung der das Konzept stabilisierenden (westlichen) Epistemologie: Der lokale und historische Entstehungskontext dominanter Konzepte wird ausradiert und historische europäische Erfahrungen werden universalisiert und naturalisiert, um auf dieser Grundlage gemachte Schlussfolgerungen als rational und wertfrei darzustellen.[18]

Diese im europäischen Kontext entwickelte Form der politischen Organisierung wurde mit dem Kolonialismus globalisiert. Der identitätspolitische Kern eben dieses Denkens führt fortwährend zu gewaltsamen Konflikten. Gewalt erscheint zudem immer legitim, wenn sie im Einsatz für Souveränität - als der vermeintlichen Grundvoraussetzung von politischem Handeln – angewandt wird.

Fazit: Das Scheitern von Staaten wird mit dem Krieg aller gegen aller gleichgesetzt; als Lösungsmodell wird die - notfalls militärische - Wiederherstellung staatlicher Souveränität behauptet. Eine Suche nach anderen Möglichkeiten von Gesellschaftlichkeit findet nicht statt. Damit werden Gewaltverhältnisse gefestigt.

6 Konsequenz: Militarisierung entgegen treten

WissenschaftlerInnen tragen eine Verantwortung für ihr Handeln. Es darf nicht soweit kommen, dass die Forschung und Lehre sich vor allem an den Fragen und Theorien orientiert, die durch Organisationen gefördert werden, die Kriegseinsätze führen, planen und davon profitieren wie die NATO, die EU und Rüstungsunternehmen.

Protestaktion gegen den SFB 700, 12.11.2008,
Foto: Björn Kietzmann

Es liegt an jeder und jedem von uns, das nicht mitzumachen. Im Studium sollten wir danach verlangen, viele und kritische Theorien in jedem Bereich kennen lernen zu können. In unseren Hausarbeiten und Abschlussarbeiten entscheiden auch wir über die Gewichtung von Themen und über die Anwendung von Theorien und Methoden. Entscheidungen über Forschungsfragen und Methoden der Forschung sind politisch. Es ist manchmal nicht leicht, sich nicht am Professor zu orientieren, der die Noten vergibt, sondern eigenwillig zu sein. Vielleicht sagt uns die unbekannte Autorin aus Indien oder Botswana mehr als das vermeintlich unvermeidliche Standardwerk oder der große Klassiker. Dann sollten wir auch den Mut haben, die indische oder botswanische Autorin als Grundlage für unsere Arbeiten zu nehmen und den Klassiker auszulassen oder zu kritisieren. Wenn wir uns nur am leichten Durchkommen durch das Studium oder dem einfachen Karriereweg mit einem Mainstream-Thema für die Abschluss- oder Doktorarbeit orientieren, dann sind wir vielleicht schon korrumpiert.

Wir können nicht dulden, dass wir nur Herrschaftswissen für die Aufrechterhaltung ungerechter Weltverhältnisse erlernen und militarisierte Denkweisen an den Universitäten zunehmend Raum einnehmen.

An der FU Berlin gibt es Protest und Aktionen gegen die Streichung der immer kritisch ausgefüllten Professur für Politische Ideengeschichte. Sie wehren sich damit auch gegen die Einrichtung zweier weiterer Professuren für den SFB 700. Es soll verhindert werden, dass die kriegsunterstützende Interventionsforschung des SFB 700 immer mehr die Ausbildung und Forschung am Politikwissenschaftlichen Institut dominiert.

Es braucht viele Initiativen gegen die Militarisierung der Hochschulen und gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Es braucht Widerstand innerhalb und außerhalb der Universitäten gegen deutsche Kriegseinsätze. Wir alle haben eine Verantwortung für unsere Entscheidungen: mitzumachen in privilegierter Position als wissenschaftliche Elite im Machtblock Europa oder uns quer zu stellen und eigene kritische Wege zu beschreiten und die Kriegspolitik zu sabotieren.

Ich wünsche viel Erfolg beim aufrechten Gang durch das Studium, beim Streit für freie Bildung und bei euren Aktionen gegen die Ausbreitung von Militarismus!

17 Shaw, Karena: Knowledge, Foundation, Politics, in: International Studies Review, 6/2004, S. 7-20.
18 Ebd.

Militarisierung von Forschung und Lehre

von Sarah Nagel

An mehr als zwanzig Hochschulen und weiteren zivilen Einrichtungen findet bundesweit Forschung statt, welche die Bundesregierung als „bundeswehrrelevant" bezeichnet. Dafür wurden 2008 1,1 Milliarde Euro ausgegeben. Daneben wird an Hochschulen auch im Rahmen der Projekte „Forschung für die zivile Sicherheit" gearbeitet, die im Jahr 2007 auf EU-Ebene und gleichzeitig auch mit einem eigenen Programm des Bildungsministeriums in Deutschland gestartet sind. Bei einem Blick auf die Forschungslandschaft werden vor allem zwei Veränderungen deutlich: Die Bundesregierung und auch die EU benötigen immer breiter gefächerte Forschungsergebnisse, weil sie in den vergangenen Jahren an immer mehr Auslandseinsätzen beteiligt sind. Dazu gehören die Rekrutierung, die Eignungsfeststellung und die Behandlung von verletzten und traumatisierten Soldaten genauso wie Waffen, technisches Gerät und Ausrüstung im Einsatz. Auch die langfristige Besatzung von Ländern wirft für die Bundesregierung und die EU neue Fragen auf. Die zweite Entwicklung ist das Verwischen der Grenzen zwischen ziviler und militärischer Forschung: Ob es sich um Forschung im Bereich des „Dual use" handelt, also Forschung an Produkten, die sowohl zivil- als auch militärisch verwendet werden können, oder um Projekte, die auf den ersten Blick überhaupt nicht als „bundeswehrrelevant" erkennbar sind, aber trotzdem vom Verteidigungsministerium in Auftrag gegeben wurden – die Grenzen sind oft fließend.

Forschung für die „zivile Sicherheit"

Das „Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit" besteht auf deutscher und europäischer Ebene. Die EU-Kommission stellte 1,4 Milliarden Euro bereit, die Firmen und Institute aus diesem Topf beantragen können. Für das nationale Forschungsprogramm, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung entwickelt wurde, zahlt die Bundesregierung 123 Millionen Euro. Hinter dem Forschungsprogramm steht ein relativ neues Sicherheitsdenken: Verteidigt wird nicht nur ein Staat gegen den Angriff eines anderen Staates, was lange Zeit Grundlage von Außenpolitik und militärischen Strategien war. Potenzielle Terroranschläge, Naturkatastrophen oder massive Flüchtlingsbewegungen werden nun ebenfalls als Bedrohung der Sicherheit eingestuft. Die Bundesregierung will dies zum Anlass nehmen, auch schon präventiv militärisch zu intervenieren. Das bedeutet einerseits eine argumentative Verknüpfung von äußerer und innerer Sicherheit. Andererseits wird auch bei den Auslandseinsätzen selbst mit dem Konzept der „vernetzten Sicherheit" militärische Intervention mit ziviler Aufbauhilfe verbunden und mit dem Schutz der eigenen Bevölkerung begründet.

So sagte Bundeskanzlerin Merkel bei einem Besuch in Afghanistan im April 2009: „Wir kämpfen dafür, dass Afghanistan sich selbst verteidigen kann, dass es seine Sicherheit gewährleisten kann, damit nie wieder Terrorismusgefahr auch für uns in Deutschland von Afghanistan ausgeht."[1]

Bildungsministerin Schavan erklärt in einer Broschüre zum „Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit" des BMBF: „Um uns vor Gefahren durch Terrorismus, Kriminalität und Naturkatastrophen zu schützen, brauchen wir mehr denn je die Forschung. Die Bundesregierung hat im Januar 2007 das Programm `Forschung für die zivile Sicherheit` verabschiedet. Im Mittelpunkt des neuen Programms steht die Verbesserung des Schutzes und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Die intensive Forschungstätigkeit in zukunftsträchtigen Basistechnologien bildet hierfür eine gute Voraussetzung."[2] Zukunftsträchtig sind aber auch die Profite, die im Bereich der Sicherheitstechnik erwartet werden. Schon im Jahr 2005 hatte der Markt für Sicherheitstechnik in Deutschland einen Umfang von 10 Milliarden Euro und versprach ein Wachstum von 7 bis 8 Prozent. Das erläuterte Andreas Hoffknecht vom VDI Technologiezenztum Düsseldorf, einem der Projektträger des Programms, bei einem Vortrag an der Bundeswehrhochschule München. Daher sei eine Marktorientierung wichtig: Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in diesem Bereich solle gestärkt werden, und „[d]er Staat kann als Nachfrager im Bereich der Sicherheitslösungen einen Pioniermarkt schaffen und so Anbietern aus Deutschland die Einführung von neuen Technologien erleichtern."[3] An einer Marktorientierung lässt auch die Entwicklung des Forschungsprogramms auf EU-Ebene nicht zweifeln.

Schon im Jahr 2003 beriefen Mitglieder der EU-Kommission eine „Gruppe von Persönlichkeiten im Bereich der Sicherheitsforschung" ein, die sich mit der Entwicklung eines Forschungsprogramms im Hinblick auf die politischen Ziele der EU beschäftigen sollten. Acht von 25 Mitgliedern dieser Gruppe arbeiteten dabei für die Rüstungsunternehmen BAE Systems, Diehl, EADS, Ericsson Finmeccanica, Indra, Siemens und Thales. Auch im 2005 gegründeten 45-köpfigen Beratergremium ESRAB finden sich zahlreiche Vertreter aus der Industrie.[4] Dass die „zivile Sicherheit" auch einen Markt für Rüstungsunternehmen darstellt, haben mittlerweile fast alle Konzerne erkannt. Die größten europäischen Rüstungs- und Raumfahrtunternehmen waren bereits an der Ausarbeitung des jetzigen EU-Sicherheitsforschungsprogramms beteiligt.[5] Sie sind nicht nur in dessen Gutachterkreis vertreten, der letztlich über die Bewilligung von Forschungsprojekten entscheidet, sondern wurden unter deutscher Ratspräsidentschaft zudem noch in das Europäische Forum für Sicherheitsforschung und Innovation (ESRIF) berufen, dessen Aufgabe u.a. darin besteht, Schwerpunkte für die kommenden Ausschreibungen des

1 Regierung online: Militärisches Engagement und ziviler Aufbau gehören zusammen. URL: http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2009/04/2009-04-06-merkel-afghanistan.html.

2 BMBF: Forschung für die zivile Sicherheit – Eine Bestandsaufnahme: Forschungslandschaft und Ansprechpartner. URL: http://www.bmbf.de/pub/forschung_fuer_zivile_sicherheit_eine_bestandsaufnahme.pdf

3 Hoffknecht, Andreas: Das nationale und das europäische Sicherheitsforschungsprogramm, Vortrag an der Universität der Bundeswehr München vom 25.06.2008.

4 Kuhrt, Nicola: Militärische Geschichte, Zeit-online vom 3.12.2008.

5 Hayes, Ben: Arming Big Brother - The EU's Security Research Programme, Transnational Institute, TNI Briefing Series 1/2006. URL: http://www.statewatch.org/analyses/bigbrother.pdf.

Forschungsprogramms zu definieren. „Hier können Betreiber Kritischer Infrastrukturen, Anbieter von Sicherheitstechnologie, Rüstungsfirmen und andere Wirtschaftsunternehmen gemeinsam mit Sicherheitspolitikern und Praktikern Bedrohungsszenarien entwickeln und ihre `Lösungen` anbieten, für welche die EU dann Geld bereitstellt" charakterisierte Christoph Marischka das ESRIF in einer IMI-Anlayse.[6] Auch Hoffknecht unterstrich in seinem Vortrag, dass sich 80 Prozent der sicherheitsrelevanten Infratrukturen in Deutschland in privater Trägerschaft befinden – diese zu schützen, macht sich dann die Bundesregierung zur Aufgabe, geforscht wird dazu zum Beispiel im Bereich „Schutz kritischer Infrastrukturen" des Forschungsprogramms für zivile Sicherheit. Das bedeutet in erster Linie, dass die Infrastrukturen im Falle von Naturkatastrophen oder Terroranschlägen geschützt werden, immer häufiger wird aber auch die Bevölkerung selbst eher als Bedrohung dargestellt denn als schützenswert, wie Sabine Lösing und Jürgen Wagner schreiben: „Die ESRIF-Arbeitsgruppe 1 beschäftigte sich mit der ‚Sicherheit der Bürger', bei genauerer Betrachtung drängt sich jedoch der Verdacht auf, dass es hierbei eher um die Sicherheit *vor* den Bürgern geht."[7] Das ESRIF warnt vor einer „Radikalisierung von Gruppen in der Bevölkerung" und analysiert die Bedrohung folgendermaßen: „In bestimmten Gruppen der Bevölkerung, die über bestimmte Charakteristika verfügen (z.B. ethnische Herkunft, Religion, Studenten, Armut) kann sich eine Stimmung von Entfremdung und Ausgrenzung breit machen. Sollten diese Gefühle ignoriert werden, besteht die Gefahr, dass ungewünschte Entwicklungen ausgelöst werden, die zu einer sich verschlimmernden Unzufriedenheit in organisierten Gruppen und Netzwerken führen. Das nächste Stadium könnte die Mobilisierung möglicher Akteure sein, um ihre Rechte zu verteidigen. Am Ende sind gewalttätige Handlungen möglich."[8] Die EU antwortet darauf unter anderem mit dem Forschungsprogramm „Automatische Aufspürung abnormalen Verhaltens und von Bedrohungen in bevölkerten Räumen" (ADABTS).

Das Verwischen der Grenzen zwischen ziviler und militärischer Forschung ist bei der Forschung für die zivile Sicherheit politisch durchaus gewollt: „ESRIF befürwortet, dass die externe Dimension von Sicherheit auf der Agenda jeglicher künftigen Sicherheitsforschungs- und Innovationspolitik eine große Rolle spielen soll. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind Teil einer hochgradig komplexen und interdependenten Welt. Gescheiterte Staaten, Grenzstreitigkeiten, umweltbedingte Migration und Ressourcenkonflikte haben allesamt interkontinentale, wenn nicht globale Auswirkungen. Europa kann diese externen Risiken und Bedrohungen [...] für seine innere Sicherheit nicht ignorieren. [...] Aber dies erfordert auch eine neue Mentalität, um die Zusammenarbeit ziviler und militärischer Autoritäten auszubauen, die in vielen Fällen auf die gleichen Organisationen und Kapazitäten zurückgreifen." (ESRIF 2009: 10). Ähnlich wurde dies offenbar von den Mitgliedern des EU-Rates gesehen, die nach ihrem Treffen im November 2009 in einer Erklärung festhielten: „Der Rat unterstreicht die Notwendigkeit, Synergien hinsichtlich verteidigungs- und sicherheitsforschungsbezogener Aktivitäten zu finden." In Deutschland bemühte sich die Bundesregierung noch, den direkten Zusammenhang zu verleugnen und rechnet „bundeswehrrelevante" Tätigkeiten nur dem BMVg zu.

Schavan bezeichnet die Projekte in diesem Programm zwar als „sicherheitsrelevant", die Bundesregierung legt jedoch Wert darauf, dass das BMBF keineswegs „wehrtechnische und bundeswehrrelevante Forschungsthemen" vergibt. „Es wurde allein vom federführenden und für die Umsetzung zuständigen BMBF entwickelt und mit allen Ressorts abgestimmt", heißt es in der Antwort auf eine Kleine Anfrage.[9] Am Sicherheitsforschungsprogramm sind jedoch mehrere Akteure beteiligt. Innerhalb Deutschlands erklärt auch das BMVg, dass die wehrwissenschaftlichen Einrichtungen der Bundeswehr im Bereich der Sicherheitsforschung und -technologie mit anderen Forschungseinrichtungen des Bundes, der Länder und mit Unternehmen kooperieren würden. Eine klare Trennung von verteidigungsrelevanter Forschung besteht offenbar nicht: „Gerade das synergistische Potenzial gemeinsamer Forschungsanstrengungen mit anschließender Nutzung in den Bereichen der inneren, äußeren oder privaten Sicherheitsvorsorge führen zu zunehmenden Kooperationsanstrengungen. Unterstützung erfahren die Anstrengungen durch das Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung, an deren Vorbereitung und Erstellung das Bundesministerium der Verteidigung beteiligt wurde.", erklärt das BMVg.[10] Auch das Bundesinnenministerium gab an, bereits bei der Entwicklung eng eingebunden zu sein und das Programm wesentlich mitgestaltet zu haben. Der Bundesnachrichtendienst erklärte ebenfalls, im „weiteren Sinn" einen Bezug zur Sicherheitsforschung zu haben.[11]

Seit der Begründung der „Europäischen Sicherheits– und Verteidigungspolitik (ESVP)" vor mehr als zehn Jahren ist die EU-Politik nicht nur aggressiver geworden, sondern übernimmt damit auch ähnlich wie die deutsche Außenpolitik immer neue Aufgaben. Deshalb müsste auch die militärische Forschung und Entwicklung im Rahmen eines erweiterten Sicherheitsbegriffs ausgedehnt werden, empfahl 2007 die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik: „Neben möglichen militärischen Aufträgen für europäische Kriseneinsatzkräfte umfasst ESVP auch Aufgaben, die ganz oder teilweise zivilen Charakter tragen… Hierzu zählen im Wesentlichen die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die Unterstützung von Staaten, die vom Verfall bedroht sind, insbesondere solchen in den Bürgerkriegsregionen der Dritten Welt. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, müssen die Sicherheitsorgane der ESVP über leistungsfähige Technologien verfügen, die ihrerseits eine hochentwickelte Forschung und Entwicklung voraussetzen."[12]

Bundesforschungsministerin Annette Schavan erklärte während der Tagung „Future Security", welche die Fraunhofer Gesellschaft 2006 in Karlsruhe veranstaltete: „Die Anschläge in Madrid und New York haben die Welt mit der Bedrohung durch Terrorismus konfrontiert und deutlich gemacht, dass der technische Fortschritt und die global vernetzte Welt neben Wohlstands- und Freiheitsgewinnen auch neue Risiken mit sich bringt. Wir müssen neue Wege suchen, um unsere Freiheit und Rechtstaatlichkeit und den

6 Marischka, Christoph: Der Albtraum Sicherheit, in: AUSDRUCK (August 2008).

7 Lösing, Sabine/ Wagner, Jürgen: Rüstung durch die Hintertür, in: AUSDRUCK (Februar 2010), S. 30.

8 ESRIF (2009): Final Report, December 2009, S.49; URL: http://www.esrif.eu/documents/esrif_final_report.pdf (18.12.2009).

9 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10156, S. 3.

10 Kuhrt, Nicola: Verwirrend geheim, Zeit-online vom 3.12.2008.

11 Ebd.

12 Geiger, Gebhard: EU-Sicherheitsforschung – Der Beitrag der Wissenschaft zur europäischen Sicherheit, SWP Aktuell, März 2007.

Die Universität wird zum Schauplatz der Sicherheitsforschung - Front der Universität Bonn, Foto: Der Wolf im Wald, CC, Wikimedia

damit verbundenen freiheitlichen Lebensstil zu sichern."[13] Dafür solle das Potenzial von Wissenschaft und Forschung besser ausgenutzt werden, um diesen „freiheitlichen Lebensstil" zu garantieren. Im Rahmen des deutschen Programms werden mehr als 50 Projekte in Deutschland durchgeführt. In der Ausschreibung suchte das BMBF nach neuen Verfahren, um Bedrohungen durch chemische, biologische, nukleare und explosive Gefahrstoffe zu erkennen. Außerdem wurde nach Lösungen für den „Schutz kritischer Infrastrukturen" gesucht. An der TU Berlin wird zur „Optimierung der Sicherheitsprozesse auf Verkehrsflughäfen" geforscht, an der Uni Paderborn zur „Organisationsübergreifenden Gefahrenabwehr zum Schutz von Menschen und kritischen Infrastrukturen durch optimierte Prävention und Reaktion". An der Ruhr-Universität Bochum forscht die Arbeitsgruppe Höhlen- und U-Bahnklimatologie zum selben Thema.[14] Auch die Terahertz-Technik wird in diesem Zusammenhang erforscht. Sie ist Grundlage der im Jahr 2008 heftig umstrittenen Nacktscanner. Die Ablehnung in der öffentlichen Debatte um die Nacktscanner hatte Innenminister Schäuble zwar dazu gebracht, deren Anwendung in Deutschland zu dementieren, doch das BMBF förderte gleichzeitig deren Entwicklung.[15] An den Universitäten Karlsruhe und Frankfurt am Main und in zwei Instituten der Fraunhofer Gesellschaft wird am Projekt TEKZAS (Terahertz-Echtzeit-Kamera (zweidimensional)) für Anwendungen in der Sicherheitsforschung gearbeitet, weitere Forschung zur selben Technik findet in Erlangen, Tübingen und Berlin statt.[16] Das Projekt in Tübingen beschäftigt sich mit der „Ethischen Begleitung, Evaluation und Normenfindung" der Terahertz-Technologie; es hat jedoch als einziges Projekt zu diesem Thema eher die Funktion eines Feigenblatts für die Entwicklung der Technologie, die weit gehend abseits der Öffentlichkeit stattfindet.[17] Die Freiheit der Bevölkerung wird durch Sicherheitskontrollen, schärfere Gesetzgebungen und Videoüberwachung eingeschränkt, angeblich immer im Namen von Freiheit und Sicherheit. Schavan meint dazu: „Es wird in der Gesellschaft immer ein Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit geben - dem muss sich die Politik, die Gesellschaft insgesamt und insbesondere auch die Sicherheitsforschung stellen. Deshalb muss die geisteswissenschaftliche Forschung als Teil der Sicherheitsforschung frühzeitig die Richtung vorgeben und dazu auffordern, ethisch verantwortbare Lösungen zu entwickeln."[18] Erst mit einer Bekanntmachung des BMBF vom 21.10.2008 wurden jedoch außerhalb der bestehenden Programmlinien auch „sicherheitsbezogene Forschungen zu Werten, Wahrnehmungen, Kommunikation und Verhaltensweisen (Sicherheitskultur)" angeregt und deren Förderung angekündigt. Allerdings ging auch diese Ausschreibung von dem verengten Sicherheitsbegriff des Gesamtprogramms aus und zielte letztlich darauf, Akzeptanz für die in der Entwicklung befindlichen Technologien zu schaffen, um sie zu effektivieren. Entsprechend heißt es in der Bekanntmachung, „dass innovative Sicherheitslösungen nur dann erfolgreich sein können, wenn ihr Nutzen und Mehrwert transparent dargestellt und sie im Dialog mit Anwendern und Öffentlichkeit optimiert werden."[19] Bei den geisteswissenschaftlichen Projekten handelt es sich insofern entweder um Alibi-Projekte, die wenig Einfluss auf die technische Entwicklung haben dürften - oder um Forschung, die den Befürwortern der „vernetzten Sicherheit" in die Hände spielt. Eine freie und friedliche Forschung hängt letztendlich nicht davon ab, ob sie naturwissenschaftlich, technisch oder geisteswissenschaftlich ist, sondern davon, unter welchen politischen Vorzeichen sie betrieben wird. In Deutschland wurde im Jahr 2008 an 29 Hochschulen im Rahmen des Programms

13 Rede der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, MdB, anlässlich der Konferenz „…mit Sicherheit: für Freiheit – die gesellschaftlichen Dimensionen der Sicherheitsforschung" am 5.11.2008, www.bmbf.de.

14 BMBF: Forschung für die zivile Sicherheit - Schutz von Verkehrsinfrastrukturen. URL: http://www.bmbf.de/pub/BMBF_Verkehrssicherheit.pdf.

15 Schwentker, Björn: Nacktheit durch die Hintertür, Zeit-online vom 10.12. 2008.

16 BMBF: Forschung für die zivile Sicherheit - Detektion von Gefahrstoffen. URL: http://www.bmbf.de/pub/Zivile_Sicherheit_Gefahrstoffe.pdf .

17 Schwentker, Björn: Nacktheit durch die Hintertür, Zeit-online vom 10.12. 2008.

18 Schwentker, Björn / Kuhrt, Nicola: Ein Gespräch mit der Bundesforschungsministerin Annette Schavan zum Thema Sicherheitsforschung, www.academics.de (15.4.2009).

19 BMBF: Bekanntmachung vom 21.10.2008 „über die Förderung zum Themenfeld `Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung` im Rahmen des Programms der Bundesregierung ´Forschung für die zivile Sicherheit´".

Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, findet Sicherheitsforschung in Deutschland eine gute Sache, Foto: Europäische Union.

„Forschung für die zivile Sicherheit" geforscht, daneben fand jedoch noch jene Forschung statt, welche das BMVg in Auftrag gab.

Forschung im Auftrag des BMVg

Im Jahr 2008 hat die Bundesregierung 1,1 Milliarde Euro dafür gezahlt, dass an Hochschulen und in so genannten An-Instituten Rüstungsforschung[20] betrieben wird. Das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) vergab Aufträge für bundeswehrrelevante und wehrtechnische Forschung an Hochschulen in zehn Bundesländern.[21] Insgesamt führen 27 Hochschulen derartige Projekte durch. Daneben erhielten auch einschlägige Forschungseinrichtungen wie die Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN), das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) oder die Fraunhofer Gesellschaft Aufträge. Im Rahmen des 7. Forschungsprogramms der EU wird an Hochschulen auch im „Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit" gearbeitet, dessen Ergebnisse teils ebenfalls „sicherheitsrelevant" sind. Gleichzeitig ist 2007 das deutsche Forschungsprogramm zur „zivilen Sicherheit" gestartet. Die Forschungsprojekte reichen insgesamt von der Entwicklung besserer Panzerungen über wehrpsychologische Projekte bis hin zu sozialwissenschaftlicher Forschung. Auch in der Lehre gibt es Verbindungen zwischen Hochschulen und der Bundeswehr. Von einzelnen Vorträgen mit Jugendoffizieren über Personalüberschneidungen bis hin zum Studiengang „Military Studies" bestehen teils „erfreulich intensive" Kooperationen, wie es im Jahresbericht der Jugendoffiziere 2007 heißt.[22]

Den Projekten ist nicht immer am Titel anzusehen, dass es sich dabei um bundeswehrrelevante Forschung handelt. „Es wird auf dieser Ebene nichts geheim gehalten. Es wird nur nichts mitgeteilt – das aber gründlich", schrieb Rainer Rilling schon 1988 über Rüstungsforschung in Deutschland.[23] Seither hat sich daran nicht viel geändert: An vielen Hochschulen ist weder den Studierenden noch allen Mitarbeitern bewusst, dass nebenan für den Krieg geforscht wird. Einige „Kleine Anfragen" der Linksfraktionen in Bundestag und den Landtagen haben im letzten Jahr gezeigt, dass teilweise schon seit Jahren solche Forschungsprojekte laufen. An einigen Universitäten verstößt die Rüstungsforschung auch gegen die Satzung, weil dort aufgrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs eine Friedensklausel verankert wurde, die wehrtechnische Forschung verbietet. So hatte beispielsweise der Akademische Senat der Technischen Universität Berlin 1991 beschlossen, dass „keine Aufträge oder Zuwendungen für rüstungsrelevante Forschungen entgegengenommen werden sollen". Die Universität habe eine Verpflichtung gegenüber der Vergangenheit, erklärte die Pressesprecherin der TU Kristina Zerges Anfang 2009. An der Vorgängereinrichtung der TU Berlin hatte bis 1945 in großem Maßstab Rüstungsforschung stattgefunden. „Wir haben die Zivilklausel aus ethischen Gründen eingeführt, vor Gericht hätte sie aber kaum Bestand", meint Zerges. „Doch bislang gab es noch keinen Professor, der sich über die Vereinbarung hinweggesetzt hat."[24] Dies ist jedoch nicht richtig. Schon seit Jahren erhält die TU Berlin Drittmittel vom Bundesverteidigungsministerium, wie Studierende durch die Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag herausfanden. „Die Tatsache, dass sich die Kleine Anfrage nur auf den Zeitraum von 2000 – 2008 bezieht und die TU bereits 2000 genannt wird, lässt befürchten, dass seit noch längerer Zeit für das BMVg geforscht wird als aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage ersichtlich wird", schreibt der AStA der TU. An der TU findet sowohl wehrtechnische als auch wehrmedizinische Forschung statt. Seit dem Jahr 2000 hat das BMVg dafür mindestens 451.848 Euro gezahlt. Bei einer Anfrage dazu zeigte sich selbst der Rektor der Hochschule überrascht. „Der Fakt, dass der Universitätspräsident von der Studierendenschaft unterrichtet werden muss, wobei diese es wiederum zufällig aus dem Bundestag erfahren muss, spricht Bände über die Transparenz an der TU."[25] Auch am Forschungs-

20 Solche Institute sind rechtlich und organisatorisch unabhängig, aber an Hochschulen angegliedert.

21 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10156.

22 Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2007, sowie: Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10773.

23 Rilling, Rainer: Militärische Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Braun / Buckel / Kankeleit / Rilling (Hrsg.): Rüstungsforschung. Diskussion der Probleme und Alternativen, Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden, Nr.10.

24 Nestler, Ralf: Kriegsspiele auf dem Campus, im „Tagesspiegel" vom 6.4.2009.

25 AStA Info Nr. 15, Januar 2009, S. 5.

zentrum Karlsruhe gibt es eine Friedensklausel. Hier soll die Universität aber mit dem ehemaligen Kernforschungszentrum zum „Karlsruhe Institute of Technology (KIT)“ verschmolzen werden, an dem ebenfalls Rüstungsforschung stattfindet. Am Institut für Nachrichtentechnik wird im Projekt „Software Defined Radio (SDR)“ geforscht, an dem auch die Bundeswehrhochschule München beteiligt ist. Die Ergebnisse werden verwendet, um die digitale Kommunikation vor allem in multinationalen Einsätzen zu verbessern. Vor allem in den Interventionen in instabilen oder als „zerfallen“ deklarierten Staaten wird SDR gebraucht. „Soldaten in multinationalen Truppen bekommen eine Vielzahl von Informationen, von Satellitenbildern bis zum Wetterbericht und Funkbefehle verschiedener Kommandoebenen. Wenn ein Computer den Informationsfluss individuell anpasst, kommen die Soldaten nicht so schnell durcheinander und können besser kämpfen“, meint Dietrich Schulze von der Naturwissenschaftler-Initiative – Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit (NatWiss), der am Karlsruher Forschungszentrum gearbeitet hat und sich am Bündnis für die Zivilklausel beteiligt.[26] Wie sich die Bundeswehr die Verwendung solcher Technologien vorstellt, erklärte Heeresinspekteur Hans-Otto Budde im Jahr 2004: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High Tech Krieg führen kann. Diesen Typus müssen wir uns wohl vorstellen als einen Kolonialkrieger, der fern der Heimat bei dieser Art von Existenz in Gefahr steht, nach eigenen Gesetzen zu handeln.“[27] In Karlsruhe bemüht sich ein Bündnis aus Studierenden, Gewerkschaftern und NatWiss, die Friedensklausel auch auf das KIT zu übertragen und die Kriegsforschung damit zu unterbinden. In Karlsruhe wird eine grundsätzliche Diskussion dazu geführt, ob die in der Verfassung festgeschriebene „Freiheit der Wissenschaft“ auch bedeuten darf, dass für den Krieg geforscht wird – besonders, wenn schon eindeutig festgelegt ist, dass nur für zivile Zwecke geforscht werden soll.[28] Die Universitätsleitung hält eine Ausweitung der Zivilklausel nicht für notwendig. Die Mehrheit der Studierenden hat jedoch im Januar bei einer Urabstimmung für die Klausel gestimmt.[29] Die Argumentation der Befürworter von Rüstungsforschung verläuft in Karlsruhe und anderswo häufig auf der Ebene des Sachzwangs: „Deutschland schickt seine Soldaten an Brennpunkte in der ganzen Welt, die müssen vernünftig ausgestattet sein, um ihre Aufgaben zu erfüllen“, meint Friedrich Jondral, Leiter des Instituts für Nachrichtentechnik an der Universität Karlsruhe, an dem bereits heute Rüstungsforschung stattfindet. „Letztlich geht es darum, effizienter zu töten“, sagt wiederum Dietrich Schulze. Die Kooperation zur Rüstungsforschung ist dabei in Karlsruhe nichts Neues. Schon seit 1964 bestehen Verbindungen zwischen der Universität und dem Ettlinger Institut der FGAN, dass zum Großteil vom BMVg finanziert wird.[30] Baden-Württemberg ist neben Nordrhein-Westfalen das Bundesland, in dem am meisten Rüstungsforschung stattfindet. Unter anderem sitzen dort drei der fünf Institute der Fraunhofer Gesellschaft (FhG), die sich zum „Verbund Verteidigungs– und Sicherheitsforschung (VVS)“ zusammengeschlossen haben. An einem dieser Institute, dem Ernst-Mach-Institut (EMI) in Freiburg, wurde zwischen 2000 und 2007 unter anderem an Artilleriezeitzündern, gepanzerten Fahrzeugen, der Risikoanalyse von Überflügen, der Lenkung von Geschossen und an Mikrowellenwaffen geforscht.[31] Die Fraunhofer Gesellschaft macht keinen Hehl daraus, dass dort Rüstungsforschung betrieben wird. In seinem „Mission Statement“ erklärt der VVS: „Die für diese Institute traditionelle Verflechtung von zivilen und wehrtechnischen Forschungsfeldern stellt eine wichtige Quelle für Innovation und Leistungserweiterung zum Nutzen der Auftraggeber dar.“[32] Die Verflechtung mit ziviler Forschung treibt das EMI unter anderem voran, indem Stellenausschreibungen per Mail an die Studierenden der mathematisch-physikalischen Fakultät der Universität Freiburg gesandt werden, in denen „begeisterungsfähige Wissenschaftler“ gesucht werden. Das FhG-Institut für Angewandte Festkörperphysik in Freiburg hat gleichzeitig unter anderem den Airbus A400M mitentwickelt, der ab diesem Jahr von der Bundeswehr eingesetzt werden sollte. Daneben waren in den vergangenen Jahren aber auch die Universitäten Karlsruhe, Tübingen, Ulm, Freiburg, Heidelberg und Hohenheim an wehrmedizinischen Projekten beteiligt, welche die Bundesregierung als bundeswehrrelevant bezeichnet.[33] Mindestens bis zum Jahr 2009 fand auch an der Universität Jena vor allem psychologische Forschung für militärische Verwendung statt, unter anderem zur „Verbesserung der wehrpsychologischen Eignungsdiagnostik durch moderne mehrdimensionale Messmodelle“.[34] In Nordrhein-Westfalen wird ebenfalls an einigen Hochschulen für den Krieg geforscht. An der Universität Witten-Herdecke wurde bis 2007 an der „Beratung und Umsetzungsförderung bei der Gestaltung der Studienberatung in der OPZ [Offiziersbewerberprüfzentrale] der Bundeswehr und die Entwicklung eines sequenziellen Entscheidungsmodells“ gearbeitet. Die Uni Witten-Herdecke arbeitet damit der Bundeswehr bei ihren Bemühungen zu, qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Die Studienberatung ist Teil des Bewerbungsverfahrens für Offiziersanwärter der Bundeswehr. Auch an der TU Dormund wurde zur Eignungsfeststellung von Offiziersbewerbern geforscht. Gleichzeitig ging es dort in einem weiteren Projekt zu „Chronotyp und Melatoninsynthese“ um die Auswirkungen von Schichtdiensten, die für militärische Einsätze relevant sind. An der Universität Düsseldorf wurde die „Extraaurale Wirkung von tieffrequentem Schall/Infraschall auf Bedienstete im Bereich des Bundesministeriums und der Verteidigung“ untersucht – dabei geht es offenbar um die Auswirkung von Fluglärm auf Soldaten und Beamte. An der Universität Köln wurde zur Auswirkung von Senfgas geforscht, an der Universität Wuppertal zu Flugpsychologie. Mit Abstand das meiste Geld zahlte

26 Nestler, Ralf: Kriegsspiele auf dem Campus, im „Tagesspiegel“ vom 6.4.2009.

27 „Bundeswehr braucht archaische Kämpfer“, in „Die Welt“ vom 29.2.2004.

28 Der Verfassungsrechtler Prof. Erhard Denninger kam jedoch in einem Rechtsgutachten zu dem Schluss, dass „Der Gesetzgeber … nicht daran gehindert [ist], die `Friedens-Finalität der geplanten Forschung` durch die Zivilklausel auszudrücken. Es ist demnach eine Frage des politischen Wollens und nicht einer verfassungsrechtlichen Hinderung, die Zivilklausel im KIT-Gesetz festzuschreiben.“ Siehe: „Zivilklausel für KIT verfassungskonform - Gutachten widerlegt angebliches Freiheitsrecht für Militärforschung“, Pressemitteilung von Ver.di Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald vom 9.2.2009.

29 Schulze, Dietrich: Militärforschung eine Absage erteilt - Mehrheit der Studenten der Universität Karlsruhe stimmt für eine Zivilklausel an ihrer Hochschule, in „Neues Deuschland“ vom 26.1.2009.

30 Nestler, Ralf: Kriegsspiele auf dem Campus, im „Tagesspiegel“ vom 6.4.2009.

31 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10157.

32 „Mission statement“, www.vvs.fraunhofer.de (15.4.2009).

33 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10157, S. 5 ff.

34 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/9905.

35 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/7647.

das BMVg an die Deutsche Sporthochschule Köln. Allein im Jahr 2007 zahlte das BMVg 818.000 Euro für zwölf Projekte, unter anderem zur Steuerung von Flugzeugen unter erhöhter Last und der Auswirkung von Ermüdung „während einsatztypischer Überwachungs– und Beobachtungsaufgaben“.[35] Die Universität Hannover hat in den Jahren 2006 und 2007 154.700 Euro für Rüstungsforschung erhalten um herauszufinden, welche Schäden starke elektromagnetische Feldimpulse an elektronischen Geräten verursachen. Als Rüstungsforschung wollte die Universität dies allerdings nicht diffamiert sehen; es gehe lediglich darum, „wie sicherheitskritische Anlagen wie Computer, Telefonzentralen oder elektromagnetische Militärgeräte gesichert werden können“, hieß es im Juni 2009 in einer Pressemitteilung.[36] „Die Frage, inwieweit diese Forschung dem Frieden und der internationalen Verständigung dient und nicht eher der Sicherung der eigenen Ressourcen in militärischen Konflikten, beantwortete die Hochschule nicht.“, meinen Arne Karrasch und Victor Perli[37]. Perli ist Abgeordneter der Linksfraktion im niedersächsischen Landtag und fordert dort eine Zivilklausel, die im Hochschulgesetz verankert werden soll. Eine solche gab es ab 1993 schon einmal, bevor sie 2002 von der SPD-Regierung wieder abgeschafft wurde. So solle vor allem eine öffentliche Diskussion entstehen: „Allein die Tatsache, dass die schleichende Akzeptanz der Militarisierung der Gesellschaft nicht in der Öffentlichkeit diskutiert wird, bedeutet nicht, dass ihre VerfechterInnen still halten“[38], meint er und bezieht sich damit auch auf den Celler Trialog. Das Bündnis aus Wirtschaft, Politik und Bundeswehr hat es sich unter anderem zum Ziel gemacht, den sicherheitspolitischen Dialog in Forschung und Lehre zu stärken.

Bisher hat nach Angabe der Regierung keine Hochschule einen Auftrag des BMVg abgelehnt. Das könnte auch damit zusammenhängen, dass Forscher vermehrt davon abhängig sind, externe Geldgeber für Projekte zu finden. „Wenn ich gezwungen bin, Drittmittel einzuwerben, muss ich sehen, wo ich die herbekomme“, meint Jondral.[39] Die Befürworter der Friedensklausel am KIT sehen in der Rüstungsforschung auch eine Behinderung friedlicher Lösungen von Konflikten, weil Militärforschung Produkte hervorbringt, die verkauft werden müssen. In welchem Umfang neben der Drittmittelvergabe durch das BMVg auch direkte Kooperationen in wehrtechnischen Forschungsangelegenheiten mit privaten Firmen stattfinden, darüber macht die Bundesregierung keine Angaben. Dass an einigen Stellen eine Zusammenarbeit von Rüstungsunternehmen und Hochschulen besteht, ist jedoch sicher. Die Universität Stuttgart kooperiert etwa mit dem Unternehmen Eurocopter, einer Tochter des Luft– und Raumfahrtunternehmens EADS. Eurocopter stellt neben zivilen auch militärische Helikopter her und hält in diesem Bereich einen weltweiten Marktanteil von etwa 25 Prozent. Ziel des am 1. April 2009 unterschriebenen Partnerschaftsabkommens mit der Uni Stuttgart sei die Zusammenarbeit bei technologischen Themen sowie bei der Ausbildung künftiger Ingenieure. „Geplant ist eine Vorlesungsreihe mit Eurocopter-Ingenieuren als Referenten über Hubschraubertechnologie, Firmenbesichtigungen für Studierende und das Angebot von Praktikums- und Diplomandenstellen“, heißt es in der Presseerklärung der Uni Stuttgart. Ziel der konkreten Forschungsarbeit sei die Herstellung von Rotorblättern, Hubschrauberstrukturen sowie die Fertigung von Airbus-Türen.[40] Wie viel verteidigungsrelevante Forschung an zivilen Hochschulen und An-Instituten in den vergangenen Jahren schon stattgefunden hat, lässt sich nur bis zum Jahr 2000 zurückverfolgen. Davor seien die entsprechenden Daten nicht erhoben worden, erklärt die Bundesregierung.[41] Es ist davon auszugehen, dass die Forschung schon lange vorher stattgefunden hat. Die Zunahme von militärischen Interventionen der Bundeswehr bedeutet, dass mehr und vor allem umfassendere Forschung dafür betrieben werden muss. Gerade in den vergangenen Jahren ist neben explizit wehrtechnischer Forschung auch nichttechnische und vor allem sozialwissenschaftliche Forschung für BMVg und Bundeswehr wichtig geworden.

36 Pressemitteilung der Universität Hannover vom 10. Juni 2009
37 Karrasch, Arne/ Perli, Victor: Hochschulen als Kriegsdienstverweigerer, in: Forum Wissenschaft 4/09.
38 Ebd.
39 Nestler, Ralf: Kriegsspiele auf dem Campus, im „Tagesspiegel“ vom 6.4.2009.
40 „Uni-Infos vom 2.4.2009“ www.uni-stuttgart.de (15.04.2009).
41 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/2431, S. 8.

Unten: Der NH 90, Spitzenprodukt wehrtechnischer Forschung. Foto: Igge, Wikimedia, GNU-Lizenz

Militärischer Heimatschutz

Neue Sicherheitsarchitektur für den alltäglichen Ausnahmezustand?

von Rolf Gössner

Die Anschläge in den USA vom 11.9.2001 haben weltweit eine Gewaltwelle ausgelöst, die zu Krieg und Terror, Folter und Elend führte. Mithin zu gravierenden Menschen- und Völkerrechtsverletzungen – und zwar nicht allein durch die zahlreichen Terrorakte, die wir seitdem erleben, sondern in weit größerem Maße durch die Art und Weise der weltweiten Terrorbekämpfung. Der „War on Terror" hat nicht nur außenpolitisch eine Periode des permanenten Ausnahmezustands eingeläutet, sondern auch im Inneren der westlichen Demokratien Freiheitsrechte ausgehöhlt.

Auch Deutschland macht da leider keine Ausnahme: Als Reaktion auf 9/11 sind hierzulande während der rot-grünen Regierungsära die umfangreichsten Sicherheitsgesetze in Kraft getreten, die in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte jemals auf einen Streich verabschiedet worden sind – mit zahlreichen Befugniserweiterungen für Polizei und Geheimdienste, wie es heißt: zur Bekämpfung „islamistischer Extremisten" und des „internationalen Terrorismus", aber weit darüber hinaus wirkend.

Insgesamt hat sich damit ein Trend fortgesetzt, der schon längere Zeit zu beobachten ist: die Erhöhung der Kontrolldichte in Staat und Gesellschaft – im Namen der Sicherheit und zumeist auf Kosten von Freiheitsrechten.

Entgrenzungstendenzen und neue Sicherheitsarchitektur

Doch der moderne Sicherheitsdiskurs dreht sich längst nicht mehr allein um einzelne Gesetzesverschärfungen und Maßnahmen. Nein, die offizielle Rede ist von einer neuen „Sicherheitsarchitektur", also von einer Strukturveränderung im Staatsgefüge – die notwendig sei, um die neuen Bedrohungen durch islamistischen Extremismus, internationalen Terrorismus und organisierte Kriminalität bewältigen zu können.

Dieser immer wieder beschworene Umbau des Rechtsstaats ist schon seit Längerem im Gange, wird aber seit dem 11.9.2001 stark vorangetrieben. Es geht dabei im Kern um zwei Strukturveränderungen mit entgrenzender Wirkung, die man auch als Tabubrüche bezeichnen kann, weil sie nicht zuletzt auf dem Hintergrund deutscher Geschichte von Bedeutung sind:

- Zum einen um eine Vernetzung und engere Verzahnung von Polizei und Geheimdiensten, wobei sich die Frage stellt, ob dies noch mit dem Gebot der Trennung dieser beiden Sicherheitsorgane zu vereinbaren ist – immerhin einer wichtigen Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen mit der Gestapo der Nazizeit. Stichworte: gemeinsame Lagezentren und Antiterrordatei, Umbau des Bundeskriminalamtes und verdeckte Ermittlungsmethoden zur Gefahrenabwehr (u.a. heimliche Online-Durchsuchung von Computern) etc.
- Zum anderen geht es um eine Neuausrichtung der Bundeswehr, in deren Mittelpunkt ihr Einsatz im Inland steht, wie er bereits während der Fußball-WM 2006, anlässlich der Proteste gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm und gegen den NATO-Gipfel 2009 erprobt worden ist und wie er künftig noch leichter möglich werden soll - obwohl Polizei und Militär in Deutschland aus historischen Gründen und nach der Verfassung strikt zu trennen sind.

Der Bremer Bürgerrechtler Rolf Gössner erläutert diese Entwicklung anhand zahlreicher Beispiele und er versucht, drängende Fragen, die damit zusammenhängen, zu beantworten: Was hat sich seit 9/11 im Namen der Sicherheit verändert und wo geht die Reise hin? Welche Risiken und Nebenwirkungen sind mit der neuen Sicherheitsarchitektur verbunden – für alle Bürger/innen, für einen demokratischen Rechtsstaat und eine liberale Gesellschaft? Führt dieser Umbau zu einer Entfesselung staatlicher Gewalten und staatlicher Macht, die dann nur noch schwer zu kontrollieren ist? Droht nach der Militarisierung der Außenpolitik eine Militarisierung der „Inneren Sicherheit" und welche strukturellen Elemente sind bereits verwirklicht, welche noch zu erwarten? Befinden wir uns auf dem Weg in einen präventiven Sicherheitsstaat, in dem der Ausnahmezustand seinen Ausnahmecharakter verliert und zum rechtlichen Normalzustand der Krisenverhütung und –bewältigung wird? Um sich nicht nur vor Gewalt und Terror zu schützen, sondern in Zeiten verschärfter ökonomischer Krisen und gesellschaftlicher Umwälzungen auch gegen mögliche soziale Unruhen und Aufstände vorsorglich zu wappnen?

Rolf Gössner hat seinen Vortrag, den er im November 2009 während der Konferenz der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. in Tübingen gehalten hat, für die gedruckte Dokumentation überarbeitet. Diese ist im April erscheinen und über das IMI-Büro erhältlich.

Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist in Bremen, Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, Berlin (www.ilmr.de); Sachverständiger in Gesetzgebungsverfahren des Bundestags und von Landtagen. Mitherausgeber des „Grundrechte-Reports" und als solcher ausgezeichnet mit der Theodor-Heuss-Medaille 2008 (www.grundrechte-report.de). Mitglied in der Jury zur Vergabe des Negativpreises „BigBrother-Award" (www.bigbrotherawards.de). Autor zahlreicher Sachbücher zu Bürger- und Menschenrechtsthemen, zuletzt: >Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der „Heimatfront"<, Hamburg 2007. Internet: www.rolf-goessner.de.

Rettet die Grundrechte gegen den Notstand der Republik!

von Hedwig Krimmer

Seit nunmehr über drei Jahren führt ver.di München eine Kampagne durch unter dem Titel „Rettet die Grundrechte gegen den Notstand der Republik“. Veranstaltungen wechseln sich ab mit Aktionen wie z.B. gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis am 30. Juli 2009 in München. Dazu gehört auch die umfassende und breit angelegte Aktion *Versammlungsfreiheit* gegen das bayerische Versammlungsgesetz, in der ver.di München federführend war.

Wie kam es zu dieser Kampagne? 1999 wurde in der Quellgewerkschaft HBV ein Arbeitskreis gegen rechts gegründet. Von Anfang an reduzierte sich der Arbeitskreis nicht auf Aktivitäten gegen offen auftretende Nazis, sondern nahm staatliche Maßnahmen, die die Republik nach rechts rücken, ins Visier. Als nach dem 11. September 2001 der sogenannte „Ottokatalog“ (ein Paket an „Anti-Terrorgesetzen“, benannt nach dem damaligen Innenminister Otto Schily) durchgepeitscht wurde, organisierte ver.di München dagegen eine Informationsveranstaltung mit Burkhard Hirsch unter dem Motto „Abschied vom Grundgesetz?“. Wir hatten einen übervollen Saal im Gewerkschaftshaus, aber: Aus der Veranstaltung ging nichts weiter hervor. Das ließ uns erst einmal zögern, wieder eine Veranstaltung zu machen, während mit der großen Koalition der militaristische und antidemokratische Umbau des Staates in Meilenstiefeln voranging. Als zu dieser Zeit, im November 2006, die Humanistische Union eine Veranstaltung mit Rolf Gössner unter dem Titel *„Freiheit stirbt mit Sicherheit - Anti-Terror-Kampf auf Kosten der Bürgerrechte“* machte, mobilisierten wir deswegen in den Gewerkschaften. Doch wir mussten feststellen: kein einziger Kollege und keine einzige Kollegin kam.

Aber musste es nicht genau darum gehen, die Gewerkschaften zum Aktivposten einer Bewegung für Frieden und Demokratie zu machen? Machte nicht gerade das die 68er stark im Kampf gegen die Notstandsgesetze? Es waren die Gewerkschaften (damals insbesondere die IG Metall), die sich am Kampf gegen die Notstandsgesetze maßgeblich beteiligten. Und es brach dem Kampf die Spitze, als die Gewerkschaften für ein Zuckerle, die Herausnahme des Streiks aus den Notstandsgesetzen, noch vor der großen Demonstration am 11. Mai 1968 aus der Kampffront ausscherten. Eine demokratische Bewegung, die in den Arbeitern die Zukunft erkennt - und die großen Organisationen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften: *Das ist das, was zusammengehört*. Wenn wir es schaffen, denjenigen, um die es ja letztendlich bei all diesen antidemokratischen Maßnahmen geht, deutlich zumachen, wie all dies *ihr* Leben, *ihren* Frieden, *ihre* Demokratie, *ihre* Zukunft bedroht, dann ist der Boden da für das „Gemisch“, was wir brauchen, um dem fortschreitenden Staatsumbau, der fortschreitenden Militarisierung, die uns ja hier zusammengeführt hat, unsere Macht entgegenzusetzen.

Also machten wir uns doch wieder an eine gewerkschaftliche Veranstaltung, diesmal unter dem Motto „Je mehr Not – desto mehr Notstand, oder: Grundgesetz – war da was?“ im Rahmen der ver.di-Aktionswoche gegen die Rente mit 67. Gerhart Baum und Gabriele Heinecke füllten uns wieder den Saal, aber diesmal hatten wir den klaren Willen, es nicht bei dieser Veranstaltung zu belassen. Einige Wochen später lud ver.di München zu einem ersten Arbeitstreffen „Rettet die Grundrechte – gegen den Notstand der Republik“ ein. Über 90 Kolleginnen und Kollegen aber

Offener Brief

zum öffentlichen Rekrutengelöbnis
am 30. Juli 2009
auf dem Münchner Marienplatz

Am 30. Juli soll auf Betreiben des Generalmajors Wessels auf dem Münchener Marienplatz ein öffentliches Rekrutengelöbnis stattfinden. Wie die Süddeutsche Zeitung vom 25. Juni 2009 berichtet, hat der Stadtrat mehrheitlich eine Entschließung verabschiedet, mit der er die Entscheidung des Oberbürgermeisters, der Bundeswehr für das Rekrutengelöbnis am 30. Juli den Marienplatz zur Verfügung zu stellen, ausdrücklich begrüßt. Anders als die Stadtratsmehrheit begrüßt der Bezirk München der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft diese Entscheidung nicht. Wir befürchten zudem, dass es bei diesem einen Gelöbnis wohl nicht bleiben wird, sondern dass damit der Startschuss für weitere öffentliche Gelöbnisse in München gegeben wird.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat sich stets für Frieden und Demokratie und gegen die Militarisierung der Gesellschaft eingesetzt. Wir beobachten mit Sorge, dass der Einsatz militärischer Mittel mehr und mehr zur Normalität wird. Obwohl das Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr ausschließlich zur Territorialverteidigung und – unter genau definierten Bedingungen – zur Unterstützung der Polizei bei der Bekämpfung militärisch bewaffneter Aufständischer zulässt, wird das Mandat der Bundeswehr Schritt um Schritt darüber hinaus ausgeweitet: Auslandseinsätze wie in Afghanistan und Einsätze im Inneren wie während des G-8-Gipfels in Heiligendamm oder die Ausübung des Hausrechts bei der sog. „Sicherheitskonferenz“ im Hotel „Vier Jahreszeiten“ durch die Bundeswehr sind Beispiele hierfür.

ver.di München betrachtet öffentliche Gelöbnisse als einen Schritt hin zu dem Ziel, die Bevölkerung an das Auftreten der Bundeswehr in der Öffentlichkeit und letztlich an den Einsatz militärischer Mittel zu gewöhnen. Zudem ist bekannt, dass öffentliche Gelöbnisse regelmäßig zur Einschränkung der demokratischen Rechte derjenigen führen, die gegen eine solche öffentliche Inszenierung des Militärischen protestieren.

ver.di München hat deswegen beschlossen, eine kritische Öffentlichkeit herstellen. Wir wenden uns an Alle, uns dabei zu unterstützen!

ver.di München, beschlossen vom Bezirksvorstand am 1. Juli 2009

München, den

Sehr geehrte Herren und Damen Stadträte,

mit einem öffentlichen Gelöbnis am Marienplatz am 30. Juli 2009 soll die Bevölkerung an das Auftreten der Bundeswehr in der Öffentlichkeit und letztlich an den Einsatz militärischer Mittel gewöhnt werden.
Als Bürgerinnen und Bürger der Stadt München wenden wir uns gegen diese militärische Selbstdarstellung.
Wir brauchen sie nicht – auch und gerade in der einstigen „Hauptstadt der Bewegung" und der Stadt des Münchner Abkommens von 1938.
Ich fordere Sie deswegen auf, künftig alle ihre Mittel auszuschöpfen, damit öffentliche Bundeswehrgelöbnisse nicht in München durchgeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Name und ggf. Adresse

An den
Stadtrat von München
c/o Amt des Oberbürgermeisters

80313 München

München, den

Sehr geehrte Herren und Damen Stadträte,

mit einem öffentlichen Gelöbnis am Marienplatz am 30. Juli 2009 soll die Bevölkerung an das Auftreten der Bundeswehr in der Öffentlichkeit und letztlich an den Einsatz militärischer Mittel gewöhnt werden.
Als Bürgerinnen und Bürger der Stadt München wenden wir uns gegen diese militärische Selbstdarstellung.
Wir brauchen sie nicht – auch und gerade in der einstigen „Hauptstadt der Bewegung" und der Stadt des Münchner Abkommens von 1938.
Ich fordere Sie deswegen auf, künftig alle ihre Mittel auszuschöpfen, damit öffentliche Bundeswehrgelöbnisse nicht in München durchgeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Name und ggf. Adresse

An den
Stadtrat von München
c/o Amt des Oberbürgermeisters

80313 München

Jubel über militärische Schauspiele ist eine Reklame für den nächsten Krieg

man drehe diesem Kram den Rücken oder bekämpfe ihn aktiv. Auch wohlwollende Zuschauer sind Bestärkung.

Kurt Tucholsky, 1927

Wolfgang Bläs Hofmann (1941 - 1997): Auf heimlichen Wegen / On furtive ways.

30. Juli 2009 in Münchens Guter Stube

auch Vertreter von Humanistische Union, VVN, SPD, Grünen, Linke.... kamen. Ein Kreis wurde gebildet, der nun monatlich zu Arbeitstreffen bzw. Veranstaltungen einlud. Eine davon fand z.B. mit Ulrich Sander gegen den Bundeswehr-Einsatz im Inneren statt, zu der auch eine Dokumentation erstellt wurde.

Ab Januar 2008 nahm uns eine Folge der unsäglichen Föderalismusreform, der von der bayerischen Staatsregierung vorgelegte Entwurf eines Landes-Versammlungsgesetzes, voll und ganz in Beschlag. Zu recht, denn es gelang ein breitestes Bündnis unter der Führung der Gewerkschaften zusammenzubringen. Damit hatte die bayerische Staatsregierung nicht gerechnet und selbst der Versuch, die Gewerkschaften mit einem Zuckerle aus der Kampffront herauszulösen, misslang. Die bayerische Staatsregierung (damals nur aus CSU bestehend) zog zwar das Gesetzgebungsverfahren durch. Aber die Verfassungsbeschwerde von 13 Organisationen, vom DGB Bayern über SPD, Grüne, die Linke, Humanistische Union und andere, konnte bereits mit ihrem Antrag auf eine einstweilige Anordnung gegen das bayerische Versammlungsgesetz einen klaren Punktsieg erreichen. Diese Arbeit strahlte auch nach Baden-Württemberg aus und hat den Kampf gegen den dortigen Entwurf eines Versammlungsgesetzes beflügelt.

Ein wichtiger Kristallisationspunkt unserer Arbeit war das öffentliche Rekrutengelöbnis am 30. Juli 2009 in München. ver.di München nahm nach einer ausführlichen internen Diskussion öffentlich gegen das Rekrutengelöbnis Stellung (siehe den offenen Brief), schrieb damit sämtliche Stadträte an und machte eine Postkarten-Aktion (siehe Abbildung) an den Stadtrat. Am Tag des Gelöbnisses wurde ganz in dessen Nähe ein 20 Meter langes Transparent aufgestellt mit dem eindringlichen Satz von Kurt Tucholsky *„Jubel zu militärischen Schauspielen ist eine Reklame für den nächsten Krieg"*. Die dazu herausgeschickte Presse-Erklärung schlug ein wie eine Bombe, der Münchner Merkur empörte sich mit der Hauptschlagzeile gegen ver.di, Kommentatoren überschlugen sich fast und bundesweit schlugen die Wellen hoch. Auch innerhalb von ver.di wurde und wird darüber gestritten. Der Bezirksvorstand von ver.di München ließ sich aber davon nicht beirren und nach ausführlicher Diskussion stand und steht er weiterhin einhellig zu der Aktion.

Unsere aktuellen Aktivitäten sind einerseits zu der Massenvorratsdatenspeicherung aller abhängig Beschäftigten, ELENA und eine Veranstaltung der GEW München gegen die fortschreitende Militarisierung der Schulen unter dem Titel „Wen oder was sucht die Bundeswehr an den Schulen?". Referent ist u.a. Michael Schulze von Glaßer, den wir auf dem IMI-Kongress kennengelernt haben.

Viele in der antimilitaristischen Bewegung Aktive sind gleichzeitig Mitglied in der Gewerkschaft, insbesondere in ver.di. Ich bin der Meinung: Jeder einzelne sollte sich nicht damit aufhalten, was kann ich in meiner Gewerkschaft nicht tun – sondern darauf sein Augenmerk richten: was kann ich in meiner Gewerkschaft tun? Wenn alle so herangehen, sind wir, davon bin ich überzeugt, bald ein Schritt weiter zu der Bewegung für Frieden und Demokratie, die dieses Land so dringend braucht.

Kriegszustände
und Opposition dagegen

von Tobias Pflüger

Die Situation ist ernst. Inzwischen reden die Regierenden Klartext. Klartext zum Beispiel über den Kriegseinsatz in Afghanistan. Zuerst sprach Karl Theodor zu Guttenberg von „kriegsähnlichen Zuständen“ (3.11.2009), dann Guido Westerwelle von einem „bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts“ (9.2.2010) und schließlich spricht der Abteilungsleiter Recht des Verteidigungsministeriums, Dieter Weingärtner, von „Bürgerkrieg“ (vgl. z.B. FAZ-Blogs vom 23.2.2010).

Westerwelle sagte u. a.: „Zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme gehört auch, die Realitäten in Afghanistan so zu benennen, wie sie sind. Die Bundesregierung hat sehr sorgfältig die Frage geprüft, wie die Lage im Norden Afghanistans zu bewerten ist. Die Intensität der mit Waffengewalt ausgetragenen Auseinandersetzung mit Aufständischen und deren militärischer Organisation führt uns zu der Bewertung, die Einsatzsituation von ISAF auch im Norden Afghanistans als bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts zu qualifizieren. Ob uns das politisch gefällt oder nicht, so ist die Lage. Ob wir es so nennen oder nicht, so ist die Lage. Die Lage beim Namen zu nennen, sind wir all denen schuldig, die sich vor Ort den Gefahren aussetzen. Diese rechtliche Qualifizierung der objektiven Einsatzsituation von ISAF hat Konsequenzen für die Handlungsbefugnisse der Soldaten, für die Befehlsgebung und für die Beurteilung des Verhaltens von Soldaten in strafrechtlicher Hinsicht.“

Weingärtner im Volltext: „Angesichts der aktuellen Situation im Norden Afghanistans, der erheblich gestiegenen Intensität der Gefechte, scheint mir derzeit auch dort die Schwelle zu einem nicht internationalen bewaffneten Konflikt - umgangssprachlich Bürgerkrieg - überschritten. Unsere im Süden des Landes agierenden Bündnispartner nehmen dies für ihren Einsatzraum ja seit langem an. Dem tragen im Übrigen der Operationsplan und die Einsatzregeln der NATO Rechnung, die auch für die Bundeswehr bisher galten und weiterhin gelten werden. … Juristisch von Bedeutung ist die Frage, ob ein nicht internationaler bewaffneter Konflikt vorliegt, vor allem im Hinblick auf das bei Verstößen anwendbare Regelwerk. Im bewaffneten Konflikt gilt das Völkerstrafgesetzbuch, ansonsten das allgemeine Strafrecht.“

Damit liefern Westerwelle und Weingärtner direkt die Begründung für diesen sprachlichen Umschwung zu Krieg. Das Töten durch Bundeswehrsoldaten wird rechtlich anders eingestuft, wenn es sich um einen Kriegseinsatz handelt. Töten im Krieg ist strafrechtlich billiger.

Interessant ist die Reaktion der Gewerkschaft der Polizei (GdP) darauf: „Bundeswehrsoldaten und Polizisten wissen schon länger, dass es dort gefährlich ist. Allerdings muss dringend geprüft werden, ob die Rechtsgrundlagen für einen Polizeieinsatz in Afghanistan noch stimmen, wenn jetzt durch Bundesaußenminister Westerwelle quasi der Krieg erklärt wird.“ (Süddeutsche 11.2.2010)

Dieser Umschwung zur Realität und damit zum billigeren Töten ist wesentlich durch das Massaker von Kunduz erfolgt.

Kunduz-Massaker als Wendepunkt

Auf Befehl des Bundeswehr-Oberst Georg Klein töteten am 4.9.2009 Bomben aus US-amerikanischen Kriegsflugzeugen bis zu 145 Menschen. Nach allem was wir inzwischen wissen, hat Oberst Klein den Befehl zum Abschuss der Bomben gegen den ausdrücklichen Rat der ausführenden Piloten gegeben: „Fünfmal empfahlen sie warnende Tiefflüge über den Tanklastern, den Abwurf von sechs Bomben lehnten sie ab - nach SPIEGEL-Informationen standen US-Kampfpiloten dem umstrittenen Luftangriff bei Kunduz deutlich kritischer gegenüber als bisher angenommen. Sie hinterfragten den Einsatzauftrag der Deutschen mehrfach.“ (Spiegel, 5.12.2009) Oberst Klein gibt offen zu, dass er die us-amerikanischen Piloten angelogen hat: „Vor dem Angriff hatten die von Bundeswehroberst Klein angeforderten US-Piloten mehrfach Bedenken geäußert und nachgefragt, ob tatsächlich eine ‚akute Bedrohung‘ vorliege. Daraufhin ließ der deutsche Oberst seinen Fliegerleitoffizier antworten: ‚Ja, diese Menschen stellen eine akute Bedrohung dar‘, die Aufständischen versuchten, das Benzin abzuzapfen, ‚danach werden sie sich neu formieren, und wir haben Erkenntnisse über laufende Operationen und darüber, dass sie vermutlich Camp Kunduz angreifen werden.‘“ (Der Standard, 16.01.2010) Das war eine offene Lüge.

Der neue Chef der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger hat davon gesprochen, „dass die Bundeswehr auch zum Töten in Afghanistan ist.“ „Der Bevölkerung“, so Ischinger, sei „das Bundestagsmandat und die Konsequenzen bisher nicht hinreichend erläutert worden“. Ischinger erklärte weiter: „Soldaten werden dazu ausgebildet, Andere notfalls umzubringen - oder zumindest so zu bedrohen, dass diese es als glaubwürdig betrachten, umgebracht zu werden, wenn sie nicht das tun, was man von ihnen erwartet. Das ist der Zweck. Wenn man das nicht braucht, dann kann man das Technische Hilfswerk und die Polizei schicken.“ Und weiter: „Wir bauen weniger Brunnen und müssen leider mehr schießen. Diese Diskussion muss man jetzt führen“ (www.heute.de, 2.1.2010).

Wenn wir uns noch einmal vergegenwärtigen, was im deutschen Strafgesetzbuch steht, wird das Agieren des Oberst Klein interessant: Im Paragraph 211 heißt es: „(1) Der Mörder wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. (2) Mörder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebs, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, einen Menschen tötet.“

Heimtückisch, grausam und mit gemeingefährlichen Mitteln wurden fast 150 Menschen durch den Befehl des Bundeswehr-Oberst Georg Klein getötet. Georg Klein ist somit ein Mörder, ein Massenmörder. Und Bundeswehrsoldaten sollen dazu befähigt werden, mehr zu töten, mehr zu morden.

Es ist allerdings nicht damit zu rechnen, dass Oberst Klein wirklich entsprechend verurteilt werden wird. Die Antwort dar-

Ein U.S. Air Force F-15E Strike Eagle wirft in Ost-Afghanistan eine Bombe ab, November 2009.
Foto: U.S. Air Force photo by Staff Sgt. Michael B. Keller

auf gibt der alte Kurt Tucholsky: „Im nächsten letzten Krieg wird das ja anders sein." „Da gab es vier Jahre lang ganze Quadratmeilen Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon entfernt ebenso streng verboten war. Sagte ich: Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder." „Die Gendarmen aller Länder hätten und haben Deserteure niedergeschossen. Sie mordeten also, weil einer sich weigerte, weiterhin zu morden. Und sperrten den Kriegsschauplatz ab, denn Ordnung muss sein, Ruhe, Ordnung und die Zivilisation der christlichen Staaten."

Den Kriegszuständen umfassende Opposition entgegensetzen

Der Krieg nach außen hat Auswirkungen im Land. Das Land wird immer weiter militarisiert. Die Bundeswehr selbst wird bei immer mehr Großereignissen – wie dem G-8 Gipfel oder dem NATO-Gipfel - offen eingesetzt. Angeblich nur zur Amtshilfe, de facto aber um den Bundeswehreinsatz im Innern immer mehr als Normalfall erscheinen zu lassen. Die Bundeswehr zeigt ihre Präsenz immer deutlicher, durch vermehrte öffentliche Gelöbnisse.

Besonders problematisch ist das verstärkte Auftreten der Bundeswehr an Schulen. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages schreibt dazu: „Je umstrittener in der Öffentlichkeit die Inhalte der Veranstaltung sind, desto eher muss die Schule auf die Ausgewogenheit achten." (Bundeswehr im Schulunterricht, 12.3.2010) Verschiedene Bundesländer (NRW, Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, andere wollen folgen) haben begonnen, spezielle Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr abzuschließen.

Wie reagieren nun soziale Bewegungen, wie die Antikriegs- und Friedensbewegung auf diese doppelte Militarisierung?

Zuerst ist dazu Bündnispolitik sehr wichtig. Dafür können Teile der Gewerkschaft (nicht die ganzen Gewerkschaften), Gruppen und Personen aus der Kirche (nicht die ganzen Kirchen) gewonnen werden. Wichtig ist auch die Zusammenarbeit mit Menschen an Bildungseinrichtungen, wie Universitäten und Schulen. Zentral ist aber die Zusammenarbeit verschiedener Spektren der Antikriegs- und Friedensbewegung selbst.

Bei Bündnispolitik ist es wichtig, seine originären Positionen nicht aufzuweichen, aber vermittelbar zu machen. Es geht also um klare Positionen, z.B. gegen Gelöbnisse, gegen Bundeswehr an Schulen und für den sofortigen Abzug der Bundeswehr z.B. aus Afghanistan. Ziel sollte auch die Infragestellung des Militärs an sich sein. Warum gehen wir nicht zum Grundgesetz von 1949 und der damaligen Bundeswehr zurück? Da gab es nämlich gar keine deutsche Armee, die wurde erst durch die Wiederbewaffnung wieder eingeführt.

Wichtig bei der Bündnisarbeit ist auch die Zusammenarbeit mit betroffenen Bürgern. Der Fuldaer Appell ist ein gutes Beispiel, wie das funktionieren kann. Nach dem Tod eines Bundeswehrsoldaten aus Fulda wurde unter der Federführung des örtlichen DGB der Fuldaer Appell zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan lanciert:

„Im Oktober 2009 starb ein junger Mann aus der Region Fulda an den schweren Verletzungen, die er mehr als ein Jahr zuvor als Soldat in Afghanistan erlitten hatte. Wir sind bestürzt über die steigende Zahl der Opfer, die der Krieg in Afghanistan fordert. Junge Menschen werden in diesen Krieg geschickt, Töten und Sterben wird von den verantwortlichen Politikern billigend in Kauf genommen. Die NATO-Staaten Kanada und Niederlande haben für 2010/2011 den Abzug ihrer Truppen angekündigt. Die Bundesregierung aber hält eisern am Kriegsbündnis fest. Die Bundeswehr bringt keine Lösung des Konfliktes, sie ist längst Teil des Problems. Nur zivile Hilfsprogramme können eine Wende zum Positiven bringen. Die unabdingbare Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan ist die Beendigung der bewaffneten Kämpfe. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn alle ausländischen Truppen abgezogen werden. Deshalb fordern wir: - Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan statt weiterer Aufstockung der Kontingente, - Sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen, - Keine logistische Unterstützung des Krieges, - Bereitstellung von Mitteln für den zivilen Wiederaufbau, - Zivile Berufsbildungsprogramme für Jugendliche und Bundeswehrangehörige"

In der Protest- und Widerstandsfolge des Jahres ist der Protest gegen die Münchner Sicherheitskonferenz von entscheidender Bedeutung. Wichtig war auch, dass es vor dem neuen Mandat für die ISAF-Soldaten der Bundeswehr eine bundesweite Demonstration gegeben hatte.

Eine weitere wichtige Analyse ist, dass durch den Lissabonner Vertrag die Europäische Union zu einem Militärbündnis wird: Nachdem das deutsche Bundesverfassungsgericht Ende Juni 2009 zwar das deutsche Begleitgesetz zum EU-Vertrag kassierte (mit ihm hatte die deutsche Regierung die Entscheidungsbefugnis des Bundestags über Kriegseinsätze deutscher Soldat/innen auszuhebeln versucht), den Vertrag selber aber nicht für verfassungswidrig erklärte, scheint der Weg frei für die Etablierung der Militärmacht EU. Denn der Vertrag verpflichtet die EU-Mitgliedsstaaten nicht nur zur Aufrüstung (Artikel 42), sondern im Konfliktfall auch zum gegenseitigen Beistand. Die militärische Solidaritätsklausel (Artikel 222) ist noch strikter formuliert als

Reichstag Berlin, Foto: Magnus Manske, CC/GNU Lizenz Wikimedia

die Bündnisverpflichtung der Nato. Sie ermöglicht auch einen Einsatz des Militärs im Innern der EU: Eine Maßnahme, die etwa das deutsche Grundgesetz ausdrücklich untersagt.

Die „ständige strukturierte Zusammenarbeit" (so das Vertragswerk) läuft auf die Bildung eines militärischen Kerneuropas hinaus. Denn über den Verlauf der beschlossenen Einsätze dürfen nur jene Staaten entscheiden, die daran teilnehmen. Zudem erlaubt ein „Anschubfonds" die Nutzung von EU-Haushaltsmitteln für militärische Zwecke. Die bisherigen EU-Verträge verbieten das. Fest verankert im neuen Vertrag sind auch die EU-Battlegroups (militärische Sondereinsatzkommandos) und die EU-Rüstungsagentur, die die Aufrüstung koordiniert und – wie von großen Rüstungsfirmen seit langem gefordert – einen EU-weiten Rüstungsmarkt etablieren will. „Fest verankert" heißt: Sie können nicht mehr durch eine Entscheidung im EU-Rat abgeschafft werden, sondern nur durch einen neuen Vertrag.

Auch die Machtverhältnisse werden sich ändern. Die auf 27 Mitgliedsstaaten angewachsene EU brauche schlankere Strukturen, sagen die Vertragsbefürworter/innen seit langem. Herausgekommen ist aber eine Zentralisierung, die vor allem den Einfluss der Regierungen von Deutschland, Frankreich und Britannien stärkt.

Noch ist es nicht soweit, dass Militär gegen Protestierende eingesetzt wird. Doch das Vorgehen der Polizei bei Demonstrationen wird immer heftiger. Die Polizei begeht dabei nicht selten ständigen Rechtsbruch, ohne dass das jemals geahndet würde. Die Repressionen sind häufig komplizierte, lange Geschichten: Nicht selten ist es so, dass dadurch Einzelne individualisierte Probleme am Hals haben. Häufig ist auch sehr unklar, was eigentlich wirklich passiert ist.

Die Situation ist also sehr ernst. Den Kriegszuständen muss intelligenter Widerstand entgegengesetzt werden. Der Kongress der Informationsstelle Militarisierung (IMI) hat dafür einige Analysen geliefert. Daraus müssen Aktionen folgen. Unverzichtbar ist die Vernetzung der Aktivitäten. Die aufkeimende Gegenwehr gegen die Bundeswehr an den Schulen ist dafür ein hoffungsvolles Beispiel. Den Kriegszuständen muss eine umfassende Opposition entgegengesetzt werden.

Protest gegen die Sicherheitskonferenz 2010, Foto: Veranstalter

Impressum:

Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen

Erscheinungszeitpunkt: April 2010

Redaktion: Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Michael Haid, Andreas Seifert

IMI, Hechinger Str. 203
72072 Tübingen
imi@imi-online.de/www.imi-online.de

Die hier abgedruckten Texte spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.

Informationsstelle Militarisierung e.V.